

FINANZMINISTERIUM DES LANDES
NORDRHEIN-WESTFALEN

FINANZBERICHT 2007

STAND: Juli 2006

1. Zum Haushaltsplanentwurf 2007

1.1 Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2007

Der Haushaltsplanentwurf des Landes für 2007 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit je 49.496 Mio EUR ab. Im Vergleich zu 2006 ist ein Anstieg des Haushaltsvolumens um 1.069 Mio EUR oder 2,2 v. H. vorgesehen. Hauptursache dafür ist ein hoher Basiseffekt aus dem Haushalt 2006, dessen Ausgabenvolumen im Rahmen des kommunalen Steuerverbundes durch die letztmalige Abrechnung zuvor vom Land gestundeter Beträge um rd. 674 Mio EUR gemindert wurde. Bereinigt um diesen Effekt steigen die Ausgaben 2007 nur um 0,8 v. H. an.

In dem Ausgabenzuwachs spiegeln sich im Übrigen auch notwendige Ansatzanpassungen aufgrund der ab 2007 vorgesehenen Mehrwertsteuererhöhung wider, darunter z. B. Mehrbelastungen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, bei den investiven Beschaffungen sowie beim Familienleistungsausgleich.

Einnahmen

Auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2006, die u. a. auch die Erhöhung des Umsatzsteuernormalsatzes berücksichtigte, wurde für das Jahr 2007 ein Steueransatz i. H. v. 37.385 Mio EUR eingeplant. Gegenüber dem Ansatz des Vorjahres bedeutet dies eine Steigerung von 2.140 Mio EUR bzw. 6,1 v. H. Die Steuerfinanzierungsquote wird damit 75,6 v. H. betragen. Weitere 7.580 Mio EUR oder 15,3 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben werden aus steuerähnlichen Abgaben, Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Einnahmen aus Zuweisungen (hauptsächlich vom Bund) und Zuschüssen sowie sonstigen Einnahmen gedeckt.

Die für 2007 vorgesehene Neuverschuldung am Kreditmarkt beläuft sich auf 4.524 Mio EUR netto und liegt damit um rd. 1,2 Mrd. EUR unter dem aktuellen Soll. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt gegenüber dem Jahr 2006 um 2,6 Prozentpunkte auf 9,2 v. H.

Die Netto-Schuldenaufnahme insgesamt (einschließlich der Schuldenaufnahme bei Verwaltungen) soll 2007 4.353 Mio EUR betragen. Dies sind knapp 1,1 Mrd. EUR mehr als die Summe der im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Investitionsausgaben (Hauptgruppen 7 und 8) abzüglich der Einnahmen für Investitionen (Obergruppen 33 und 34). Damit wird die in Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen festgelegte Verschuldungsgrenze für die Kreditaufnahme im Landeshaushalt erneut überschritten, weil ihre Einhaltung auch 2007 objektiv nicht möglich ist. Der Überschreibungsbetrag wird aber im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr mehr als halbiert.

Ausgaben

Der weitaus größte Teil des Haushaltsvolumens entfällt auf Ausgabenblöcke, die nicht oder zumindest kurz- bis mittelfristig kaum beeinflussbar sind. So werden 19,1 Mrd. EUR, dies entspricht 38,6 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben, durch Personalausgaben aufgezehrt. Den Kommunen des Landes werden rd. 12,4 Mrd. EUR (= rd. 25,0 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben) zufließen. Auf Zinszahlungen (Kreditmarkt) werden 2007 4.755 Mio EUR entfallen; dies entspricht einer Zinslastquote von 9,6 v. H. Allein durch diese Positionen sind bereits 73,2 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben gebunden.

Ein großer Teil der zur Verfügung stehenden Mittel, nämlich rd. 4,6 Mrd. EUR, soll für Investitionen aufgewendet werden. Die Investitionsquote wird im Jahr 2007 9,2 v. H. betragen und damit das Niveau des Vorjahres erreichen.

Weitere Eckdaten können der Tabelle im finanzstatistischen Teil des Finanzberichts (s. Ziff. 7.23) entnommen werden.

1.2 Organisatorische Änderungen

Die aus Anlass der Neubildung der Landesregierung vom Ministerpräsidenten nach Art. 52 Abs. 3 der LV im Vorjahr getroffenen organisatorischen Änderungen innerhalb der obersten Landesbehörden gelten unverändert weiter.

1.3 Tabellen zum Haushalt ¹⁾

1.3.1 Einnahmen und Ausgaben nach Hauptgruppen

Einnahmen

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	37.704,0	35.578,9	+ 2.125,1	+ 6,0
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2.677,1	2.697,9	- 20,8	- 0,8
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.327,7	3.239,4	+ 88,3	+ 2,7
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	5.787,4	6.911,4	- 1.124,0	- 16,3
Insgesamt	49.496,2	48.427,5	+ 1.068,6	+ 2,2

Ausgaben

	2007 Mio EUR	2006 ²⁾ Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
4 Personalausgaben	19.103,9	18.844,3	+ 259,6	+ 1,4
5 Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für Schuldendienst	7.251,5	7.017,0	+ 234,5	+ 3,3
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	18.557,8	18.081,1	+ 476,7	+ 2,6
7 Baumaßnahmen	246,1	225,1	+ 21,0	+ 9,3
8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.306,4	4.218,1	+ 88,3	+ 2,1
9 Besondere Finanzierungsvorgänge	30,5	42,1	- 11,6	- 27,6
Insgesamt	49.496,2	48.427,5	+ 1.068,6	+ 2,2

¹⁾ Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

²⁾ Gem. § 11 Abs. 3 HG 2006 sind im Haushaltsvollzug 2006 Ausgaben i. H. v. rd. 13,0 Mio EUR aus Kap. 20 020 Tit. 799 75 in den Epl. 06 umgesetzt worden. Darüber hinaus haben sich aus haushaltstechnischen Gründen bei den Vorjahresvergleichszahlen bedingt durch die Umstellung der Veranschlagung im Zusammenhang mit dem Globalhaushalt der Hochschulen Verschiebungen zwischen den nachstehenden Haupt- und Obergruppen ergeben, die in der Summe zu keiner Änderung der Vorjahresvergleichszahlen geführt haben. Im Einzelnen haben sich jedoch insoweit die Haupt- und Obergruppen durch die Verschiebungen im Epl. 06 wie folgt geändert:

Hauptgruppe 4:	- 100.000 EUR
Hauptgruppe 5:	- 12.988.700 EUR
Hauptgruppe 6:	+ 13.088.700 EUR
Obergruppe 81:	- 29.906.900 EUR
Obergruppen 83 - 89:	+ 29.906.900 EUR

1.3.2 Einnahmen

(1) Gesamtüberblick

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Steuern	37.385,0	35.245,0	+ 2.140,0	+ 6,1
Steuerähnliche Abgaben	319,0	333,9	- 14,9	- 4,5
Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Darlehensrückflüsse und dgl.	2.677,1	2.697,9	- 20,8	- 0,8
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.327,7	3.239,4	+ 88,3	+ 2,7
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	1.250,9	1.169,0	+ 81,9	+ 7,0
Schuldenaufnahmen	4.531,6	5.736,7	- 1.205,1	- 21,0
Sonstige Einnahmen	4,9	5,6	- 0,7	- 12,5
Insgesamt	49.496,2	48.427,5	+ 1.068,6	+ 2,2

(2) Steuereinnahmen

Anteil des Landes an	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	17.380,0	17.130,0	+ 250,0	+ 1,5
Steuern vom Umsatz	13.355,0	11.550,0	+ 1.805,0	+ 15,6
Gewerbesteuerumlage	425,0	395,0	+ 30,0	+ 7,6
Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage	695,0	645,0	+ 50,0	+ 7,8
Zinsabschlag	825,0	800,0	+ 25,0	+ 3,1
Vermögensteuer	-	5,0	- 5,0	- 100,0
Erbchaftsteuer	1.080,0	1.020,0	+ 60,0	+ 5,9
Grundwerbsteuer	1.075,0	1.130,0	- 55,0	- 4,9
Kraftfahrzeugsteuer	1.875,0	1.880,0	- 5,0	- 0,3
Rennt- und Lotteriesteuer	400,0	400,0	± 0,0	± 0,0
Feuerschutzsteuer	70,0	85,0	- 15,0	- 17,6
Biersteuer	205,0	205,0	± 0,0	± 0,0
Insgesamt	37.385,0	35.245,0	+ 2.140,0	+ 6,1

(3) Nichtsteuerliche Einnahmen

(ohne Schuldenaufnahmen)

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Gebühren, sonstige Entgelte, Strafen	1.188,7	1.206,1	- 17,4	- 1,4
Sonstige Verwaltungseinnahmen (Gruppe 119)	237,4	248,7	- 11,3	- 4,5
Betriebseinnahmen, Mieten und Pachten	65,0	67,8	- 2,8	- 4,1
Darlehensrückflüsse	150,3	154,9	- 4,6	- 3,0
Zinseinnahmen	553,3	570,9	- 17,6	- 3,1
Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	439,5	385,8	+ 53,7	+ 13,9
Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	11,0	12,5	- 1,5	- 12,0
Entschädigung für die Erhebung der Kirchensteuer	66,5	65,0	+ 1,5	+ 2,3
Sonstige Zuschüsse der EU	363,2	257,1	+ 106,1	+ 41,3
Zuweisungen, Erstattungen, Schuldendiensthilfen und Vermögensübertragungen des Bundes	3.671,0	3.722,3	- 51,3	- 1,4
Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbände	204,0	94,0	+ 110,0	+ 117,0
Zuschüsse und Beiträge Dritter im Geschäftsbereich des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Titel der Gruppen 282 und 287)	5,0	5,7	- 0,7	- 12,3
Sonstige Erstattungen aus dem Inland	51,8	52,3	- 0,5	- 1,0
Steuerähnliche Abgaben	319,0	333,9	- 14,9	- 4,5
Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	125,5	101,3	+ 24,2	+ 23,9
Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	-	-	-	-
Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,2	0,2	± 0,0	± 0,0
Globale Mehr- und Mindereinnahmen	0,1	0,7	- 0,6	- 85,7
Haushaltstechnische Verrechnungen	4,7	4,7	± 0,0	± 0,0
Sonstige Einnahmen	123,4	162,0	- 38,6	- 23,8
Insgesamt	7.579,6	7.445,9	+ 133,7	+ 1,8

(4) Schuldenaufnahmen

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Schuldenaufnahmen				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	7,8	10,5	- 2,7	- 25,7
- am Kreditmarkt	4.523,8	5.726,2	- 1.202,4	- 21,0
Zwischensumme	4.531,6	5.736,7	- 1.205,1	- 21,0
davon ab:				
- veranschlagte Tilgungsausgaben bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	178,5	148,9	+ 29,6	+ 19,9
- am Kreditmarkt	-	-	-	-
Netto-Schuldenaufnahme	4.353,0	5.587,8	- 1.234,8	- 22,1

1.3.3 Ausgaben

(1) Gesamtüberblick

Ausgabeart	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Personalausgaben	19.103,9	18.844,3	+ 259,6	+ 1,4
Sächliche Verwaltungsausgaben	2.317,3	2.208,2	+ 109,1	+ 4,9
Schuldendienst	4.934,2	4.808,8	+ 125,4	+ 2,6
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	18.557,8	18.081,1	+ 476,7	+ 2,6
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.552,4	4.443,2	+ 109,2	+ 2,5
Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen	30,5	42,1	- 11,6	- 27,6
Insgesamt	49.496,2	48.427,5	+ 1.068,6	+ 2,2

(2) Personalausgaben

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	48,5	50,0	- 1,5	- 3,0
Bezüge des Ministerpräsidenten, der Minister, der Beamten und Richter	10.185,9	10.255,4	- 69,5	- 0,7
Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiter, Ausbildungsvergütungen und sonstige nicht aufteilbare Personalausgaben	2.484,2	2.470,6	+ 13,6	+ 0,6
Beschäftigungsentgelte und personalbezogene Sachausgaben	171,2	202,5	- 31,3	- 15,5
Versorgungsbezüge	4.520,8	4.463,6	+ 57,2	+ 1,3
Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	1.448,7	1.354,3	+ 94,4	+ 7,0
Globale Mehr- und Minderausgaben bei den Personalausgaben	157,0	- 39,7	+ 196,7	x
Zuführung an den Entlastungsfonds für die Versorgungsaufwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen	87,5	87,7	- 0,2	- 0,2
Insgesamt	19.103,9	18.844,3	+ 259,6	+ 1,4

(3) Sächliche Verwaltungsausgaben

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und dgl.	245,1	244,8	+ 0,3	+ 0,1
Verbrauchsmittel und Haltung von Fahrzeugen und dgl.	111,9	114,1	- 2,2	- 1,9
Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	188,7	179,7	+ 9,0	+ 5,0
Mieten und Pachten	639,9	629,8	+ 10,1	+ 1,6
Unterhaltung der Grundstücke und der baulichen Anlagen (Gruppen 519 + 521)	38,1	40,5	- 2,4	- 5,9
Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	4,6	4,4	+ 0,2	+ 4,5
Aus- und Fortbildung	26,7	28,2	- 1,5	- 5,3
Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	111,1	117,1	- 6,0	- 5,1
Dienstreisen	37,1	37,6	- 0,5	- 1,3
Verfüugungsmittel	1,3	1,3	± 0,0	± 0,0
Auslagen in Rechtssachen (Gruppe 532 im Epl. 04)	440,4	426,1	+ 14,3	+ 3,4
Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens	19,6	19,9	- 0,3	- 1,5
Ausgaben der Polizei für öffentliche Sicherheit und Ordnung	42,5	44,0	- 1,5	- 3,4
Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	29,0	31,2	- 2,2	- 7,1
Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	42,4	39,3	+ 3,1	+ 7,9
Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (Gruppe 547)	174,2	171,4	+ 2,8	+ 1,6
Sonstige Verwaltungsausgaben (soweit nicht Gruppen 531 - 545)	196,6	173,4	+ 23,2	+ 13,4
Globale Minderausgaben	- 87,6	- 132,9	+ 45,3	- 34,1
Sonstiges	55,6	38,3	+ 17,3	+ 45,2
Insgesamt	2.317,3	2.208,2	+ 109,1	+ 4,9

(4) Schuldendienst

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Schuldendienst für Kredite				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.				
- Zinsen	0,7	0,7	± 0,0	± 0,0
- Tilgungen	178,5	148,9	+ 29,6	+ 19,9
- am Kreditmarkt				
- Zinsen	4.755,0	4.659,2	+ 95,8	+ 2,1
- Tilgungen	-	-	-	-
Insgesamt	4.934,2	4.808,8	+ 125,4	+ 2,6

(5) Ausgaben für Sachinvestitionen

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Baumaßnahmen	246,1	225,1	+ 21,0	+ 9,3
Erwerb von unbeweglichen Sachen	22,7	54,1	- 31,4	- 58,0
Erwerb von Fahrzeugen	33,6	49,7	- 16,1	- 32,4
Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	237,0	218,3	+ 18,7	+ 8,6
Insgesamt	539,4	547,2	- 7,8	- 1,4

(5.1) Baumaßnahmen

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
LANDTAG	-	-	-	-
MINISTERPRÄSIDENT	11,2	1,4	+ 9,8	x
dar.: Grundsanierung und Erweiterungsbau K 20	11,2	1,4	+ 9,8	x
INNENMINISTERIUM	14,1	20,7	- 6,6	- 31,9
dar.: Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen	4,9	4,9	± 0,0	± 0,0
Neubau einer Verbrennungsanlage mit Rauchgasreinigung	6,9	7,4	- 0,5	- 6,8
Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen	2,3	8,3	- 6,0	- 72,3
JUSTIZMINISTERIUM	13,9	13,9	± 0,0	± 0,0
dar.: Baulich technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften	6,2	6,2	± 0,0	± 0,0
Justizvollzugseinrichtungen	7,7	7,7	± 0,0	± 0,0
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE	1,2	1,7	- 0,5	- 29,4
dar.: Zoologisches Forschungsinstitut und Museum A. König, Bonn	1,2	1,7	- 0,5	- 29,4

(5.1) Baumaßnahmen (Fortsetzung)

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND ENERGIE	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ dar.: Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter	- - -	2,2 2,1	- 2,2 - 2,1	- 100,0 - 100,0
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES dar.: Maßregelvollzug	30,0 30,0	33,8 33,8	- 3,8 - 3,8	- 11,2 - 11,2
FINANZMINISTERIUM dar.: Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung	6,5 6,5	10,8 10,8	- 4,3 - 4,3	- 39,8 - 39,8
LANDESRECHNUNGSHOF	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR BAUEN UND VERKEHR dar.: Straßen- und Brückenbau Bauangelegenheiten des Einzelplans und baupolitische Ziele Ministerium	139,0 133,7 4,5 0,8	138,5 133,7 4,8 -	+ 0,5 ± 0,0 - 0,3 + 0,8	+ 0,4 ± 0,0 - 6,3 x
MINISTERIUM FÜR GENERATIONEN, FAMILIE, FRAUEN UND INTEGRATION	-	-	-	-
ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG dar.: Anfinanzierung von neuen Baumaßnahmen	30,1 30,0	2,1 2,0	+ 28,0 + 28,0	x x
Baumaßnahmen insgesamt	246,1	225,1	+ 21,0	+ 9,3

Ab dem Haushaltsjahr 2001 werden Baumaßnahmen mit Ausnahme der o. a. Sonderliegenschaften, der Universitätsklinika und der Planungskosten bei den Hochschulen vom Sondervermögen "Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen - BLB NRW -" finanziert (siehe Kapitel 12 700 und Beilage 2 zu Einzelplan 12).

(5.2) Erwerb von unbeweglichen Sachen

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege	0,0	1,0	- 1,0	- 100,0
Landesforstverwaltung	0,5	0,5	± 0,0	± 0,0
Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit	17,5	47,5	- 30,0	- 63,2
Straßen- und Brückenbau	4,7	4,5	+ 0,2	+ 4,4
Übrige Verwaltungsbereiche	-	0,6	- 0,6	- 100,0
Insgesamt	22,7	54,1	- 31,4	- 58,0

(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Landtag	0,9	1,0	- 0,1	- 10,0
Ministerpräsident	3,1	3,9	- 0,8	- 20,5
Innenministerium (Ministerium)	1,5	1,6	- 0,1	- 6,3
Allgemeine Bewilligungen	6,3	6,3	± 0,0	± 0,0
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen	108,0	80,2	+ 27,8	+ 34,7
5 Bezirksregierungen	1,6	1,6	± 0,0	± 0,0

(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen (Fortsetzung)

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen	0,3	0,3	± 0,0	± 0,0
Feuerschutz und Hilfeleistung	9,3	22,0	- 12,7	- 57,7
Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen, Münster	3,9	1,4	+ 2,5	+ 178,6
Justizministerium (Ministerium)	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	33,2	37,5	- 4,3	- 11,5
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften	5,3	5,7	- 0,4	- 7,0
Weitere Gerichte	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Justizvollzugseinrichtungen	6,5	6,5	± 0,0	± 0,0
Aus- und Fortbildung der Justizverwaltung	0,1	0,3	- 0,2	- 66,7
Ministerium für Schule und Weiterbildung (Ministerium)	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	0,7	1,1	- 0,4	- 36,4
Prüfungsämter	0,5	0,5	± 0,0	± 0,0
Aus- und Fortbildung der Lehrer	0,3	0,6	- 0,3	- 50,0
Staatliche Schulen	0,1	0,2	- 0,1	- 50,0
Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Ministerium)	0,5	0,5	± 0,0	± 0,0
Hochschulen	0,0	24,9	- 24,9	- 100,0
Zoologisches Forschungsmuseum König usw.	0,7	0,7	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Ministerium)	0,8	0,9	- 0,1	- 11,1
Bergbau - Energie	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,				
Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium)	0,3	0,2	+ 0,1	+ 50,0
Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter	5,5	6,0	- 0,5	- 8,3
Ämter für Agrarordnung	0,6	0,7	- 0,1	- 14,3

(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen (Fortsetzung)

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Staatliche Veterinäruntersuchungsämter, Chemisches Landesuntersuchungsamt	2,5	2,7	- 0,2	- 7,4
Nordrhein-Westfälisches Landgestüt	0,3	0,4	- 0,1	- 25,0
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Ministerium)	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	1,0	0,4	+ 0,6	+ 150,0
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz	0,3	0,5	- 0,2	- 40,0
Landesanstalt für Arbeitsschutz, Landessammelstelle	0,6	0,8	- 0,2	- 25,0
Maßregelvollzug	2,4	0,1	+ 2,3	x
Landesversicherungsamt Nordrhein-Westfalen	0,1	0,2	- 0,1	- 50,0
Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst	0,5	0,7	- 0,2	- 28,6
Versorgungsämter Nordrhein-Westfalen	0,4	0,6	- 0,2	- 33,3
Finanzministerium (Ministerium)	0,5	0,5	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	14,5	3,4	+ 11,1	+ 326,5
Oberfinanzdirektionen und Finanzämter	2,3	2,6	- 0,3	- 11,5
Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung	0,6	1,9	- 1,3	- 68,4
Rechenzentrum der Finanzverwaltung	31,5	32,3	- 0,8	- 2,5
Landesamt für Besoldung und Versorgung	12,5	6,2	+ 6,3	+ 101,6
Landesrechnungshof (Epl. 13)	0,4	0,4	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Bauen und Verkehr (Ministerium)	2,9	0,7	+ 2,2	+ 314,3
Staatliche Bauverwaltung	0,2	0,2	± 0,0	± 0,0
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen	0,1	0,2	- 0,1	- 50,0
Schloss Augustusburg und Falkenlust in Brühl	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (Ministerium)	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Automationsunterstützung für Haushaltsplanaufstellung und Haushalts-				
Kassen- und Rechnungswesen	2,0	2,3	- 0,3	- 13,0
Sonstige Bereiche	2,7	4,1	- 1,4	- 34,1
Insgesamt	270,5	268,0	+ 2,5	+ 0,9
darunter für den Erwerb von Fahrzeugen	33,6	49,7	- 16,1	- 32,4

(6) Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen (Investitionshaushalt)

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen	18.557,8	18.081,1	+ 476,7	+ 2,6
Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen	4.013,2	3.896,1	+ 117,1	+ 3,0
Insgesamt	22.571,0	21.977,2	+ 593,8	+ 2,7

(7) Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen

	2007 Mio EUR	2006 Mio EUR	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
			Mio EUR	v. H.
Haushaltstechnische Verrechnungen	4,7	4,7	± 0,0	± 0,0
Zuführung an Rücklagen, Fonds und Stöcke	56,8	20,8	+ 36,0	+ 173,1
Globale Mehrausgaben	38,6	23,4	+ 15,2	+ 65,0
Globale Minderausgaben	-	6,8	- 62,7	x
Insgesamt	30,5	42,1	- 11,6	- 27,6

(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen

	2007 Mio EUR	hiervon Investitionen	2006 Mio EUR	hiervon Investitionen
LANDTAG	15,6	-	16,1	-
darunter:				
Zuschüsse an die Fraktionen und staatliche Zuschüsse an die Parteien	13,7	-	13,7	-
MINISTERPRÄSIDENT	181,9	8,9	169,7	11,6
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	17,5	-	13,6	-
Europa- und internationale Angelegenheiten	0,9	0,2	0,9	0,2
Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen	32,6	2,2	33,0	2,1
Kulturförderung	117,7	6,6	107,3	8,4
Medien und Telekommunikation	13,2	-	14,8	0,9
INNENMINISTERIUM	383,8	43,3	407,2	48,8
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	12,8	-	17,6	-
Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	91,3	-	106,2	-
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen	4,4	-	4,5	-
5 Bezirksregierungen	7,7	-	10,3	-
Förderung des Sports	43,1	7,3	30,0	13,2
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb -	58,1	-	60,6	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen - Landesbetrieb -	-	-	-	-
Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb -	23,1	-	23,0	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln - Landesbetrieb -	-	-	-	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Münster - Landesbetrieb -	-	-	-	-
Feuerschutz und Hilfeleistung	46,4	35,9	46,2	35,6
Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	93,0	-	104,8	-
JUSTIZMINISTERIUM	57,3	1,4	58,3	1,4
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	0,5	-	0,5	-
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	11,9	1,4	12,9	1,4
Justizvollzugseinrichtungen	43,5	-	43,6	-

(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)

	2007 Mio EUR	hiervon Investitionen	2006 Mio EUR	hiervon Investitionen
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG	1.604,1	163,3	1.652,3	230,5
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	2,1	-	2,1	-
Allgemeine überregionale Finanzierungen	180,5	3,0	187,0	2,0
Landesförderungen der Weiterbildung	64,2	-	82,4	-
Schulen gemeinsam	278,5	160,0	324,2	228,5
Öffentliche Gymnasien	20,4	0,4	19,7	-
Ersatzschulen	1.052,4	-	1.030,4	-
MINISTERIUM FÜR INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE	4.642,3	651,3	4.597,7	589,5
darunter:				
Allgemeine Studierendenförderung	374,6	161,9	365,3	159,0
Allgemeine überregionale Finanzierungen	343,6	44,3	329,9	39,8
Forschungsförderung	22,3	0,9	22,3	0,9
Hochschulen allgemein	112,4	42,3	73,0	15,1
Fachbereiche Medizin und Universitätsklinikum allgemein	34,6	34,5	35,3	35,2
Fachbereiche Medizin und Universitätsklinikum im Einzelnen	864,2	272,3	861,0	266,6
Hochschulen (ab 2006 Globalhaushalte, Kapitel 06 111 - 06 860)	2.519,6	70,6	2.844,1	51,4
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND ENERGIE	941,5	249,0	927,9	219,1
darunter:				
Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes	86,9	59,9	101,2	65,7
Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme	263,0	182,8	217,6	141,1
Bergbau und Energie	571,4	6,3	588,6	12,3
Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen	4,6	-	4,6	-

(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)

	2007 Mio EUR	hiervon Investitionen	2006 Mio EUR	hiervon Investitionen
MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	505,6	138,3	525,3	150,1
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	43,8	14,6	45,3	22,8
Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege	24,4	4,8	22,5	4,6
Verbraucherangelegenheiten	10,6	-	11,6	-
Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz	140,2	70,0	128,8	65,1
Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	66,5	41,2	69,5	38,8
Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft	71,2	5,9	93,8	17,0
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und Direktor der Landwirtschafts- kammer als Landesbeauftragter	95,6	-	98,1	-
Landesforstverwaltung	42,4	1,3	44,5	1,5
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES	2.663,9	549,9	2.475,5	504,2
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	1.244,9	0,2	1.183,4	0,2
Landesförderung der Arbeitspolitik sowie der Aus- und Weiterbildung	64,2	9,2	66,2	8,6
Gemeinschaftliche mit der EU finanzierte Förderungen der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung (Förderphase 2000 - 2006)	319,6	-	248,8	-
Sozialpolitische Maßnahmen - Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen	91,1	16,7	63,6	13,0
Krankenhausförderung	512,0	510,0	472,0	470,0
Maßnahmen für das Gesundheitswesen	25,0	0,3	26,2	0,3
Maßregelvollzug	196,5	10,7	213,3	9,3
Gesetzliche Leistungen der Versorgungsverwaltung	198,3	-	196,8	-
FINANZMINISTERIUM	13,8	3,9	15,0	7,0
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	3,0	-	0,7	-
Rechenzentrum der Finanzverwaltung	3,9	3,9	7,0	7,0
Verteidigungslastenverwaltung	6,3	-	7,0	-
Versorgung der Beamten usw.	0,6	-	0,3	-

(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)

	2007 Mio EUR	hiervon Investitionen	2006 Mio EUR	hiervon Investitionen
MINISTERIUM FÜR BAUEN UND VERKEHR	2.626,2	1.165,3	2.713,8	1.177,0
darunter:				
Förderung des Wohnungsbaus	476,6	56,7	519,5	79,6
Förderung der Eisenbahn und des öffentlichen Nahverkehrs	1.473,8	749,6	1.501,4	731,5
Angelegenheiten der Luftfahrt	8,6	6,4	11,3	9,1
Angelegenheiten der Schifffahrt	6,0	6,0	6,0	6,0
Straßen- und Brückenbau	473,9	164,1	488,2	165,8
Denkmalpflege	17,1	14,1	14,4	14,1
Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit	168,1	168,0	170,7	170,7
MINISTERIUM FÜR GENERATIONEN, FAMILIE, FRAUEN UND INTEGRATION	1.238,7	11,7	1.245,4	11,9
darunter:				
Kinder- und Jugendhilfe	1.000,0	11,3	999,0	11,5
Familien- und Altenhilfe	192,1	0,3	193,1	0,3
Landesmaßnahmen für Zugewanderte	23,3	-	28,2	-
ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG	7.696,1	1.026,8	7.173,0	945,1
darunter:				
Anteil der Rennvereine an der Totalisatorsteuer	9,6	-	9,6	-
Länderfinanzausgleich	500,0	-	625,0	-
Verwendung der Spielbankabgabe	21,1	-	23,0	-
Steuerverbund und sonstige Leistungen	6.967,7	847,9	6.289,3	761,0
Kapitalvermögen	188,6	179,0	216,0	184,0

1.3.4 Übersicht über die Zahl der Stellen für Landesbedienstete¹⁾

(1) Planstellen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter

	Stellensoll	
	2006	2007
Planmäßige Beamtinnen/Beamte und Richterinnen/Richter (einschließlich Lehrerinnen/Lehrer)	252.762	253.477
Beamtete Hilfskräfte	5.922	6.182
Angestellte/Arbeiterinnen/Arbeiter	67.423	66.615
Insgesamt	326.107	326.274

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2007 konnte bisher der Wegfall von 1.632 Stellen titelscharf dargestellt werden. Darüber hinaus werden bis zum Jahresende 2006 noch weitere 1.600 Stellen wegfallen, deren Zuordnung zu den Kapiteln und Wertigkeiten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststeht.

Insgesamt werden somit 3.232 Stellen abgebaut.

Unter Berücksichtigung der mit dem Haushaltsplanentwurf 2007 neu geschaffenen 1.799 Stellen, beträgt der Stellensaldo 2007 zu 2006 minus 1.433.

¹⁾ Das Stellensoll umfasst die Stellen der Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeiter der Landesbetriebe, Sondervermögen, Globalhaushalte und Fachbereiche Medizin.

Von den Zu- und Abgängen im HHPE 2007 (teils Verlagerungen) entfallen auf		+/-
Innenministerium		
Allgemeine Bewilligungen		+ 55
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW		+ 287
Justizministerium		
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften		- 263
Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit		- 24
Justizvollzugseinrichtungen		- 84
Ministerium für Schule und Weiterbildung		
Schulen gemeinsam		+ 517
Öffentliche Grundschulen		- 344
Öffentliche Hauptschulen		- 846
Öffentliche Realschulen		- 149
Öffentliche Gymnasien		+ 1.363
Öffentliche Weiterbildungskollegs		+ 80
Öffentliche Gesamtschulen		+ 125
Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke		- 35
Öffentliche Berufskollegs		+ 203
Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie		
Kulturwissenschaftliches Institut		- 16
Universitäten, Gesamthochschulen, Hochschulen, Fachhochschulen		- 254
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie		
Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen		- 16
Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		
Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter		- 19
Ämter für Agrarordnung		- 11
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales		
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz		- 42
Versorgungsämter des Landes NRW		- 63
Finanzministerium		
Oberfinanzdirektionen und Finanzämter		- 11
Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen Düsseldorf		- 15
Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB NRW)		- 40
Ministerium für Bauen und Verkehr		
Straßen- und Brückenbau		- 94
Saldo übrige Verwaltungszweige		- 137

In der Übersicht über die Zahl der Stellen für Landesbedienstete sind auch die aus Titelgruppen bezahlten Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeiter - mit Ausnahme der Kräfte im Hochschulbereich, die ihre Vergütung aus Mitteln der Titelgruppen 98 und 99 erhalten - erfasst worden. Bei den Mitteln der Titelgruppen 98 und 99 handelt es sich um Ausgaben aus Zuschüssen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Sonderforschungsbereiche und um Ausgaben aus Beiträgen Dritter. Die hier veranschlagten Ausgaben richten sich nach den aufkommenden Einnahmen. Die Zahl der aus diesen Mitteln bezahlten Kräfte ist naturgemäß sehr starken Schwankungen unterworfen, so dass von einer Erfassung dieser Kräfte Abstand genommen wurde.

Bei den beamteten Hilfskräften sind zur Vermeidung von Doppelzählungen die Stellen für Beamtinnen/Beamte außer Betracht gelassen worden, die innerhalb der Landesverwaltung von anderen Behörden und Einrichtungen abgeordnet sind und bei der abgebenden Verwaltung eine Planstelle innehaben.

(2) Stellen für Beamtinnen/Beamte im Vorbereitungsdienst (Anwärterinnen/Anwärter)

Die Zahl der Stellen für Beamtinnen/Beamte im Vorbereitungsdienst hat sich mit dem Haushaltsplanentwurf 2007 wie folgt entwickelt:

Jahr	Stellen	Veränderung geg. Vorjahr
2005	28.032	x
2006	21.347	- 6.685
2007	22.744	+ 1.397

2. Das nordrhein-westfälische Steueraufkommen und seine Verteilung

Die Bundesregierung ist im Laufe des Jahres 2001 dazu übergegangen, Zuständigkeiten der Bundeskassen zu ändern bzw. länderübergreifend zu bündeln.

Die von der Bundesverwaltung erhobenen Steuern, neben den reinen Bundessteuern und Zöllen auch die Einfuhrumsatzsteuer als Gemeinschaftsteuer, werden infolgedessen in der amtlichen Statistik nicht mehr nach dem regionalen Aufkommen in den einzelnen Ländern, sondern nur noch in einer Summe bundesweit nachgewiesen.

Die in früheren Finanzberichten an dieser Stelle enthaltenen Ausführungen und Tabellen zum Steueraufkommen in NRW und dessen Verteilung auf die Gebietskörperschaften mussten deshalb seit dem Finanzbericht 2004/2005 entfallen.

Daten zu den Steuereinnahmen des Landes NRW (nach der Steuerverteilung, aufgeschlüsselt nach Steuerarten) können seit Beginn des Jahres 2003 im Internet der Landesverwaltung unter www.fm.nrw.de abgerufen werden.

3. Steuerschätzung für Haushalt und Finanzplanung

3.1 Ziele und Aufgaben der Steuerschätzung

Die Steuereinnahmen sind die wichtigste Einnahmequelle des Landeshaushalts. Mit den im Haushaltsplanentwurf 2007 erwarteten Einnahmen von 37,4 Mrd. EUR können knapp 76 v. H. der Gesamtausgaben des Landes finanziert werden.

Der von Art. 81 der LV NRW geforderte Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen im Haushaltsplan ist umso leichter zu erfüllen, je genauer die zukünftige Einnahme- und Ausgabenentwicklung vorhergesagt wird. Untermauert wird diese Forderung nach größtmöglicher Genauigkeit der Prognosen durch den in § 11 der LHO verankerten Grundsatz der "Kassenwirksamkeit", der zum Inhalt hat, dass nur solche Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsplan eingestellt werden dürfen, die im Haushaltsjahr effektiv zu erwarten bzw. zu leisten sind, also kassenwirksam werden.

Da die Steuereinnahmen den weitaus überwiegenden Anteil der Gesamteinnahmen des Landes und damit die Basis für den finanzpolitischen Rahmen der nächsten Jahre darstellen, werden an die Verlässlichkeit der Steuerschätzung hohe Erwartungen gestellt. Dabei ist jedoch zu berücksich-

tigen, dass die Vorausschau bei den Steuereinnahmen noch schwieriger als bei den Ausgaben ist. Die Steuereinnahmeentwicklung ist in hohem Maße von exogenen Faktoren abhängig, deren Ermittlung bereits mit erheblichen Unsicherheiten verbunden ist und die der Fiskus nicht unmittelbar beeinflussen kann.

Zu diesen Faktoren gehören insbesondere: Die wirtschaftliche Entwicklung, die Verbrauchs- und Zahlungsgewohnheiten der Steuerzahler und nicht zuletzt die Reaktionen der Steuerpflichtigen auf Steuerrechtsänderungen. Letztlich befinden die Steuerzahler zu einem guten Teil selber darüber, inwieweit steuerpflichtige Tatbestände entstehen und zu kassenmäßigen Steuereinnahmen führen. Voraussetzung für die Schätzung der Steuereinnahmen sind deshalb konkrete Annahmen über die Entwicklung dieser exogenen Faktoren. Annahmen über die Veränderung der unterschiedlichen Einflussgrößen der Steuereinnahmeentwicklung fließen in die jeweiligen Schätzmethoden ein.

Gerade die Einnahmeeinbrüche der Jahre 2001 bis 2003 haben zudem gezeigt, dass die gehäuften Steuerrechtsänderungen der vergangenen Jahre und die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft zu Strukturbrüchen in der Steueraufkommensentwicklung führen, die mit den vorhandenen Informationsquellen nicht hinreichend erfasst werden können. Die mit der Steuerreform 2000 verbundenen Neuregelungen, insbesondere die Systemänderungen im Bereich der Körperschaftsteuer, erhöhten die Risiken der Steuerschätzung. Die direkten finanziellen Wirkungen der Rechtsänderungen werden dabei von indirekten, durch Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen verursachten Effekten überlagert.

3.2 Methoden der Steuerschätzung

3.2.1 Direkte und indirekte Schätzung

Für die Aufstellung der Haushalte der Gebietskörperschaften ist eine gesonderte Schätzung des Aufkommens jeder einzelnen Steuerart erforderlich. Dies kann mittels direkter oder indirekter Schätzverfahren geschehen.

Direkte Schätzverfahren stützen sich ausschließlich auf Vergangenheitswerte der zu schätzenden Steuereinnahmen. Aus der Zeitreihe der bisherigen Einnahmen wird ein Trend berechnet und in die Zukunft extrapoliert.

Änderungen der erwähnten exogenen Faktoren, also des Verhaltens der Steuerpflichtigen, der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch des Steuerrechts selbst, können bei diesen Methoden nicht berücksichtigt werden. Sie eignen sich daher hauptsächlich für kurzfristige Schätzungen.

Eine dynamische Betrachtung ist nur mit Hilfe von indirekten Schätzmethoden möglich. Sie simulieren auf der Ebene der Gesamtwirtschaft die Veranlagung von Durchschnittssteuerpflichtigen. Ausgehend von einer zunächst selbst zu schätzenden Steuerbemessungsgrundlage oder einer geeigneten Hilfsgröße ermitteln sie über den Steuertarif die Steuerschuld. In einem zweiten Schritt wird das durch Veranlagungs- und Zahlungsmodalitäten entstehende kassenmäßige Aufkommen abgeleitet.

Die indirekten Verfahren sind wesentlich komplexer als die direkten Methoden. Sie erfordern eine breitere Datenbasis. Insbesondere sind Kenntnisse über die Steuerbemessungsgrundlage notwendig. Sollen Feinheiten und Besonderheiten des Steuerrechts berücksichtigt werden, muss die Bemessungsgrundlage disaggregiert dargestellt werden.

Bereits bei der Datenbeschaffung treten erhebliche Schwierigkeiten auf: Die von der amtlichen Steuerstatistik bereitgestellten Daten sind bei ihrem Erscheinen bereits veraltet. Die Veranlagungsdaten aus dem Festsetzungsverfahren werden alle drei Jahre für statistische Zwecke aufbereitet. Zurzeit muss z. B. immer noch mit der Einkommensteuerstatistik 2001 gearbeitet werden.

Für die in die Zukunft gerichtete Steuerschätzung bedarf es weiter eines einigermaßen gesicherten Anschlusses der Bemessungsgrundlage an die Gegenwart. Bei allen einkommensabhängigen Steuerarten, also z. B. der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, aber auch der Umsatzsteuer, greift man hier auf Teilaggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zurück. So wird die Brutto Lohn- und -gehaltssumme als Hilfsindikator für die steuerpflichtigen Arbeitseinkommen zur Prognose des Lohnsteueraufkommens verwendet.

Ausgangspunkt jeder Steuerschätzung ist somit die Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung. Auf der Grundlage von Konjunkturprognosen und Wachstumsprojektionen werden Basisdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt. Die wichtigste Größe ist das Bruttoinlands-

produkt, definiert als der Marktwert aller Güter, die in einer Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Periode konsumiert oder investiert werden, zzgl. des Saldos aus Exporten und Importen. Von der Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes her müssen die Bruttolöhne und -gehälter und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen prognostiziert werden.

Die indirekten Schätzverfahren werden insbesondere bei den großen Gemeinschaftsteuern wie Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer angewendet. Die Schätzergebnisse unterstellen damit immer eine Entwicklung, die dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entspricht.

3.2.2 Aufkommenselastizitäten

Überschlägige Berechnungen im Rahmen der Steuerschätzung werden häufig mit Hilfe von Aufkommenselastizitäten durchgeführt. Elastizitätskoeffizienten messen, wie sich das Aufkommen einer Steuer, einer Gruppe von Steuern oder des gesamten Steuersystems im Verhältnis zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verändert. Aufkommenselastizitäten vergleichen die relativen Wachstumsraten des Steueraufkommens mit denen des Inlandsproduktes (in jeweiligen Preisen). Eine Elastizität von 1,2 bedeutet z. B., dass das Steueraufkommen 1,2-mal so stark wie das BIP wächst.

Die einzelnen Steuerarten zeigen beachtliche Unterschiede in ihren Elastizitäten. Elastizitätskoeffizienten mit einem Wert, der größer als eins ist, sind meist bei den einkommensabhängigen Steuern, insbesondere der Lohnsteuer, zu beobachten. Hauptursache hierfür ist der progressive Einkommensteuertarif. Während sich die Umsatzsteuer aufgrund des proportionalen Steuersatzes und der wertgebundenen Bemessungsgrundlage in etwa gleichgerichtet mit dem BIP entwickelt, bleibt das Wachstum des Aufkommens der direkten Verbrauchsteuern oft infolge der Konsumgewohnheiten der Verbraucher (Sättigungseffekte) hinter dem des Inlandprodukts zurück.

Aufgrund dieser steuerartspezifischen Unterschiede wird die Aufkommenselastizität des gesamten Steuersystems maßgeblich vom Gewicht der einzelnen Steuerarten und von Verschiebungen innerhalb der Steuerstruktur bestimmt.

Sowohl die Elastizität des gesamten Steueraufkommens als auch einzelner Steuerarten schwanken im Zeitablauf sehr. Gründe hierfür liegen u. a. in Veränderungen des Steuerrechts, der Einkommenspyramide, des Verhaltens der Steuerzahler oder im Veranlagungs- und Erhebungsrhythmus der Steuerverwaltung.

In der nachstehenden **Übersicht 1** sind die Aufkommenselastizitäten des deutschen Steuersystems insgesamt und einiger Steuerarten in der längerfristigen Entwicklung zusammengestellt. Im Durchschnitt der Jahre 1970 - 1990¹ lag die Aufkommenselastizität für das gesamte Steuersystem fast genau bei 1. Dies bedeutet, dass die Zuwachsrate des Steueraufkommens im langen Durchschnitt in etwa der Zuwachsrate des nominalen BIP entsprach.

Wie erwartet, lag die Aufkommenselastizität bei der Lohnsteuer deutlich über 1 (1,27), bei einer Verbrauchsteuer (Mineralölsteuer) unter 1 (0,85) und bei den Steuern vom Umsatz bei ungefähr 1 (1,05).

In den einzelnen Jahren hatten insbesondere Steuerrechtsänderungen starke Ausschläge der Elastizitätsbeziehung zur Folge. In den 80er Jahren sind einerseits die Steuersenkungen durch die Steuerreformstufen 1986, 1988 und 1990 deutlich zu erkennen. Diese Änderungen lassen sich insbesondere an dem Elastizitätskoeffizienten der Lohnsteuer ablesen. Andererseits spiegelt das starke Ansteigen der Gesamtaufkommenselastizität in 1989 (1,52) die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern sowie die zeitweilige Erhebung der Quellensteuer wider. Die Erhöhung der Mineralölsteuer im Jahr 1989 ist deutlich an deren hohen Elastizitätskoeffizienten (3,45) abzulesen.

Die Zahlen ab 1991 betreffen das gesamte Bundesgebiet, also einschließlich der neuen Länder. Durch die hohen Transferleistungen von West nach Ost stiegen in den neuen Ländern die gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate wesentlich mehr als die vom BIP abgebildete gesamtwirtschaftliche Produktion. Dies bewirkte insbesondere bei den an Nachfragegrößen anknüpfenden Steuerarten einen erheblichen Elastizitätssprung.

¹ Die Jahre ab 1991 wurden aus den Durchschnittsberechnungen ausgeklammert, da eine Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist. Die Bundessteuern werden nur noch für das gesamte Erhebungsgebiet, d. h. alte und neue Bundesländer zusammen, ausgewiesen.

Übersicht 1

Aufkommenselastizität des deutschen Steuersystems und kassenmäßige Steuerquote 1970 bis 2005
(bis einschl. 1990: früheres Bundesgebiet; ab 1991: einschl. Beitrittsgebiet)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾		Veränderung zum Vorjahr		Steueraufkommen insgesamt ²⁾		Veränderung zum Vorjahr		Elastizität (Spalte 4 zu Spalte 2)		Lohnsteueraufkommen ²⁾		Veränderung zum Vorjahr		Elastizität (Spalte 7 zu Spalte 2)		Aufkommen an Steuern vom Umsatz ²⁾		Veränderung zum Vorjahr		Elastizität (Spalte 10 zu Spalte 2)		Mineralölsteueraufkommen ²⁾		Veränderung zum Vorjahr		Elastizität (Spalte 13 zu Spalte 2)		kassenm. Steuerquote (Spalte 3 zu Spalte 1)		
	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	
1970	352,0	.	78,8	1,10	2,03	17,9	22,0	19,5	12,5	1,16	5,9	19,5	12,5	1,16	5,9	12,5	1,16	5,9	12,5	1,16	5,9	12,5	1,16	5,9	22,38	15
1971	390,1	+ 10,8	88,1	+ 11,9	88,1	+ 11,9	88,1	+ 11,9	1,49	1,70	21,9	+ 22,0	21,9	+ 22,0	2,03	21,9	21,9	+ 22,0	2,03	21,9	+ 22,0	2,03	21,9	+ 22,0	2,03	21,9	+ 22,0	2,03	22,60	15	
1972	427,5	+ 9,6	100,7	+ 14,3	100,7	+ 14,3	100,7	+ 14,3	1,23	1,49	25,4	+ 16,3	24,0	+ 9,5	0,99	25,4	24,0	+ 9,5	0,99	25,4	+ 9,5	0,99	25,4	+ 9,5	0,99	25,4	+ 9,5	0,99	23,56	15	
1973	476,7	+ 11,5	114,9	+ 14,1	114,9	+ 14,1	114,9	+ 14,1	0,90	2,00	31,3	+ 23,1	25,3	+ 5,3	0,46	31,3	25,3	+ 5,3	0,46	31,3	+ 5,3	0,46	31,3	+ 5,3	0,46	31,3	+ 5,3	0,46	24,11	15	
1974	513,6	+ 7,7	122,9	+ 6,9	122,9	+ 6,9	122,9	+ 6,9	0,16	2,26	36,8	+ 17,5	26,2	+ 3,4	0,44	36,8	26,2	+ 3,4	0,44	36,8	+ 3,4	0,44	36,8	+ 3,4	0,44	36,8	+ 3,4	0,44	23,93	15	
1975	536,0	+ 4,4	123,8	+ 0,7	123,8	+ 0,7	123,8	+ 0,7	1,19	- 0,25	36,4	- 1,1	27,7	- 0,25	1,31	36,4	27,7	- 0,25	1,31	36,4	- 0,25	1,31	36,4	- 0,25	1,31	36,4	- 0,25	1,31	23,09	15	
1976	583,9	+ 8,9	137,0	+ 10,7	137,0	+ 10,7	137,0	+ 10,7	1,19	1,48	41,2	+ 13,2	29,9	+ 8,1	0,91	41,2	29,9	+ 8,1	0,91	41,2	+ 8,1	0,91	41,2	+ 8,1	0,91	41,2	+ 8,1	0,91	23,46	15	
1977	623,7	+ 6,8	153,2	+ 11,8	153,2	+ 11,8	153,2	+ 11,8	1,74	1,85	46,4	+ 12,6	32,1	+ 7,2	1,06	46,4	32,1	+ 7,2	1,06	46,4	+ 7,2	1,06	46,4	+ 7,2	1,06	46,4	+ 7,2	1,06	24,56	15	
1978	669,3	+ 7,3	163,2	+ 6,5	163,2	+ 6,5	163,2	+ 6,5	0,89	0,19	47,0	+ 1,4	37,5	+ 16,9	2,31	47,0	37,5	+ 16,9	2,31	47,0	+ 16,9	2,31	47,0	+ 16,9	2,31	47,0	+ 16,9	2,31	24,38	15	
1979	722,5	+ 7,9	175,4	+ 7,5	175,4	+ 7,5	175,4	+ 7,5	0,94	0,69	49,6	+ 5,5	43,1	+ 14,9	1,88	49,6	43,1	+ 14,9	1,88	49,6	+ 14,9	1,88	49,6	+ 14,9	1,88	49,6	+ 14,9	1,88	24,27	15	
1980	766,6	+ 6,1	186,1	+ 6,1	186,1	+ 6,1	186,1	+ 6,1	1,00	2,45	57,0	+ 14,9	47,8	+ 11,0	1,80	57,0	47,8	+ 11,0	1,80	57,0	+ 11,0	1,80	57,0	+ 11,0	1,80	57,0	+ 11,0	1,80	24,28	15	
1981	800,2	+ 4,4	189,3	+ 1,7	189,3	+ 1,7	189,3	+ 1,7	0,39	1,02	59,6	+ 4,5	50,0	+ 4,6	1,06	59,6	50,0	+ 4,6	1,06	59,6	+ 4,6	1,06	59,6	+ 4,6	1,06	59,6	+ 4,6	1,06	23,66	15	
1982	831,8	+ 3,9	193,6	+ 2,2	193,6	+ 2,2	193,6	+ 2,2	0,57	1,49	63,1	+ 5,9	50,0	- 0,1	- 0,02	63,1	50,0	- 0,1	- 0,02	63,1	- 0,1	- 0,02	63,1	- 0,1	- 0,02	63,1	- 0,1	- 0,02	23,27	15	
1983	872,2	+ 4,9	202,7	+ 4,7	202,7	+ 4,7	202,7	+ 4,7	0,97	0,91	65,9	+ 4,4	54,1	+ 8,3	1,72	65,9	54,1	+ 8,3	1,72	65,9	+ 8,3	1,72	65,9	+ 8,3	1,72	65,9	+ 8,3	1,72	23,24	15	
1984	915,0	+ 4,9	212,0	+ 4,6	212,0	+ 4,6	212,0	+ 4,6	0,93	1,18	69,7	+ 5,8	56,5	+ 4,4	0,89	69,7	56,5	+ 4,4	0,89	69,7	+ 4,4	0,89	69,7	+ 4,4	0,89	69,7	+ 4,4	0,89	23,17	15	
1985	955,3	+ 4,4	223,5	+ 5,4	223,5	+ 5,4	223,5	+ 5,4	1,23	1,88	75,5	+ 8,3	56,2	- 0,6	- 0,15	75,5	56,2	- 0,6	- 0,15	75,5	+ 8,3	1,88	75,5	+ 8,3	1,88	75,5	+ 8,3	1,88	23,39	15	
1986	1.010,2	+ 5,7	231,4	+ 3,5	231,4	+ 3,5	231,4	+ 3,5	0,61	0,54	77,8	+ 3,1	56,8	+ 1,2	0,21	77,8	56,8	+ 1,2	0,21	77,8	+ 1,2	0,21	77,8	+ 1,2	0,21	77,8	+ 1,2	0,21	22,90	15	
1987	1.043,3	+ 3,3	239,5	+ 3,5	239,5	+ 3,5	239,5	+ 3,5	1,08	2,39	83,9	+ 7,8	60,7	+ 6,9	2,10	83,9	60,7	+ 6,9	2,10	83,9	+ 6,9	2,10	83,9	+ 6,9	2,10	83,9	+ 6,9	2,10	22,96	15	
1988	1.098,5	+ 5,3	249,6	+ 4,2	249,6	+ 4,2	249,6	+ 4,2	0,79	0,38	85,6	+ 2,0	63,0	+ 3,8	0,71	85,6	63,0	+ 3,8	0,71	85,6	+ 3,8	0,71	85,6	+ 3,8	0,71	85,6	+ 3,8	0,71	22,72	15	
1989	1.168,3	+ 6,4	273,7	+ 9,7	273,7	+ 9,7	273,7	+ 9,7	1,52	1,35	93,0	+ 8,6	67,2	+ 6,6	1,05	93,0	67,2	+ 6,6	1,05	93,0	+ 6,6	1,05	93,0	+ 6,6	1,05	93,0	+ 6,6	1,05	23,43	15	
1990 ³⁾	1.274,9	+ 9,1	281,1	+ 2,7	281,1	+ 2,7	281,1	+ 2,7	0,29	- 0,29	90,8	- 2,3	75,5	+ 12,2	1,34	90,8	75,5	+ 12,2	1,34	90,8	+ 12,2	1,34	90,8	+ 12,2	1,34	90,8	+ 12,2	1,34	22,05	15	
Durchschnitt 1971 - 1990	.	+ 6,6	.	+ 6,6	.	+ 6,6	.	+ 6,6	0,99	1,27	.	+ 8,4	.	1,05	1,27	.	.	+ 7,0	1,05	.	+ 7,0	1,05	.	.	+ 5,7	1,05	1,05	23,40	15		
1991 ⁴⁾	1.534,6	+ 20,4	338,4	+ 20,4	338,4	+ 20,4	338,4	+ 20,4	1,00	1,01	109,5	+ 20,6	91,9	+ 21,8	1,07	109,5	91,9	+ 21,8	1,07	109,5	+ 21,8	1,07	109,5	+ 21,8	1,07	109,5	+ 21,8	1,07	22,05	15	
1992	1.646,6	+ 7,3	374,1	+ 10,5	374,1	+ 10,5	374,1	+ 10,5	1,44	2,12	126,4	+ 15,5	101,1	+ 10,0	1,38	126,4	101,1	+ 10,0	1,38	126,4	+ 10,0	1,38	126,4	+ 10,0	1,38	126,4	+ 10,0	1,38	22,72	15	
1993	1.694,4	+ 2,9	383,0	+ 2,4	383,0	+ 2,4	383,0	+ 2,4	0,82	1,49	131,9	+ 4,3	110,6	+ 9,4	3,24	131,9	110,6	+ 9,4	3,24	131,9	+ 9,4	3,24	131,9	+ 9,4	3,24	131,9	+ 9,4	3,24	22,60	15	
1994	1.780,8	+ 5,1	402,0	+ 4,9	402,0	+ 4,9	402,0	+ 4,9	0,97	0,65	136,3	+ 3,3	120,5	+ 9,0	1,76	136,3	120,5	+ 9,0	1,76	136,3	+ 9,0	1,76	136,3	+ 9,0	1,76	136,3	+ 9,0	1,76	22,57	15	
1995	1.848,5	+ 3,8	416,3	+ 3,6	416,3	+ 3,6	416,3	+ 3,6	0,94	1,60	144,5	+ 6,1	120,0	- 0,5	- 0,12	144,5	120,0	- 0,5	- 0,12	144,5	- 0,5	- 0,12	144,5	- 0,5	- 0,12	144,5	- 0,5	- 0,12	22,52	15	
1996	1.876,2	+ 1,5	409,0	- 1,8	409,0	- 1,8	409,0	- 1,8	- 1,17	- 7,42	128,5	- 11,1	121,3	+ 1,1	0,73	128,5	121,3	+ 1,1	0,73	128,5	+ 1,1	0,73	128,5	+ 1,1	0,73	128,5	+ 1,1	0,73	21,80	15	
1997	1.915,6	+ 2,1	407,6	- 0,4	407,6	- 0,4	407,6	- 0,4	- 0,17	- 0,49	127,1	- 1,0	123,2	+ 1,6	0,74	127,1	123,2	+ 1,6	0,74	127,1	+ 1,6	0,74	127,1	+ 1,6	0,74	127,1	+ 1,6	0,74	21,28	15	
1998	1.965,4	+ 2,6	425,9	+ 4,5	425,9	+ 4,5	425,9	+ 4,5	1,73	1,49	132,1	+ 3,9	127,9	+ 3,9	1,49	132,1	127,9	+ 3,9	1,49	132,1	+ 3,9	1,49	132,1	+ 3,9	1,49	132,1	+ 3,9	1,49	21,67	15	
1999	2.012,0	+ 2,4	453,1	+ 6,4	453,1	+ 6,4	453,1	+ 6,4	2,69	0,56	133,8	+ 1,3	137,2	+ 7,2	3,04	133,8	137,2	+ 7,2	3,04	133,8	+ 7,2	3,04	133,8	+ 7,2	3,04	133,8	+ 7,2	3,04	22,52	15	
2000	2.062,5	+ 2,5	467,3	+ 3,1	467,3	+ 3,1	467,3	+ 3,1	1,25	0,57	135,7	+ 1,4	140,9	+ 2,7	1,08	135,7	140,9	+ 2,7	1,08	135,7	+ 2,7	1,08	135,7	+ 2,7	1,08	135,7	+ 2,7	1,08	22,65	15	
2001	2.113,2	+ 2,5	446,2	- 4,5	446,2	- 4,5	446,2	- 4,5	- 1,83	- 0,93	132,6	- 2,3	138,9	+ 1,4	0,56	132,6	138,9	+ 1,4	0,56	132,6	+ 1,4	0,56	132,6	+ 1,4	0,56	132,6	+ 1,4	0,56	21,12	15	
2002	2.145,0	+ 1,5	441,7	- 1,0	441,7	- 1,0	441,7	- 1,0	- 0,68	- 0,22	132,2	- 0,3	138,2	- 0,5	- 0,35	132,2	138,2	- 0,5	- 0,35	132,2	- 0,5	- 0,35	132,2	- 0,5	- 0,35	132,2	- 0,5	- 0,35	20,59	15	
2003	2.163,4	+ 0,9	442,1	+ 0,1	442,1	+ 0,1	442,1	+ 0,1	0,11	0,80	133,1	+ 0,7	137,0	- 0,9	- 1,01	133,1	137,0	- 0,9	- 1,01	133,1	- 0,9	- 1,01	133,1	- 0,9	- 1,01	133,1	- 0,9	- 1,01	20,44	15	
2004	2.215,7	+ 2,4	442,8	+ 0,2	442,8	+ 0,2	442,8	+ 0,2	0,07	- 2,86	123,9	+ 6,9	137,4	- 0,9	- 0,11	123,9	137,4	- 0,9	- 0,11	123,9	- 0,9	- 0,11	123,9	- 0,9	- 0,11	123,9	- 0,9	- 0,11	19,99	15	
2005	2.245,5	+ 1,3	452,0	+ 2,1	452,0	+ 2,1	452,0	+ 2,1	1,54	- 2,98	118,9	- 4,0	139,7	+ 1,7	1,27	118,9	139,7	+ 1,7	1,27	118,9	+ 1,7	1,27	118,9	+ 1,7	1,27	118,9	+ 1,7	1,27	20,13	15	
Durchschnitt 1992 - 2005	.	+ 2,8	.	+ 2,1	.	0,76	.	+ 0,6	0,21	1,10	.	+ 3,0	.	1,10	1,10	.	.	+ 3,0	1,10	.	+ 3,0	1,10	.	.	+ 3,7	1,33	1,33	21,64	15		

¹⁾ In jeweiligen Preisen, Stat. Bundesamt, VGR; Stand nach Revision 2005

²⁾ Stat. Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14 Reihe 4

³⁾ Bezogen auf das frühere Bundesgebiet; die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen ist wegen der Interdependenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern etwas eingeschränkt.

⁴⁾ Die Daten ab 1991 betreffen das gesamte Bundesgebiet. Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist daher eingeschränkt.

Auch die Aufkommenselastizitäten der einkommensabhängigen Steuern lagen in den neuen Ländern zunächst weit über dem Westniveau. Ursache dafür war u. a. die Angleichung des Lohnniveaus und das damit verbundene Hineinwachsen von immer mehr Einkommensbeziehern in die Steuerpflicht sowie in höhere Grenzsteuersätze.

Die hohen Ausschläge in den Elastizitäten spiegeln darüber hinaus die Vielzahl der seit Beginn der 90er Jahre in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen wider. Zu nennen sind z. B. die Erhöhung des Grundfreibetrages zur Freistellung des Existenzminimums und die Verrechnung des Kindergeldes mit dem Lohnsteueraufkommen bei gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes durch das Jahressteuergesetz 1996 oder die Tarifsenkungen durch das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (2001).

Anhebungen des Umsatzsteuernormalsatzes ließen die Elastizität der Steuern vom Umsatz in den Jahren 1993 und 1998/99 in die Höhe schießen. Bei der Mineralölsteuer sind erhöhungsbedingte Ausschläge in den Jahren 1992, 1994 und 1999 bis 2003 sichtbar.

3.3 Arbeitskreis "Steuerschätzungen" und dessen "Länderausschuss"

Eine wichtige Informationsquelle und Basis für die Steuerschätzung des Landes sind die Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen", der sich im Jahr 1955 konstituiert hat. Er ist ein politisch unabhängiger Kreis von Sachverständigen, der in der Regel zweimal jährlich tagt und für jede in der Bundesrepublik erhobene Steuerart (mit Ausnahme der Kirchensteuer) eine Schätzung vornimmt. Im Mai erfolgt eine mittelfristige Schätzung für den Zeitraum der anstehenden Mittelfristigen Finanzplanung. Im Herbst - vor der abschließenden Lesung des Bundeshaushalts - werden die Steuereinnahmen für das jeweils laufende und für das kommende Haushaltsjahr noch einmal überprüft.

Dem Arbeitskreis gehören der Vertreter des Bundesministers der Finanzen (Vorsitzender), Vertreter des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Vertreter der Finanzminister/-innen bzw. -senatoren der Länder, der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände, des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrates zur Be-

gutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute an.

Wichtigstes Ziel bei der Gründung des Arbeitskreises im Jahr 1955 war, die Vorausschätzung der Steuereinnahmen auf möglichst einheitliche Annahmen und Methoden zu stützen und die Schätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen aus der politischen Diskussion zu nehmen.

Gemeinsame Basis für alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge sind die vom Arbeitskreis "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung" beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erarbeiteten Grundannahmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet. Diese Vorgaben der Bundesregierung fließen in alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge ein und haben damit erheblichen Einfluss auf das Ergebnis der Schätzung. Dabei stehen die kurzfristigen Konjunkturprognosen der Bundesregierung im direkten Vergleich zu den Frühjahrs- bzw. Herbstgutachten der großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die ja ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden.

Mittelfristige Wirtschaftsprojektionen werden von keinem Wirtschaftsforschungsinstitut abgegeben, da die Datenbasis für derartige Ausblicke zu unvollständig ist. Besondere Probleme entstehen bei der zeitlichen Vorhersage von konjunkturellen Umbrüchen. Mittelfristig können deshalb lediglich modellhafte Szenarien abgeleitet werden. Bei den mittelfristigen Vorgaben der Bundesregierung handelt es sich daher um Projektionen. Sie zeichnen die angestrebte, für wünschenswert und erreichbar gehaltene Entwicklung auf. Die Bestrebungen der Finanzpolitiker nach möglichst realitätsnahen Steuerschätzungen konkurrieren somit mit der von den Wirtschaftspolitikern gewünschten Signalwirkung der Projektion.

Gerade bei der mittelfristigen Steuerschätzung können sich hohe Fehlerquoten ergeben. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung besteht die Tendenz, die Steuereingänge zu überschätzen. Umgekehrt, in Jahren mit aufwärts gerichtetem Wirtschaftswachstum, unterschätzen die Modelle zu meist die tatsächliche Entwicklung.

Auch die in die Schätzung eingehenden Wirkungen der jeweils aktuellen Steuerrechtsänderungen legt die Bundesregierung vor. Solange die Wirkungen der Rechtsänderungen noch nicht in der statistischen Datenbasis für

die Steuerschätzung eingegangen sind, werden i. d. R. die Schätzungen der entsprechenden Mehr- oder Mindereinnahmen des Bundesfinanzministeriums übernommen. Ausnahmen gab es bisher nur in den Fällen, in denen aus der Entwicklung der Steuereinnahmen Fehlschätzungen offen zu Tage traten. Dies geschieht äußerst selten, da Fehler bei der Kalkulation der Wirkungen von Steuerrechtsänderungen im Allgemeinen in der Gesamtheit der Steuereingänge untergehen.

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" liefert Prognosen für jede Steuerart. Soweit es die Datenbasis erlaubt, legt er getrennte Schätzungen für das alte und das neue Bundesgebiet vor. Außerdem ordnet der Arbeitskreis seine Steuereinnahmeerwartungen den drei Ebenen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zu. Der Bund übernimmt die Ergebnisse des Arbeitskreises, ergänzt um Korrekturposten für von der Bundesregierung geplante, aber noch nicht parlamentarisch verabschiedete Steuerrechtsänderungen, in seinen jeweiligen Haushaltsplan bzw. die Mittelfristige Finanzplanung.

Zur Ermittlung der zukünftigen Steuereinnahmen eines Landes muss die Summe der Steuereinnahmen der Länder regionalisiert, d. h. auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. Ein erster Schritt zu dieser Aufteilung ist die sog. Schematische Regionalisierung durch den Länderausschuss "Regionalisierung". Alle vom Grundsatz her nach dem örtlichen Aufkommen verteilten Steuereinnahmen werden anhand der Ist-Eingänge des letzten aktuell verfügbaren 12-Monats-Zeitraums auf die Länder verteilt.

Diese Ergebnisse sind die Basis für eine schematische Verteilung des Umsatzsteueranteils der Länder, die Vorabkalkulation der Zahlungsströme im Länderfinanzausgleich sowie eines Teils der Bundesergänzungszuweisungen.

3.4 Schätzung der Steuereinnahmen auf Landesebene

Die Schematische Regionalisierung wird einheitlich von allen Ländern als eine interne Arbeitsunterlage angesehen. Sie ist eine Basis für die Ableitung der jeweiligen Haushaltsansätze. Sicher ist, dass kein Land die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung ungeprüft übernehmen kann. Im Rahmen der Finanzautonomie der Länder ist es selbstverständlich, dass eigene

Überlegungen über die zukünftigen Entwicklungen in die Steuerschätzung einfließen.

Notwendigkeiten zu Korrekturen ergeben sich zum einen aus dem System der Schematischen Regionalisierung selbst und zum anderen aus den der Steuerschätzung zugrunde liegenden Verfahren.

Zunächst ist zu beachten, dass die Schematische Regionalisierung die einem Land für ein Haushaltsjahr zustehenden Umsatzsteuereinnahmen berechnet. Aufgrund der nachträglichen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung zwischen den Ländern unterscheiden sich diese Beträge teilweise deutlich von den im entsprechenden Haushaltsjahr kassenmäßig zu buchenden Zahlungsströmen.

Der sog. vorläufige Vollzug der Umsatzsteuer richtet sich nach der 1. Durchführungsverordnung zu § 13 Finanzausgleichsgesetz. Sie legt den v. H.-Satz fest, den die Zahlerländer täglich aus ihren Umsatzsteueraufkommen für Zwecke des Umsatzsteuerausgleichs (und den Länderfinanzausgleich) an den Bund als Clearingstelle abführen müssen. Der Abführungssatz richtet sich nach den Ist-Ergebnissen der letzten vier abgerechneten Quartale. Den Werten für 2007 liegen damit die Steuereingänge im vierten Quartal 2005 und den ersten drei Quartalen 2006 zugrunde.

Vierteljährlich, jeweils im März, Juni, September und Dezember, wird nach den dann vorliegenden Quartalszahlen abgerechnet. D. h., die Umsatzsteuereinnahmen eines Jahres setzen sich aus dem Abrechnungsbetrag des Vorjahres, den Einnahmen der ersten drei abgerechneten Quartale sowie den Einnahmen nach dem vorläufigen Vollzug für das letzte Quartal zusammen.

Gerade durch die niedrige Steuerkraft der neuen Länder ist das Transfer volumen der Umsatzsteuerverteilung erheblich angestiegen. Die Abweichungen zwischen den kassenmäßigen Einnahmen und den dem Land für das entsprechende Haushaltsjahr zustehenden Einnahmen können deshalb durchaus im dreistelligen Millionenbereich liegen.

Auch durch die Zerlegungs- bzw. Clearingverfahren, mit denen eine nicht sachgerechte, d. h. dem Sinn des Prinzips des örtlichen Aufkommens widersprechende Verteilung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag und Feuerschutzsteuer korrigiert wird, können bei einzelnen Ländern erheb-

liche Einnahmeschwankungen auftreten. Durch den nachgelagerten Einnahmeausgleich zwischen den Ländern ist es in den vergangenen Jahren vermehrt zu teils erheblichen Verwerfungen bei den kassenmäßigen Zuflüssen gekommen. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den zunehmenden Einfluss von Großunternehmen auf das Steueraufkommen.

Weitere Gründe, die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung für Zwecke der eigenen Steuerschätzung zu überarbeiten, sind:

- Die Steuerschätzung wird i. d. R. nach geltendem Rechtsstand durchgeführt. Anstehende, aber noch nicht endgültig beschlossene Steuerrechtsänderungen können folglich auch von der Schematischen Regionalisierung nicht berücksichtigt werden.
- Zeitlich befristete Sonderentwicklungen in einzelnen Ländern können zu erheblichen strukturellen Verzerrungen im Einnahmegerüfte aller Länder führen. Da jedoch erhebliche Schwierigkeiten bestehen, Sondereffekte einheitlich zu definieren, insbesondere für alle Länder verbindliche Größenvorgaben festzulegen, werden die Regionalisierungsgrundlagen i. d. R. nicht um derartige Effekte bereinigt.
- Wie erläutert, basieren die Schätzverfahren des Arbeitskreises auf gesamtwirtschaftlichen Modellen (Isolierte Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder werden nicht erstellt.). Auch eine realistische Prognose der bundesweiten wirtschaftlichen Entwicklung muss nicht für jedes einzelne Land in gleichem Maße zutreffen. Hier müssen unterschiedliche wirtschaftliche Tendenzen berücksichtigt werden. Auch Sonderentwicklungen einzelner Länder können von den auf einer historischen Datenbasis aufbauenden Modellen keinen Niederschlag finden.

3.5 Zuverlässigkeit der Schätzergebnisse in Nordrhein-Westfalen

Eine Gegenüberstellung der im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewiesenen Schätzergebnisse und der tatsächlichen Ist-Einnahmen der Jahre 1961 bis 2005 (Übersicht 2) zeigt, dass es neben Überschätzungen auch weit hinter der Ist-Entwicklung zurückgebliebene Veranschlagungen gegeben hat. Die Fehlerquote reicht von + 10,1 v. H. (1969) bis - 8,1 v. H. (2001).

Ein Vergleich der Fehlerquoten der Steuerschätzung mit der Konjunktur-entwicklung macht deutlich, dass nicht nur die tatsächliche Steuereinnahme-entwicklung, sondern auch ihre Schätzung vom Konjunkturverlauf geprägt wird. Dies gilt besonders für die 60er und 70er Jahre, in denen die Konjunkturzyklen klar abgrenzbar waren, aber auch für das Ende der 80er Jahre und den Anfang der 90er Jahre. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung wurden die Steuereingänge häufig überschätzt, während die Einnahmen in Jahren mit aufwärts gerichteter Wirtschaftsentwicklung oft zu niedrig veranschlagt wurden.

Dieser dem Verfahren der offiziellen Steuerschätzung immanente Fehler ist ein wichtiger Grund für die relativ hohe Überschreitung der Haushaltsansätze durch die Ist-Einnahmen in den Jahren 1989 - 1992, in denen die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung positiver ausfiel als die in die Schätzung eingegangenen Erwartungen.

Übersicht 2

**Vergleich der im Landeshaushaltsplan ausgewiesenen Schätzergebnisse
(Haushaltsansätze) mit der tatsächlichen Steuereinnahmentwicklung
der Jahre 1961 bis 2005**

Jahr	Haushaltssoll		Haushaltsist			
	- Mio EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	- Mio EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	Differenz zum Soll	
					- Mio EUR -	- v. H. -
1	2	3	4	5	6	7
1961	3.775,7	x	4.074,3	x	+ 298,5	+ 7,9
1962	4.810,1	+ 27,4	4.539,7	+ 11,4	- 270,5	- 5,6
1963	4.855,2	+ 0,9	4.530,9	- 0,2	- 324,3	- 6,7
1964	4.837,2	- 0,4	4.912,6	+ 8,4	+ 75,4	+ 1,6
1965	5.154,7	+ 6,6	5.149,2	+ 4,8	- 5,5	- 0,1
1966	5.704,4	+ 10,7	5.379,0	+ 4,5	- 325,4	- 5,7
1967	5.859,6	+ 2,7	5.547,9	+ 3,1	- 311,6	- 5,3
1968	5.668,8	- 3,3	5.974,0	+ 7,7	+ 305,2	+ 5,4
1969	6.349,4	+ 12,0	6.989,2	+ 17,0	+ 639,8	+ 10,1
1961/1969	47.015,2	+ 6,7	47.096,9	+ 7,0	+ 81,7	+ 0,2
1970	7.482,8	+ 17,9	7.485,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0
1971	8.254,8	+ 10,3	8.343,8	+ 11,5	+ 89,0	+ 1,1
1972	9.476,8	+ 14,8	9.772,5	+ 17,1	+ 295,7	+ 3,1
1973	10.875,2	+ 14,8	11.163,0	+ 14,2	+ 287,9	+ 2,6
1974	12.772,1	+ 17,4	12.291,6	+ 10,1	- 480,5	- 3,8
1975	11.759,7	- 7,9	11.941,0	- 2,9	+ 181,3	+ 1,5
1976	12.782,3	+ 8,7	13.394,5	+ 12,2	+ 612,2	+ 4,8
1977	14.674,1	+ 14,8	14.972,4	+ 11,8	+ 298,3	+ 2,0
1978	15.788,7	+ 7,6	15.961,7	+ 6,6	+ 173,0	+ 1,1
1979	16.596,5	+ 5,1	17.268,9	+ 8,2	+ 672,4	+ 4,1
1970/1979	120.462,9	+ 10,1	122.595,0	+ 9,5	+ 2.132,0	+ 1,8
1980	18.202,0	+ 9,7	18.102,8	+ 4,8	- 99,2	- 0,5
1981	18.554,8	+ 1,9	17.935,9	- 0,9	- 618,9	- 3,3
1982	18.906,6	+ 1,9	18.466,7	+ 3,0	- 439,8	- 2,3
1983	19.086,5	+ 1,0	19.263,2	+ 4,3	+ 176,7	+ 0,9
1984	20.142,5	+ 5,5	20.081,8	+ 4,2	- 60,7	- 0,3
1985	21.218,6	+ 5,3	20.970,5	+ 4,4	- 248,1	- 1,2
1986	22.113,4	+ 4,2	22.271,5	+ 6,2	+ 158,1	+ 0,7
1987	23.499,0	+ 6,3	23.136,5	+ 3,9	- 362,5	- 1,5
1988	23.723,9	+ 1,0	24.190,1	+ 4,6	+ 466,2	+ 2,0
1989	25.053,3	+ 5,6	26.831,9	+ 10,9	+ 1.778,6	+ 7,1
1980/1989	210.500,6	+ 4,2	211.251,0	+ 4,5	+ 750,5	+ 0,4
1990	26.331,5	+ 5,1	27.108,5	+ 1,0	+ 777,0	+ 3,0
1991	27.866,4	+ 5,8	28.703,0	+ 5,9	+ 836,6	+ 3,0
1992	30.677,5	+ 10,1	31.319,0	+ 9,1	+ 641,5	+ 2,1
1993	32.037,5	+ 4,4	32.005,4	+ 2,2	- 32,1	- 0,1
1994	32.671,6	+ 2,0	32.280,8	+ 0,9	- 390,7	- 1,2
1995	33.888,4	+ 3,7	33.914,7	+ 5,1	+ 26,3	+ 0,1
1996	34.933,7	+ 3,1	33.931,1	+ 0,0	- 1.002,6	- 2,9
1997	34.545,4	- 1,1	33.373,4	- 1,6	- 1.172,0	- 3,4
1998	34.842,0	+ 0,9	35.075,4	+ 5,1	+ 233,4	+ 0,7
1999	36.425,5	+ 4,5	36.830,5	+ 5,0	+ 405,0	+ 1,1
1990/1999	324.219,5	+ 3,8	324.541,8	+ 3,2	+ 322,3	+ 0,1
2000	37.707,8	+ 3,5	37.796,9	+ 2,6	+ 89,1	+ 0,2
2001	36.609,0	- 2,9	33.639,1	- 11,0	- 2.969,9	- 8,1
2002	36.783,0	+ 0,5	35.923,8	+ 6,8	- 859,2	- 2,3
2003	34.695,0	- 5,7	33.398,5	- 7,0	- 1.296,5	- 3,7
2004	33.900,0	- 2,3	33.912,0	+ 1,5	+ 12,0	+ 0,0
2005	34.340,0	+ 1,3	34.700,7	+ 2,3	+ 360,7	+ 1,1
1961/2005	916.233,0	+ 5,1	914.855,6	+ 5,0	- 1.377,4	- 0,2

1993 bis 1995: Bruttoveranschlagung der Beiträge des Landes zum Fonds "Deutsche Einheit"

Seit Anfang der 90er Jahre erschwerten außerdem häufige Änderungen des Steuerrechts, deren Folgewirkungen und steuertechnische Behandlung zunehmend die Prognosen. Dies gilt besonders für Rechtsänderungen, die zu Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen führen. Ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen sind im Voraus kaum zuverlässig zu prognostizieren, da die Reaktionen der Steuerzahler in der Regel nicht konkret zu erfassen sind. Steuerschätzungen müssen deshalb mit Verhaltenshypothesen arbeiten.

Der Vergleich zwischen den Ansätzen im Landeshaushalt und der tatsächlichen Einnahmeentwicklung macht den Vorbehalt deutlich, unter dem Steuervorausschätzungen stehen, und zeigt, mit welchen Einschränkungen sie der haushaltsrechtlich gestellten Forderung nach Genauigkeit nachkommen.

Die Schwierigkeiten der Steuerschätzung nehmen mit zeitlichem Abstand zur Schätzperiode zu. Für den mittelfristigen Zeitraum muss die Prognose deshalb eher als eine Tendenzaussage angesehen werden, die lediglich unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen gilt und deren absolute Höhe sich z. B. schon dann ändert, wenn das Aufkommen im Basisjahr zu hoch oder zu niedrig prognostiziert wurde.

4. Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

4.1 Koordinierung der Haushalte und Finanzplanungen der Gebietskörperschaften im Finanzplanungsrat

Der Finanzplanungsrat hat nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) die Hauptaufgabe, Empfehlungen für eine Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Kommunen zu geben. Auf diese Weise sollen die Aufstellung und der Vollzug der Haushalte aller staatlichen Ebenen eine an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientierte Ausrichtung erfahren. Die Koordinierungsfunktion des Finanzplanungsrates ist jedoch durch die verfassungsrechtlich garantierte Selbstständigkeit der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern begrenzt.

Der Finanzplanungsrat tritt jährlich i. d. R. jeweils im Frühsommer und im Spätherbst zu Beratungen zusammen. Den Vorsitz des Gremiums führt der Bundesminister der Finanzen. Weitere Mitglieder sind der für den Bereich

Wirtschaft zuständige Bundesminister, die Finanzminister/-innen bzw. zuständigen -senatoren aller 16 Länder sowie Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände. An den Beratungen nimmt darüber hinaus ein Vertreter der Deutschen Bundesbank regelmäßig als Gast teil.

Eine besondere Aktualität hat die Koordinierungsfunktion im Zusammenhang mit den EU-rechtlichen Vorgaben zur Gewährleistung solider mitgliedstaatlicher Finanzen erhalten. Durch die Mitte 2002 in Kraft getretene Neuregelung des § 51 a HGrG ist dem Finanzplanungsrat eine zentrale Rolle in dem innerstaatlichen Verfahren zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zugewiesen worden. So kann der Finanzplanungsrat z. B. Empfehlungen zu einer gemeinsam anerkannten Ausgabenlinie geben, etwa zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Begrenzung des Ausgabenwachstums. Soweit die Haushaltsdisziplin von Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände nicht den EU-rechtlichen Vorgaben entspricht, kann er zudem konkrete Empfehlungen zu deren Wiederherstellung aussprechen, die dann die Richtschnur für die Haushalts- und Finanzplanungen der betroffenen Gebietskörperschaften bilden. Insoweit ist das im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zwischen den Mitgliedstaaten vereinbarte Verfahren im Falle eines Auftretens übermäßiger Defizite auf den innerstaatlichen Kontext übertragen worden.

Die jüngste Sitzung des Finanzplanungsrates fand am 29. Juni 2006 statt. Erörtert wurden die gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushaltspläne 2007 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2010 sowie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich der dazu notwendigen gemeinsamen Konsolidierungsbemühungen aller staatlichen Ebenen. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch über die zweite Stufe der Föderalismusreform statt.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich in der vorgenannten Sitzung im Rahmen eines einvernehmlichen Beschlusses erneut zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Einhaltung der Kriterien des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes bekannt. Das gesamtstaatliche Defizit soll 2007 wieder deutlich unter die zulässige Marge i. H. v. 3 v. H. des Bruttoinlandsproduktes zurückgeführt werden. Nach dem im März 2005 reformierten Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt muss das gesamtstaatliche

Defizit ab dem Jahr 2008 zudem jeweils um weitere 0,5 Prozentpunkte jährlich gesenkt werden. Vor diesem Hintergrund streben Bund, Länder und Gemeinden insbesondere an, ihr Ausgabenwachstum in den Jahren 2007 bis 2010 auf jahresdurchschnittlich 1 v. H. zu begrenzen.

Der jüngste Beschluss des Finanzplanungsrates betont zudem, dass es zur langfristigen Stabilisierung der öffentlichen Haushalte, insbesondere auf der Einnahmeseite, neben umfassenden Konsolidierungsmaßnahmen auch einer Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums bedarf. Weitere Reformen in der Arbeitsmarktpolitik, in der Struktur und der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und für eine international wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung werden daher als unverzichtbar für eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzlage der öffentlichen Hand angesehen.

Darüber hinaus wird im Rahmen des aktuellen Beschlusses seitens der Finanzminister/-innen hervorgehoben, dass die beabsichtigte Reform der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen liefern muss. Dabei werden - unter Wahrung der Finanzinteressen von Bund und Ländergesamtheit, aber auch der einzelnen Länder - insbesondere Regelungen zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen und zur Weiterentwicklung des nationalen Stabilitätspaktes mit dem Ziel einer Stabilisierung der Staatsfinanzen für notwendig erachtet.

4.2 Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen

4.2.1 Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer

Die Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen ergeben sich aus § 1 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz. Dem Bund stehen derzeit 5,63 v. H. als Ausgleich für seinen zusätzlichen Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung des bundesweiten Umsatzsteueraufkommens zu. Ab 2007 erhält der Bund zunächst einen Vorabanteil zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dieser beträgt in 2007 3,89 v. H., in 2008 4,42 v. H. und ab 2009 4,45 v. H. des Umsatzsteueraufkommens. Vom verbleibenden Aufkommen erhält der Bund dann den Anteil (2007 5,15 v. H. und ab 2008 5,05 v. H.) für den Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung. Vom danach verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden seit 1998 einen Anteil von 2,2 v. H. Am restlichen Aufkommen

sind Bund und Länder derzeit mit 49,60 v. H. zu 50,40 v. H. beteiligt. Im Jahr 2007 beträgt die Beteiligung 49,68 v. H. zu 50,32 v. H. und ab 2008 49,7 v. H. zu 50,3 v. H.

Dabei ist im Umsatzsteueranteil der Länder ein Anteil von derzeit 6,4 Prozentpunkten, im Jahr 2007 von 6,32 Prozentpunkten und ab dem Jahr 2008 von 6,3 Prozentpunkten enthalten, der zum Ausgleich ihrer besonderen Belastungen infolge der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs bestimmt ist und einen besonderen Regelkreis neben den allgemeinen Verteilungsgrundsätzen darstellt.

Zudem erhält der Bund derzeit einen Festbetrag i. H. v. rd. 2,323 Mrd. EUR zu Lasten des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ab 2007 reduziert sich der Betrag auf 2,263 Mrd. EUR.

Der Bund trägt damit i. H. v. jährlich 1,323 Mrd. EUR seiner alleinigen Finanzierungsverpflichtung für den Schuldendienst am Fonds "Deutsche Einheit" Rechnung. I. H. v. 1 Mrd. EUR dient der Festbetrag zur Finanzierung von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige (Hartz IV). Ab 2007 wird der Festbetrag um 60 Mio EUR als Ausgleich für steuerrechtliche Änderungen zu Gunsten der Länder gekürzt.

Seit 1998 werden die Gemeinden grundgesetzlich garantiert an der Umsatzsteuer beteiligt. Durch diese Beteiligung erhalten die Gemeinden den finanziellen Ausgleich ihrer Einnahmeverluste aus dem Wegfall der Gewerbesteuer im Rahmen der damaligen Unternehmensteuerreform.

Die Entwicklung der jeweiligen Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden (letztere ab 1998) am Umsatzsteueraufkommen seit 1970 zeigt die nachfolgende Übersicht:

Jahr	Bund	Länder	Gemeinden
	- v. H. des Gesamtaufkommens -		
1970/1971	70	30	
1972/1973	65	35	
1974	63	37	
1975	68,25	31,75	
1976 - 1977	69	31	
1978 - 1982	67,5	32,5	
1983	66,5	33,5	
1984 - 1985	65,5	34,5	
1986 - 1992	65	35	
1993 - 1994	63	37	
1995	56	44	
1996 - 1997	50,5	49,5	
1998	51,2312404	46,6488396	2,11992
1999	52,2383993	45,6854607	2,07614
2000 - 2001	52,00766465	45,91619535	2,07614
2002 - 2003	51,40775456	46,51610544	2,07614
2004	49,47608609	48,44777391	2,07614
2005	53,09495861	44,82890139	2,07614
2006	53,08271209	44,84114791	2,07614

4.2.2 Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes im Haushaltsplanentwurf 2007

In den Einnahmetiteln des Haushaltsplanentwurfs 2007 (Hauptgruppen 2 und 3) sind rd. 3,7 Mrd. EUR aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Dieser Betrag schließt 7,8 Mio EUR Einnahmen aus Schuldenaufnahmen beim Bund mit ein. Die wichtigsten Leistungen des Bundes einschließlich ihrer voraussichtlichen mittelfristigen Entwicklung sind in der nachstehenden Übersicht aufgelistet. Für 2007 sind darin rd. 94 v. H. aller vom Land erwarteten Bundesmittel erfasst.

Leistungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen nach bedeutenden Einnahmepositionen 2006 bis 2010

Art der Leistung	Kapitel - Titel	Haushaltsplan	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
		2006	2007	2008	2009	2010
		- Mio EUR -				
1. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a GG:						
11 Hochschulbau (ab 2007: siehe Nr. 42) * * in Abhängigkeit von der endgültigen, derzeit noch ausstehenden Entscheidung über die Föderalismusreform	06 100 - 331 10, 331 20	165,6	0,0	0,0	0,0	0,0
12 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	08 300 - 231 61, 331 61	31,1	29,1	25,2	25,2	25,2
13 Verbesserung der Agrarstruktur (einschl. Sonderrahmenplan)	10 080 - alle Titel 231 und 331	42,4	40,4	40,4	40,4	40,4
14 Gemeinsame Forschungsförderung gemäß Artikel 91 b GG (Blaue-Liste-Einrichtungen)	06 030 - 231 11, 331 11	23,8	24,5	25,6	26,3	26,7
2. Aufgrund von Geldleistungsgesetzen nach Artikel 104 a Absatz 3 GG:						
21 Aufstiegsfortbildung	05 030 - 231 10	17,9	17,2	17,2	17,2	17,2
22 Ausbildungsförderung im Schulbereich	05 030 - 231 61, 331 61	100,1	96,9	96,9	96,9	96,9
23 Ausbildungsförderung im Hochschulbereich	06 027 - 231 62, 331 62	200,9	208,7	208,7	208,7	208,7
24 Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	11 020 - 231 10	860,0	881,0	881,0	881,0	881,0
25 Wohngeld	14 050 - 231 10	165,0	155,0	155,0	150,0	150,0
26 Unterhaltsvorschussgesetz	15 055 - 231 10	67,9	67,9	67,9	67,9	67,9
3. Als Finanzhilfen nach Artikel 104 a Absatz 4 GG:						
31 Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung"	05 300 - 331 20	228,5	159,9	--	--	--
32 Darlehen und Zuweisungen für den Wohnungsbau (einschl. Aussiedlerwohnungsbau)	14 050 - 311 70, 331 70	55,2	56,7	41,6	30,2	19,8
33 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	14 500 - 331 10 und 331 12	44,8	51,0	51,0	51,0	51,0
34 Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (ÖPNV)	14 110 - 331 10	189,9	202,5	192,4	190,2	183,8
35 Anschluss des Flughafens Köln-Bonn an die Eisenbahn-Neubaustrecke Köln-Rhein-Main	14 110 - 331 11	12,9	6,5	0,0	0,0	0,0
36 Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG (kommunaler Straßenbau)	14 140 - 331 10	129,4	129,4	129,4	129,4	129,4
37 Regionalisierungsgesetz	14 110 - 231 10	1.127,8	1.144,7	1.161,9	1.179,3	1.197,0
4. Sonstige:						
41 Erstattung von Entschädigungslasten der Wiedergutmachung	03 810 - 231 00	41,3	37,5	34,4	32,0	29,6
42 Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes gemäß Artikel 143 c GG für den Bildungsbereich * * in Abhängigkeit von der endgültigen, derzeit noch ausstehenden Entscheidung über die Föderalismusreform	06 100 - 331 30 und 331 40	0,0	164,0	164,0	164,0	164,0
Nachgewiesene Leistungen des Bundes insgesamt:		3.504,5	3.472,9	3.292,6	3.289,7	3.288,6

4.3 Finanzausgleich unter den Ländern

Systematik und Rechtsentwicklung bis 1994

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 1999 (Tz. 4.3, Seiten A 59 ff.).

Der gemeinsame Finanzausgleich ab 1995

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 2004/2005 (Tz. 4.3, Seiten A 46 ff.).

Der Finanzausgleich ab 2005

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 11.11.1999 (BVerfGE 101, 158 ff.) festgestellt, dass das bis 2004 geltende Finanzausgleichsgesetz die verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht mit hinreichender Deutlichkeit bestimmt und deshalb nur noch als Übergangsrecht anwendbar war. Es hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 01.01.2003 ein Maßstäbengesetz in Kraft zu setzen und das seinerzeit bestehende Finanzausgleichsgesetz bis zum 31.12.2004 neu zu regeln. Beide Gesetzgebungsaufträge sind bereits im Jahr 2001 erfüllt worden. Das neue Finanzausgleichsrecht ist nach Ablauf des Solidarpaktes I zum 01.01.2005 in Kraft getreten.

Die Regelungen zum neuen Finanzausgleich und zum Solidarpakt II werden zur Überwindung der Folgen der Teilung und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland innerhalb einer Generation beitragen. Sie sind daher bis zum 31.12.2019 befristet.

Folgende wichtige strukturelle Änderungen des Länderfinanzausgleichs wurden vorgenommen:

- Das System insgesamt ist anreizgerechter: Hat ein Land einen überdurchschnittlichen Steuerzuwachs, verbleiben ihm 12 v. H. der überdurchschnittlichen Einnahmen; sie werden nicht in den Finanzausgleich eingerechnet.

- Hafenlasten werden nicht mehr im Länderfinanzausgleich berücksichtigt, sondern außerhalb des Systems geregelt.
- Die kommunale Finanzkraft wird zu 64 v. H. einbezogen. Dies ist ein Kompromiss zwischen der bisher hälftigen Einbeziehung und der Forderung nach 100%iger Einbeziehung.
- Das Volumen des Länderfinanzausgleichs wird nicht ausgeweitet, sondern verringert. Stattdessen wird die originäre Steuerkraft der steuerschwächeren Länder bei der Verteilung der Umsatzsteuer gestärkt.

NRW finanzierte im Zeitraum 1995 bis einschließlich 2005 mit insgesamt rd. 11,6 Mrd. EUR rd.15 v. H. des gesamten Ausgleichsvolumens. Einen Überblick über die Abrechnungsergebnisse geben die nachfolgenden Übersichten:

**Beiträge im Länderfinanzausgleich 1995 bis 2005
in Relation zum Ausgleichsvolumen**

Basis:
1995 - 2004: 2. Durchführungsverordnung
2005: Vorläufige Abrechnung

Zeitraum	NRW		BY		BW		HE		SH		HH		Zusammen Mio EUR
	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.							
1995	1.763,4	30,81	1.294,4	22,61	1.433,3	25,04	1.100,6	19,23	72,2	1,26	60,1	1,05	5.723,9
1996	1.598,0	25,56	1.463,2	23,40	1.289,0	20,61	1.656,4	26,49			246,2	3,94	6.252,8
1997	1.564,2	25,50	1.586,0	25,85	1.232,0	20,08	1.609,6	26,24	2,8	0,05	139,8	2,28	6.134,4
1998	1.583,0	22,88	1.486,5	21,48	1.777,9	25,69	1.758,2	25,41	0,1	0,00	314,3	4,54	6.920,0
1999	1.317,5	17,59	1.635,3	21,83	1.759,7	23,49	2.432,6	32,48			344,9	4,60	7.490,0
2000	1.141,2	13,79	1.884,1	22,77	1.957,2	23,66	2.734,4	33,05			556,0	6,72	8.272,9
2001	277,9	3,67	2.276,8	30,09	2.115,4	27,95	2.629,5	34,75			268,1	3,54	7.567,7
2002	1.628,1	21,87	2.047,5	27,50	1.662,7	22,33	1.910,2	25,66			197,1	2,65	7.445,5
2003	49,6	0,75	1.859,2	28,13	2.169,3	32,82	1.875,8	28,38			656,0	9,92	6.609,8
2004	212,9	3,13	2.315,4	34,03	2.170,0	31,89	1.528,6	22,46			578,0	8,49	6.804,8
2005	486,8	7,07	2.218,9	32,23	2.209,0	32,09	1.592,9	23,14			377,1	5,48	6.884,6
1995 - 2005	11.622,6	15,27	20.067,1	26,37	19.775,4	25,98	20.828,8	27,37	75,0	0,10	3.737,5	4,91	76.106,4

**Zuweisungen im Länderfinanzausgleich 1995 bis 2005
in Relation zum Ausgleichsvolumen**

Basis:
1995 - 2004: 2. Durchführungsverordnung
2005: Vorläufige Abrechnung

Zeitraum	NI		RP		SH		SL		HB		Berlin		SN		ST		TH		BB		MV		Zusammen Mio EUR
	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	
1995	231,2	4,04	116,9	2,04	92,1	1,61	287,5	5,02	2.158,7	37,71	906,3	15,83	574,2	10,03	521,1	9,10	441,8	7,72	394,1	6,89	5.723,9		
1996	282,8	4,52	118,3	1,89	8,0	0,13	324,5	5,19	2.217,1	35,46	1.004,6	16,07	634,5	10,15	576,3	9,22	529,2	8,46	437,8	7,00	6.252,8		
1997	343,6	5,60	151,2	2,47	104,5	1,70	178,8	2,91	2.266,2	36,94	980,5	15,98	600,6	9,79	573,9	9,36	504,2	8,22	430,8	7,02	6.134,4		
1998	402,9	5,82	219,4	3,17	116,4	1,68	466,4	6,74	2.500,7	36,14	1.019,4	14,73	617,3	8,92	595,1	8,60	534,0	7,72	448,5	6,48	6.920,0		
1999	531,8	7,10	194,8	2,60	88,7	1,18	152,5	2,04	2.725,3	36,39	1.121,7	14,98	671,9	8,97	611,7	8,17	587,5	7,84	463,9	6,19	7.490,0		
2000	568,1	6,87	391,6	4,73	185,1	2,24	166,7	2,01	2.812,3	33,99	1.181,9	14,29	711,4	8,60	670,1	8,10	644,0	7,78	499,6	6,04	8.272,9		
2001	951,6	12,57	229,3	3,03	59,6	0,79	145,5	1,92	2.652,8	35,05	1.031,3	13,63	590,9	7,81	573,2	7,57	498,0	6,58	434,1	5,74	7.567,7		
2002	487,4	6,55	419,1	5,63	111,6	1,50	406,5	5,46	2.676,9	35,95	1.047,1	14,06	606,8	8,15	571,1	7,67	540,8	7,26	439,0	5,90	7.445,5		
2003	392,4	5,94	259,2	3,92	16,1	0,24	346,2	5,24	2.638,8	39,92	936,1	14,16	519,7	7,86	499,6	7,56	502,1	7,60	393,1	5,95	6.609,8		
2004	446,2	6,56	190,4	2,80	102,2	1,50	330,8	4,86	2.702,9	39,72	929,8	13,66	531,6	7,81	517,5	7,60	534,3	7,85	403,4	5,93	6.804,8		
2005	359,4	5,22	291,7	4,24	145,4	2,11	111,7	1,62	2.440,6	35,45	1.007,4	14,63	580,3	8,43	573,4	8,33	580,8	8,44	428,0	6,22	6.884,6		
1995 - 2005	4.997,4	6,57	2.581,7	3,39	716,7	0,94	3.890,4	5,11	27.792,3	36,52	11.166,2	14,67	6.639,0	8,72	6.283,0	8,26	5.896,8	7,75	4.772,2	6,27	4.772,2	6,27	76.106,4

4.4 **Bundesergänzungszuweisungen**

Rechtslage bis 1994

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 1999 (Tz. 4.4, Seiten A 65 ff.).

Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs ab 1995

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 2004/2005 (Tz. 4.4, Seiten A 49 ff.).

Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs ab 2005

Auch ab 2005 hebt der Bund - wie bisher - die Finanzkraft leistungsschwacher Länder allgemein an (Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen) und finanziert Sonderlasten leistungsschwacher Länder (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen).

Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen werden wie bisher als sog. Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen gewährt. Anspruchsberechtigt sind Länder, deren Finanzkraft nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs 99,5 v. H. der länderdurchschnittlichen Finanzkraft nicht erreicht; die entsprechenden Fehlbeträge werden zu 77,5 v. H. aufgefüllt. Damit wird die Einhaltung der Finanzkraftreihenfolge der Länder und des Nivellierungsverbots gewährleistet. Das Volumen der Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen hat sich allerdings im Vergleich zum alten Recht deutlich verringert.

Die besondere Situation der neuen Länder und Berlins nach Herstellung der Deutschen Einheit begründet weiterhin Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung von Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Der Bund stellt hierzu für weitere 15 Jahre insgesamt einen Betrag von rd. 105 Mrd. EUR zur Verfügung, der degressiv zurückgeführt wird. Es handelt sich um folgende Zuweisungen für die Jahre 2005 - 2019:

Jahr	Zuweisungen - EUR -	Jahr	Zuweisungen - EUR -
2005	10.532.613.000	2013	6.544.536.000
2006	10.481.484.000	2014	5.777.598.000
2007	10.379.225.000	2015	5.061.790.000
2008	10.225.838.000	2016	4.294.852.000
2009	9.510.029.000	2017	3.579.043.000
2010	8.743.091.000	2018	2.812.105.000
2011	8.027.283.000	2019	2.096.297.000
2012	7.260.345.000		

Zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit erhalten die neuen Bundesländer vorerst für die Jahre 2005 - 2009 insgesamt jährliche Zahlungen i. H. v. 1 Mrd. EUR. Im Jahre 2008 wird überprüft, ob und in welcher Höhe diese Lasten ab dem Jahr 2010 auszugleichen sind.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Kosten politischer Führung werden seit Anfang 2005 um insgesamt $\frac{1}{3}$ auf rd. 0,52 Mrd. EUR zurückgeführt und im Abstand von fünf Jahren hinsichtlich der Voraussetzungen für ihre Gewährung überprüft.

Die Regierungschefs der ostdeutschen Länder haben bei Abschluss des Solidarpaktes II erklärt, dass damit nach einer Generation, d. h. ab 2020, ein teilungsbedingter infrastruktureller Nachholbedarf nicht mehr geltend gemacht wird.

4.5 Fonds "Deutsche Einheit"

Entwicklung bis 1994

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 1999 (Tz. 4.5, Seiten A 71 ff.).

Abwicklung des Fonds seit 1995

Vgl. hierzu im Einzelnen Finanzbericht 2004/2005 (Tz. 4.5, Seiten A 52 ff.).

Der Fonds "Deutsche Einheit" ab 2005

Seit 01.01.2005 ist der Fonds "Deutsche Einheit" in den Finanzausgleich integriert. Für die Jahre 2005 bis 2019 übernimmt der Bund gegen Kompensationsleistungen der Länder die Annuitätsleistungen².

Mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds aufgelöst; Verbindlichkeiten und Vermögen des Fonds gehen dann auf den Bund über. Eine am 31.12.2019 noch bestehende Restschuld bis zur Höhe von rd. 6,5 Mrd. EUR übernimmt der Bund vollständig. Weist der Bund nach, dass die Restschuld des Fonds "Deutsche Einheit" Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung den Referenzbetrag von rd. 6,5 Mrd. EUR übersteigt, erhält er von den westdeutschen Ländern einschließlich West-Berlin einen Ausgleich i. H. v. 53,3 v. H. des übersteigenden Betrages.

5. Finanzbeziehungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Gemeinden

5.1 Kommunal финанzen in Nordrhein-Westfalen - Ergebnis einer Auswertung des Innenministeriums -

Gesamtüberblick

Die Entwicklung der Kommunal финанzen wurde im Haushaltsjahr 2005 von den insgesamt andauernden Einnahmезuwächsen bei der Gewerbesteuer geprägt. Andererseits führten die Umstellungen in Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Arbeitsmarktreformen ("Hartz IV") zum 01.01.2005 zu neuen erheblichen Ausgabenbelastungen.

Das Finanzierungsdefizit der Kommunen in NRW (Finanzierungssaldo der Gesamthaushalte) hat sich im Haushaltsjahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um rd. 260 Mio EUR auf 1.609 Mio EUR erhöht. Dagegen blieb erneut die Nettokreditaufnahme für Investitionsmaßnahmen mit rd. 132 Mio EUR vor allem im Vergleich zum Landeshaushalt gering. Dies steht aber in Zusammenhang mit den weiter rückläufigen kommunalen Sachinvestitionen und der in vielen Gemeinden (GV) defizitären Situation der Verwaltungshaushalte. Sichtbar wird diese Problematik der anhaltenden und strukturellen

² Vgl. Textziffer 4.2.1, Seite A 38

Unterdeckung konsumtiver Leistungen an der Liquiditätsentwicklung einer Reihe von Städten und Gemeinden. Die sog. Kassenkredite steigerten sich bis 31.12.2005 auf den neuen Höchststand von 10.560 Mio EUR.

Die teilweise bereits seit Jahren laufenden Konsolidierungsanstrengungen vieler Gemeinden (GV) müssen fortgesetzt, in hoch defizitären Gemeinden sogar noch weiter verstärkt werden.

Die laufenden Umstellungen des Rechnungssystems auf das doppelte Rechnungswesen (Neues Kommunales Finanzmanagement - NKF) werden insbesondere in den Bilanzen neue Zusammenhänge zwischen Schulden- und Vermögenssituation aufzeigen. Die Ergebnisrechnung wird für die Bewertung der kommunalen Finanzsituation demgegenüber von höherer Bedeutung sein. Die zum Start in das neue Rechnungswesen begründeten Ausgleichsrücklagen könnten durch jährliche Fehlbeträge der Ergebnisrechnung schnell aufgezehrt werden. Damit würde ein ständiger Verzehr des Eigenkapitals drohen, wenn die Anstrengungen zum Ausgleich der Ergebnisrechnung nicht weiter verstärkt werden.

Im Haushaltsjahr 2005 stiegen die Einnahmen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen um 1.644 Mio EUR (+ 4,4 v. H.). Prosperierend verliefen die kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Sie stiegen um 826 Mio EUR (+ 14,4 v. H.) auf netto 6.547 Mio EUR an.

Dennoch blieben die Kommunalfinanzen bei örtlich unterschiedlichen Entwicklungen insgesamt weiter stark angespannt. Die Ausgaben für soziale Leistungen stiegen brutto um 1.716 Mio EUR auf einen neuen Höchststand von 11.111 Mio EUR an (+ 18,3 v. H.). Der erhebliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist allerdings weitgehend durch die Umstellung der Aufgaben in Zusammenhang mit den Arbeitsmarkt- und Sozialreformen entstanden. Dabei ist im Vergleich zum Vorjahr zu berücksichtigen, dass dem Ausgabenanstieg auch erhebliche neue Einnahmen (z. B. aus der Beteiligung des Bundes mit 29,1 v. H. an den kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II i. H. v. rd. 2.823,8 Mio EUR) entgegenstehen.

Die Fehlbeträge der kommunalen Verwaltungshaushalte haben sich im Haushaltsjahr 2005 auf 5.622 Mio EUR erhöht (Vorjahr: 4.344 Mio EUR). Dies ist im Wesentlichen auf eine höhere Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren zurückzuführen.

Insgesamt hat sich die Einnahmesituation der Kommunen im Haushaltsjahr 2005 verbessert. Die Kommunalfinanzen bleiben aber im Gesamten weiter stark angespannt.

Sorgen bereiten vor allem eine Reihe von Städten und Gemeinden des Landes, die sich in der Haushaltssicherung befinden:

Nach dem Stand vom 31.05.2006 beläuft sich die Anzahl der Gemeinden (GV) in sog. "Haushaltssicherung" auf 193 von 427 Städten, Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen. 105 Städte oder Gemeinden führten ihren Haushalt mit einem nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept (HSK) in der vorläufigen Haushaltswirtschaft (§ 82 GO NRW). Im bisherigen kamerale Rechnungswesen hat sich (neben den Schulden und den Fehlbeträgen der Verwaltungshaushalte) in den letzten Jahren zunehmend die sog. "Kassenkreditquote" als signifikante Kennzahl gezeigt, die in der Gruppe der Haushaltssicherungsgemeinden weitere Differenzierungen nach den individuellen Problemlagen ermöglicht. Eine Kassenkreditquote von über 30 v. H. der Jahresausgaben des Verwaltungshaushaltes hatten zum Ende des Haushaltsjahres 2005 insgesamt 61 Städte und Gemeinden des Landes.

Im Einzelnen ist auf Folgendes hinzuweisen:

Das Finanzierungsdefizit (Gesamtsaldo von Einnahme- und Ausgabenpositionen der kommunalen Verwaltungs- und Vermögenshaushalte) betrug im Haushaltsjahr 2005 insgesamt 1.609 Mio EUR. Das Finanzierungsdefizit stieg gegenüber 2004 um rd. 263 Mio EUR. Es bleibt aber unter dem hohen Finanzierungsdefizit des Jahres 2003 (3.242 Mio EUR).

Finanzierungssaldo³ (+ = Finanzierungsüberschuss/- = Finanzierungsdefizit) der kommunalen Gesamthaushalte		
- Mio EUR -		
2003	2004	2005
- 3.242	- 1.346	- 1.609

³ Der Finanzierungssaldo ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Verwaltungshaushalte und der Vermögenshaushalte ohne die sog. besonderen Finanzierungsvorgänge, zu denen im Wesentlichen die Kreditaufnahmen und Tilgungen sowie auf Einnahme- und Ausgabenseite in gleicher Höhe anfallende Positionen oder periodenfremde Zahlungsvorgänge - z. B. Fehlbeträge aus Vorjahren - gehören. Der Finanzierungssaldo spiegelt damit die Finanzlage im jeweils zu beurteilenden Haushaltsjahr wider.

Eine "Schwarze Null" konnte dennoch in 2005 nicht erreicht werden, dafür waren die neuen Ausgabenbelastungen zu hoch. Die Entwicklung des Finanzierungssaldos macht deutlich, dass die Finanzlage der Kommunen weiterhin angespannt ist und Konsolidierungsanstrengungen erforderlich bleiben.

Die Fehlbetragsentwicklung der Kommunen in NRW in den vergangenen drei Jahren stellt sich wie folgt dar:

Fehlbeträge⁴ der Verwaltungshaushalte		
- Mio EUR -		
2003	2004	2005
5.704	4.344	5.622

Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte 2005 der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen sind im Haushaltsjahr 2005 um rd. 1.278 Mio EUR gegenüber dem Vorjahr 2004 kräftig angestiegen. Dies ist im Wesentlichen eine Folge der Lasten aus der Vergangenheit. Im Haushaltsjahr 2005 mussten nicht gedeckte Fehlbeträge aus Vorjahren (sog. "Altfehlbeträge") i. H. v. 4.261 Mio EUR veranschlagt und verbucht werden. Im Vorjahr 2004 belief sich diese Belastung "nur" auf 3.317 Mio EUR. Ermittelt man die jahresbezogenen Fehlbeträge unter Bereinigung der aus früheren Perioden stammenden Altfehlbeträge, ergibt sich in der strukturellen (jahresbezogenen) Fehlbetragsentwicklung folgendes Bild:

Jahresbezogene Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte		
- Mio EUR -		
2003	2004	2005
3.344	1.027	1.361

⁴ Fehlbeträge sind im Saldo negative Ergebnisse der Einnahmen und Ausgaben in den Verwaltungshaushalten aller Gemeinden einschließlich der bei einzelnen Gemeinden (GV) entstandenen "Überschüsse" der Verwaltungshaushalte und der bei anderen Gemeinden (GV) entstandenen Defizite.

Im Vergleich zum Ergebnis des Jahres 2003 hat es in den nachfolgenden Jahren 2004 und 2005 bei den Kommunalfinzen des Landes insoweit deutliche Konsolidierungsfortschritte gegeben. Dies steht im Wesentlichen in Zusammenhang mit der Erholung des Gewerbesteueraufkommens, aber auch mit Erfolgen vieler Kommunen bei der Konsolidierung von Ausgaben. Der Anstieg der jahresbezogenen Fehlbeträge 2005 gegenüber 2004 i. H. v. 334 Mio EUR belegt aber auch, dass die Finanzprobleme der Kommunen nicht behoben sind, vor allem, weil die zu konsolidierenden Lasten der Vergangenheit bei weitem nicht beseitigt sind.

Kreditaufnahmen sind den Kommunen haushaltsrechtlich nur subsidiär zur Finanzierung vermögenswirksamer Investitionen in ihren Vermögenshaushalten möglich. Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte werden auf neue Rechnung der Verwaltungshaushalte der kommenden Jahre vorgetragen. Dies führt zwangsläufig zu einem erhöhten Liquiditätsbedarf der kommunalen Kassen in Gemeinden (GV) mit defizitärem Verwaltungshaushalt. Die Entwicklung der Nettokreditaufnahme sollte deshalb stets in Zusammenhang mit der Entwicklung der Kassenkredite der Kommunen betrachtet werden. Die kommunalen Kassenkredite haben sich (jeweils zum angegebenen Tagesstand) wie folgt entwickelt:

Kassenkredite⁵ der Kommunen in Nordrhein-Westfalen		
- Mio EUR -		
31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005
6.805	8.461	10.540

Die kommunale Liquidität wird in besonderer Weise dadurch in Anspruch genommen, dass Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte auch im Jahresabschluss nicht kreditfinanziert werden dürfen und auf folgende Haushaltsjahre vorzutragen sind. Folglich überschreitet die Höhe des Standes der Kassenkredite zum 31.12.2005 auch die Höhe der ungedeckten Fehlbeträge aus 2004 (4.344 Mio EUR) und aus 2005 (5.622 Mio EUR) in der Gesamtsumme von 9.966 Mio EUR.

⁵ Kassenkredite sind die zur Aufrechterhaltung der täglichen Zahlungsfähigkeit der Gemeindekasse aufgenommenen Kredite (Liquiditätssicherung).

Zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzwirtschaft muss die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Aufgabenerfüllung und die Leistungsfähigkeit der Einwohner und Abgabepflichtigen berücksichtigen. Gleichzeitig ist die schwierige Aufgabe anzugehen, künftig wieder die Investitionen ohne Neuverschuldung zu verstärken und die Konsumaufwendungen zu reduzieren. Mittel- bis langfristig muss zur Verbesserung der "Generationenbilanz" ein Abbau der Schulden angestrebt werden. Das neue kommunale Finanzmanagement leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, die tatsächlichen Belastungen periodengerecht darzustellen und die Folgekosten neuer Maßnahmen transparenter zu ermitteln, als es das bisherige kamerale System erlaubte. Aus dem Erkenntnisgewinn sollten Investitions- und Konsolidierungsentscheidungen getroffen werden, die einen periodengerechten Ausgleich zwischen Aufwendungen und Erträgen in den Gemeinden (GV) herstellen, in denen das nach der Umstellung trotz Nutzung der Ausgleichsrücklage nicht der Fall ist.

Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen informiert mit seinen Kommunalfinanzberichten regelmäßig über die Entwicklung der kommunalen Finanzen. Der Kommunalfinanzbericht vom Juni 2006 mit dem Titel: "Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer - Mehrausgaben bei sozialen Leistungen: Anhaltende Finanzprobleme in vielen Gemeinden" ist auf den Internetseiten des Innenministeriums NRW bei www.im.nrw.de unter den Rubriken "Bürger und Kommunen"/"Kommunalfinanzen"/"Kommunalfinanzberichte" verfügbar.

Die wichtigsten Einnahmen

Steuereinnahmen

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Haushaltsjahr 2005 netto um rd. 800 Mio EUR auf 14.778 Mio EUR an. Dies bedeutet einen Zuwachs von 5,7 v. H. gegenüber dem Vorjahr 2004. Nach dem Tiefpunkt des Aufkommens im Jahr 2003 (12.991 Mio EUR) haben sich in den beiden nachfolgenden Jahren die kommunalen Steuereinnahmen damit erfreulich stark erholt. Das kommunale Steueraufkommen lag 2005 um 1.787 Mio EUR über dem Niveau des besonders aufkommensschwachen Jahres 2003. Die Aufkommensverbesserung wird aber nahezu allein von der Entwicklung der Gewerbesteuer getragen.

Im Einzelnen haben sich die kommunalen Steuereinnahmen im Vergleich der Haushaltsjahre 2005 zu 2004 wie folgt entwickelt:

- Die Einnahmen aus den Grundsteuern A und B erhöhten sich im Haushaltsjahr 2005 um 2,1 v. H. und betragen insgesamt 2.493 Mio EUR.
- Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer erhöhten sich im Haushaltsjahr 2005 brutto um 14,0 v. H. auf rd. 7.981 Mio EUR. Nach Abzug der von den Gemeinden gesetzlich zu erbringenden Gewerbesteuerumlage stiegen die Einnahmen der Gewerbesteuer netto um 14,4 v. H. auf rd. 6.547 Mio EUR.
- Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer betrug 2005 rd. 4.858 Mio EUR. Das Aufkommen verminderte sich leicht um 1,7 v. H. Zum 01.01.2005 wurde eine weitere Senkung des Steuertarifs wirksam. Zusätzlich sind die Kompensationsleistungen für die Einkommensteuerverluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs zu berücksichtigen. Sie betragen 2005 rd. 477,1 Mio EUR und lagen damit um 3,5 v. H. höher als 2004. Diese Kompensationsleistungen werden den Gemeinden nach dem gleichen Verteilungsschlüssel wie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch Zuweisung des Landes bereitgestellt, zählen aber haushaltssystematisch bei den Gemeinden nicht zu den Steuereinnahmen.
- Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer betrug 2005 kassenmäßig rd. 691 Mio EUR und hat sich im Vergleich zum Vorjahr 2004 um 1,9 v. H. erhöht.
- Die sonstigen Steuern oder steuerähnlichen Einnahmen der Gemeinden sanken 2005 um 4,2 v. H. auf rd. 189 Mio EUR.

Gebühren/Entgelte

Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten erhöhten sich 2005 leicht um 0,2 v. H. auf rd. 5.577 Mio EUR. Dabei ist zu bedenken, dass weiterhin eine Reihe von kostenrechnenden Einrichtungen aus den Kommunalhaushalten ausgegliedert sind und die Effekte früherer Ausgliederungen nachwirken.

Neue Einnahmen für die Leistungen zu Unterkunft und Heizung (LUH) nach dem SGB II

Die Kommunen erhielten im Zusammenhang mit den Umstellungen durch die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen zum 01.01.2005 ("Hartz IV") erstmals im Haushaltsjahr 2005 neue "Beteiligungseinnahmen". Der Bund beteiligte sich im Jahr 2005 an den Leistungen für Unterkunft und Heizung mit 29,1 v. H. und erstattete Leistungen der Optionskommunen (Arbeitslosengeld II und Eingliederung in Arbeit). Das Land leitete seine Ersparnisse an Wohngelderstattungen netto als Zuweisungen an die Gemeinden weiter. Die Zahlungsströme lassen sich nach den Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik nicht vollständig differenziert darstellen, weil sie teilweise in Gesamtpositionen (z. B. Landeszuweisungen, vgl. folgendes Kapitel) enthalten sind. Die Bundesleistungen für die LUH betragen nach dem Ergebnis der Kassenstatistik zum 31.12.2005 im Haushaltsjahr 2005 insgesamt 832,3 Mio EUR.

Laufende Zuweisungen/Erstattungen des Landes

Die lfd. Zuweisungen/Zuschüsse/Erstattungen des Landes ("laufende Zuweisungen ...") verminderten sich 2005 deutlich um 9,3 v. H. auf rd. 7.191,2 Mio EUR. Dies ist immerhin ein kassenmäßiger Rückgang um 737,7 Mio EUR. Die Hauptursache für diese Entwicklung liegt darin, dass die Kommunen 2005 in den Jahren 2003 und 2004 kreditierte Beträge an das Land zurückzahlen mussten. Das Land hatte damit in den Vorjahren Steuermindereinnahmen im kommunalen Steuerverbund des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) ausgeglichen und den Kommunen damit eine Art zinsloses Darlehen eingeräumt. Im Haushaltsjahr 2005 musste dies verrechnet werden. Im Wesentlichen ist das der Grund dafür, dass die allgemeinen Zuweisungen des Landes von 6.198,5 Mio EUR (2004) auf 5.470,3 Mio EUR (2005) um 728,2 Mio EUR (- 11,7 v. H.) zurückgingen.

Als Landesersparnis beim Wohngeld sind den Kommunen 2005 Mittel i. H. v. 230 Mio EUR als weitere Kompensation infolge der zum 01.01.2005 in Kraft getretenen Arbeitsmarktreforemen ("Hartz IV") zugewiesen worden (§ 33 GFG 2005). Der finanzstatistische Nachweis ist auf Grundlage der zusammengefassten Position "Landeszuweisungen" schwierig zu analysieren, zumal sich die haushaltstechnischen Voraussetzungen im Verlaufe des Haushaltsjahres 2005 verändert haben. Daher sind die Mittel nur teilweise und voraussichtlich in erheblich geringerem Umfang als allgemeine Zuweisungen

der kommunalen Verwaltungshaushalte verbucht worden (obwohl eine Vereinnahmung im Verwaltungshaushalt nach dem 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2005 des Landes hätte erfolgen müssen). In erheblich größerem Umfang sind die Mittel von den Kommunen als pauschale Investitionszuweisungen des Landes in deren Vermögenshaushalten vereinnahmt worden. Diese in Zusammenhang mit den Umstellungen nach "Hartz IV" insoweit im ersten Jahr der neuen Aufgaben entstandene Unsicherheit dürfte sich 2006 nicht mehr wiederholen.

Veräußerung von Vermögen

Die Kommunen erzielten im Jahr 2005 - im Gesamten - Veräußerungserlöse von rd. 961,7 Mio EUR. Das waren erheblich geringere Veräußerungserlöse als im Vorjahr 2004 (1.739,3 Mio EUR). Teilweise wurden u. a. Erlöse im Wege von sog. Rückzuführungen aus den Vermögenshaushalten an die Verwaltungshaushalte zur Konsolidierung von Fehlbeträgen eingesetzt. Diese Rückzuführungen betragen im Haushaltsjahr 2005 insgesamt rd. 836,5 Mio EUR (Vorjahr 2004: 1.027,1 Mio EUR).

Die wichtigsten Ausgaben

Personalausgaben

Dass die Personalausgaben der Kommunen 2005 etwas stärker als in den Vorjahren um 1,3 v. H. auf 10.094 Mio EUR anstiegen, ist einerseits auf die am 01.10.2005 in Kraft getretene Tarifreform zurückzuführen. Diese ist für die Kommunen von besonderer Bedeutung, weil über 70 v. H. ihres Personals tarifabhängig Beschäftigte sind. Andererseits sollten mit der Begründung der neuen Arbeitsgemeinschaften nach "Hartz IV" und dem Übergang von Personal auch Entlastungseffekte verbunden sein. Dabei ist wiederum von Bedeutung, dass die beamteten kommunalen Beschäftigten in den Arbeitsgemeinschaften gleichwohl weiter im Stellenplan der Gemeinden geführt und deren Personalausgaben weitgehend von der Bundesagentur erstattet werden. Bei den Optionskommunen wiederum werden die kommunalen Personalausgaben vollständig nachgewiesen und weitgehend erstattet. Hier hat es durch die neuen Aufgaben auch zusätzlichen Personalbedarf gegeben.

Personalausgaben		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2003	2004	2005
9.958 - 0,2 v. H.	9.965 + 0,1 v. H.	10.094 + 1,3 v. H.

Laufender Sachaufwand

Die kommunalen Sachaufwendungen sind 2005 um 2,2 v. H. auf rd. 8.555 Mio EUR angestiegen. Vor allem aufgrund der Energiepreisentwicklungen ist mit einem weiteren Anstieg der Sachaufwendungen zu rechnen. Die Ergebnisse 2003, 2004 und 2005 stellen sich wie folgt dar:

Laufender Sachaufwand (für Verwaltung und Betrieb)		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2003	2004	2005
8.213 0,0 v. H.	8.370 + 1,9 v. H.	8.555 + 2,2 v. H.

Soziale Leistungen

Die Ausgaben für soziale Leistungen der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen sind im Haushaltsjahr 2005 brutto sprunghaft um 18,3 v. H. oder rd. 1,7 Mrd. EUR auf das Rekordergebnis von rd. 11,1 Mrd. EUR angestiegen. Diese Entwicklung ist auf das Inkrafttreten der "Hartz IV"-Gesetzgebung zum 01.01.2005 zurückzuführen. Allerdings sind die Daten der Ausgaben für soziale Leistungen im Jahr 2005 mit denen der Vorjahre nicht ohne weiteres vergleichbar. Zwar haben die Kommunen neue Aufgaben übernommen, die vor allem im Bereich der Leistungen für Unterkunft und Heizung mit erheblichen Ausgaben verbunden sind. Dem stehen aber zum einen Entlastungen gegenüber, weil nun viele ehemalige Sozialhilfeempfänger/-innen Leistungen nach dem SGB II erhalten. Zum anderen können die Kommunen durch "Hartz IV" aber auch neue Einnahmen von Bund und Land verbuchen. Der Bund beteiligte sich im Jahr 2005 an den Leistungen für Unterkunft und Heizung mit 29,1 v. H. und erstattete Leistungen der Optionskommunen

(Arbeitslosengeld II und Eingliederung in Arbeit). Insgesamt belaufen sich die neuen Einnahmen auf rd. 1.966 Mio EUR. Unter Berücksichtigung dieser Einnahmen betragen die gesamten Ausgaben für soziale Leistungen im Jahr 2005 netto rd. 9.145 Mio EUR. Im Vergleich mit dem Vorjahr gingen sie damit um rd. 250 Mio EUR oder 2,7 v. H. zurück.

Soziale Leistungen u. ä.		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2003	2004	2005
9.084 + 10,7 v. H.	9.395 + 3,4 v. H.	11.111 + 18,3 v. H.

Mit den Daten der Kassenstatistik lässt sich die Frage, ob das Ziel der Entlastung der Kommunen in NRW um 450 Mio EUR jährlich durch „Hartz IV“ erreicht wurde, nicht beantworten. Im Saldo scheint es zwar zu einer Entlastung der kommunalen Ebene gekommen zu sein, die aber weit unter der Zielgröße von 450 Mio EUR liegen dürfte. Insgesamt weist die Auswertung der Kassenstatistikdaten darauf hin, dass es offenbar noch erhebliche Buchungs- und Erfassungsprobleme gibt, was angesichts des Umfangs der Umstellung der Leistungssysteme aber nicht überrascht. So liegen die Ausgaben für Unterkunft und Heizung nach der Kassenstatistik um 204 Mio EUR unter den tatsächlichen Leistungen, die dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW gemeldet wurden.

Insgesamt bleiben weiterhin Besorgnisse über die Entwicklung der kommunalen Sozialausgaben bestehen. Weitere Einzelheiten zur Analyse der neuen kommunalen Zahlungsströme nach "Hartz IV" im Haushaltsjahr 2005 enthält der Kommunalfinanzbericht des Innenministeriums vom Juni 2006.

Sachinvestitionen

Seit 1992 sind die Sachinvestitionen der Kommunen erheblich zurückgegangen. Darin zeigen sich deutliche Spuren der kommunalen Konsolidierungszwänge. Die Talfahrt der kommunalen Sachinvestitionen hat sich auch im Haushaltsjahr 2005 weiter fortgesetzt.

Kommunale Sachinvestitionen		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2003	2004	2005
3.366 - 10,6 v. H.	3.391 + 0,8 v. H.	3.155 - 7,0 v. H.

Zu berücksichtigen sind allerdings Auslagerungen von Einrichtungen (z. B. der kommunalen Abwasserbeseitigung) aus den kommunalen Haushalten und zunehmend auch Verlagerungen von Investitionsmaßnahmen durch PPP- oder Leasingfinanzierungen, die dazu führen, dass entsprechende Investitionsleistungen nicht mehr in den kommunalen "Kernhaushalten" nachgewiesen werden. Angesichts der angespannten Situation vieler Verwaltungshaushalte sind die Kommunen bei neuen Investitionen auch wegen möglicher Folgebelastungen weiterhin zurückhaltend. Schließlich müssen auch Mietzahlungen und laufende Zuschüsse der Kommunen im Einklang mit ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit über viele Jahre aus Erträgen finanziert werden können.

Zusammenfassung und Ausblick

Die fiskalische Entwicklung der kommunalen Einnahmen, insbesondere der Einnahmen aus der Gewerbesteuer, war im Haushaltsjahr 2005 für die Entwicklung der Kommunalfinanzen entlastend. Der sprunghaften Zunahme der Ausgaben für soziale Leistungen standen neue Einnahmen entgegen. Das Finanzierungsdefizit 2005 der kommunalen Gesamthaushalte hat leicht zugenommen, aber bei weitem nicht das hohe Niveau des Jahres 2003 erreicht. Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte sind deutlich angestiegen. Die Ursache lag weitgehend bei den Lasten der Vergangenheit (Veranschlagung und Buchung der Fehlbeträge aus Vorjahren). Die kommunale Liquiditätslage ist bei einer Reihe von Städten und Gemeinden auch deshalb sehr kritisch, was im Gesamten zu einem bedenklich hohen Stand der Kassenkredite zum 31.12.2005 i. H. v. 10.540 Mio EUR beigetragen hat.

Auch wenn bei einzelnen Städten aufgrund individuell günstiger Einnahmentwicklungen Lageverbesserungen sichtbar wurden, bleibt die kommunale Finanzlage weiter sehr angespannt. Das gilt vor allem für die 193 Gemeinden (GV), die sich in der Haushaltssicherung befinden (Stand: 31.05.2006). Besondere Besorgnis bereiten rd. 105 Städte und Gemeinden, die nicht über

ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept verfügen und sich in der vorläufigen Haushaltswirtschaft (§ 82 GO NRW) befinden.

Es wäre zu optimistisch vorauszusetzen, mit dem neuen doppelten Rechnungswesen könnten sich die Konsolidierungsanforderungen leichter darstellen oder bewältigen. Städte und Gemeinden in vorläufiger Haushaltswirtschaft und mit teilweise hohen Kassenkreditquoten sollten ihre Konsolidierungsanstrengung nicht unterbrechen, sondern müssen sie auch in der Umstellungsphase zum NKF und danach verstärken. Eine schnelle Auszehrung der Ausgleichsrücklage, der allgemeinen Rücklage und ein Verzehren des bilanziellen Eigenkapitals würde Schulden- und Finanzprobleme nur weiter in die Zukunft verlagern. Das kann keine Lösung aktueller Finanz- und Fehlbetragsprobleme sein.

5.2 Kommunaler Finanzausgleich

Entscheidungen über die Höhe der Finanzausweisungen

Art. 106 Abs. 7 GG bestimmt, dass den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein prozentualer Anteil des Länderanteils am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer) zufließt. Die Höhe des Anteils wird von der Landesgesetzgebung bestimmt.

Das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände auf Selbstverwaltung (Art. 78 LV) begründet einen gegen das Land gerichteten Anspruch auf angemessene Finanzausstattung. Art. 79 LV verpflichtet das Land, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten.

Diese Verpflichtung wird durch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes begrenzt. Neben dem Selbstverwaltungsrecht hat das Land noch zahlreiche andere, gleichwertige Güter zu schützen und zu erhalten, etwa die innere Sicherheit, das Bildungswesen und die Justizgewährung (VerfGH NRW 16/96 und 7/97 vom 09.07.1998).

Die Einschätzung des durch Schlüsselzuweisungen zu deckenden Bedarfs der Kommunen muss sich an den konkreten finanziellen Möglichkeiten des Landes orientieren. Das gilt vor allem in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte. Bei der Bestimmung des kommunalen Finanzausgleichs ist die Ge-

samtentwicklung der finanziellen Situation der Kommunen und des Landes zu berücksichtigen.

Die Aufgabenstellungen des Landes und der Kommunen und die sich daraus ergebenden Haushaltsstrukturen weisen zwangsläufig gravierende Unterschiede auf. Anders als der Landeshaushalt unterscheiden die kommunalen Haushalte - soweit die Umstellung auf das "Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF)" noch nicht erfolgt ist - zwischen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt. Die Kommunen schließen die Haushalte getrennt ab. Dies erschwert einen Vergleich zwischen dem Landeshaushalt und dem kommunalen Gesamthaushalt zur Bestimmung der wechselseitigen Finanzbeziehungen.

Für eine vergleichende Analyse des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte stehen im Wesentlichen die Parameter Finanzierungssaldo, Schuldenstand und Zinsbelastung zur Verfügung.

Diese Parameter werden zwischen Land und Kommunen immer wieder kontrovers diskutiert. Weder die Kritiker noch die Finanzstatistik bieten alternative Kriterien zur Beurteilung der Finanzsituation an. Deshalb bleiben allein diese Daten finanzstatistisch verwertbar. Auch der Verfassungsgerichtshof hat sich in den Begründungen zu den vorgenannten Urteilen wesentlich auf die so dargestellten unterschiedlichen haushaltswirtschaftlichen Gegebenheiten beider Ebenen gestützt.

1. **Finanzierungssaldo**

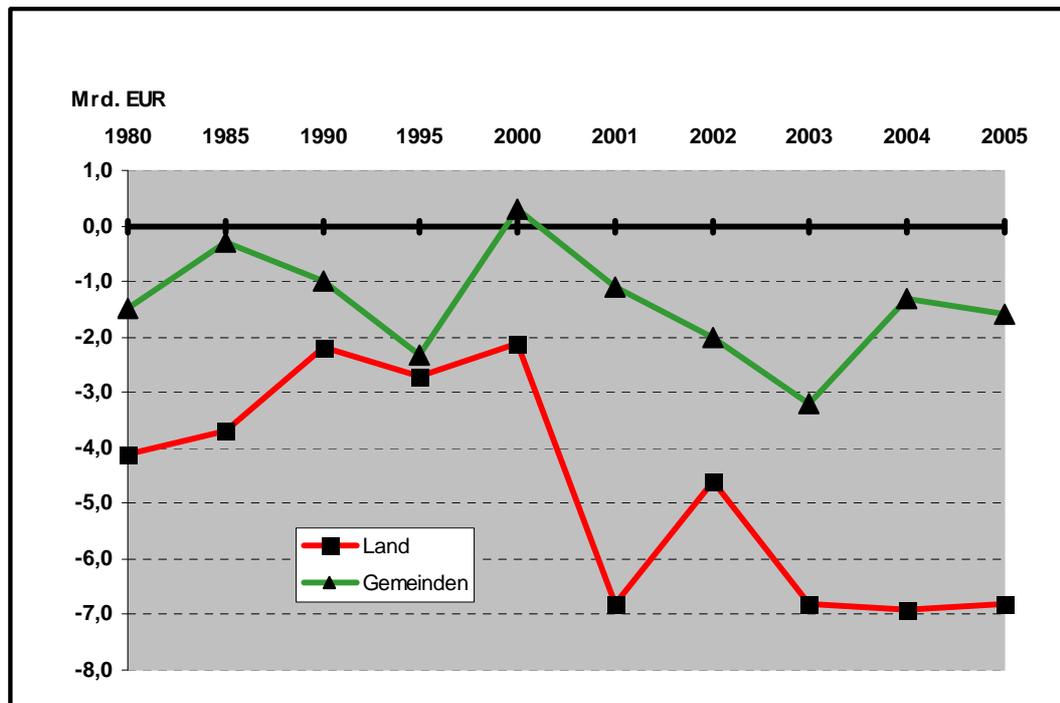
Der Finanzierungssaldo bilanziert die Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Haushalte. Er ist um haushaltstechnische Verrechnungen, Rücklagenbewegungen, veranschlagte Fehlbeträge/Überschüsse aus Vorjahren und um die Kreditfinanzierung bereinigt. Insoweit sind auch die unterschiedlichen haushaltsrechtlichen Vorschriften für das Land und die Kommunen nicht beurteilungsrelevant. Der Finanzierungssaldo zeigt, wieweit die Ausgaben die eigenen Einnahmen ohne Kreditaufnahmen über- oder unterschreiten.

Negative Finanzierungssalden über längere Zeiträume dokumentieren die permanente Unterdeckung des Haushaltes. Er vermag insbesondere die für Investitionen erforderlichen Mittel nicht zu erwirtschaften.

Mit Ausnahme der Jahre 1998 bis 2000 weisen die Kommunen negative Finanzierungssalden aus. Dennoch verlief die Haushaltswirtschaft des Landes deutlich ungünstiger, wie es die Entwicklung belegt. Der negative Finanzierungssaldo des Landes betrug 2005 rd. 6,8 Mrd. EUR. Er liegt damit weiterhin deutlich über dem Gesamtergebnis der kommunalen Kassen i. H. v. - 1,6 Mrd. EUR.

Finanzierungssalden des Landes und der Kommunen insgesamt

Mrd. EUR	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Land	-4,1	-3,7	-2,2	-2,7	-2,1	-6,8	-4,6	-6,8	-6,9	-6,8
Gemeinden	-1,5	-0,3	-1,0	-2,3	+0,3	-1,1	-2,0	-3,2	-1,3	-1,6



2. Schuldenstand

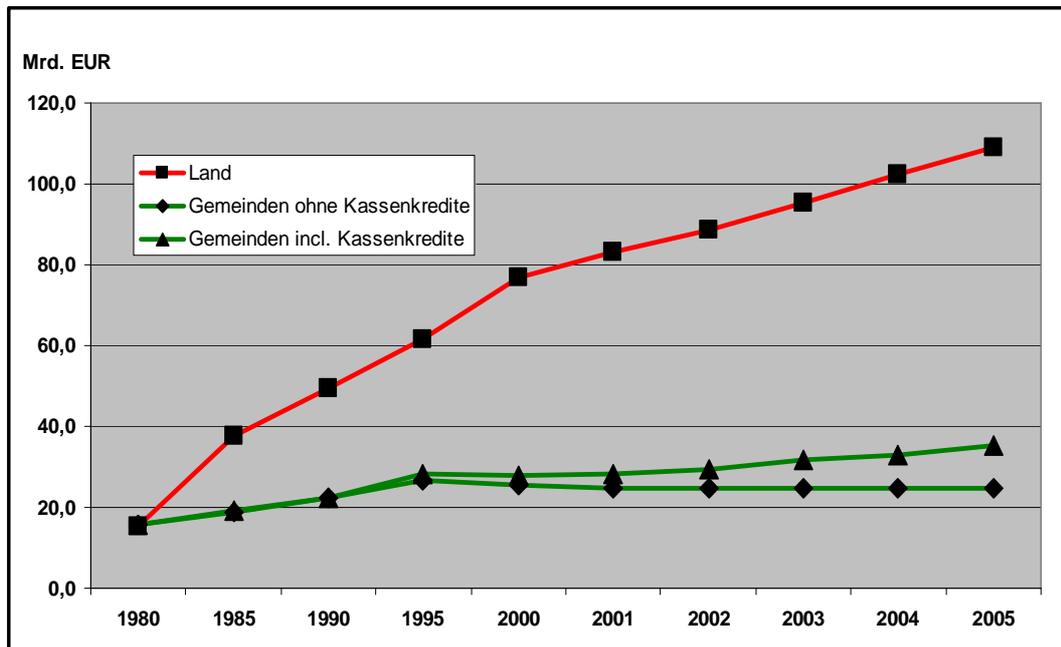
Als Folge der Unterdeckung der Haushalte ergibt sich eine höhere Verschuldung beim Land und höhere Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten der Kommunen, die zu einem Anstieg der Kassenkredite beitragen. In der langfristigen Betrachtung hat der Schuldenstand des Landes am Kreditmarkt erheblich stärker als bei den Kommunen zugenommen. Waren Land und Kommunen 1980 noch mit jeweils rd. 15 Mrd. EUR etwa

gleich stark am Kreditmarkt verschuldet, so ist der Schuldenstand des Landes Ende 2005 mit 108,9 Mrd. EUR inzwischen auf das 4,4fache des kommunalen Vergleichswertes von 24,7 Mrd. EUR gewachsen.

Unter Einrechnung der Kassenkredite, die als Kontokorrentkredite nicht zu den sog. fundierten Schulden zählen, weist die Verschuldung der Kommunen einen Anstieg auf, der allerdings deutlich niedriger ausfällt als beim Land.

Verschuldung des Landes und der Kommunen insgesamt

Mrd. EUR	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Land	15,4	37,7	49,5	61,7	76,7	83,2	88,5	95,2	102,5	108,9
Gemeinden ohne Kassenkredite	15,6	18,8	22,3	26,6	25,4	24,8	24,9	24,9	24,6	24,7
Gemeinden incl. Kassenkredite	15,6	19,1	22,5	28,2	27,8	28,3	29,6	31,7	33,0	35,4



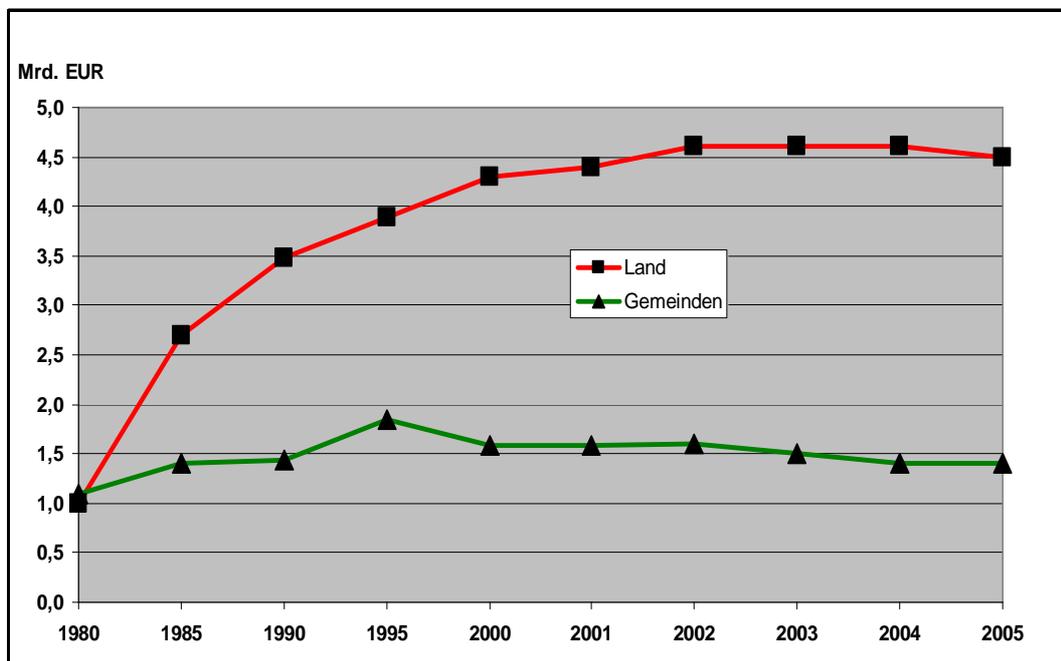
3. Zinsausgaben

Die wachsenden Zinsausgaben (am Kreditmarkt) des Landes belasten aufgrund des insgesamt begrenzten Ausgabenrahmens auch die künftigen Haushalte dauerhaft. 1980 lagen die Zinsausgaben des Landes noch

unter denen der Gemeinden; sie stiegen danach permanent an, während die Zinslast des kommunalen Gesamthaushalts nahezu unverändert blieb. Inzwischen betragen die Zinsausgaben des Landes mehr als das 3fache der gesamten gemeindlichen Zinsausgaben.

Zinsausgaben des Landes und der Kommunen insgesamt

Mrd. EUR	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Land	1,0	2,7	3,5	3,9	4,3	4,4	4,6	4,6	4,6	4,5
Gemeinden	1,1	1,4	1,4	1,8	1,6	1,6	1,6	1,5	1,4	1,4



4. Zusammenfassung

Der Vergleich der wesentlichen Parameter spiegelt deutlich die angespannte Situation des Landeshaushaltes wider. Gegenüber der Verschuldung der Kommunen steigt der Schuldenstand des Landes auf dem hohen Niveau des Jahres 2000 weiter stark an. Seit 2000 sind die Landesschulden um rd. 42 v. H. gestiegen (Kommunen: rd. 26,3 v. H.). Die hieraus resultierenden Dauerlasten, die seit Jahren deutlich über denen der Gesamtheit der Kommunen liegen, schränken die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes erheblich ein.

Konsequenzen für die Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs

Der Umfang der den Gemeinden vom Land zur Verfügung gestellten Finanzmittel im kommunalen Finanzausgleich wird durch das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände - GFG - festgelegt. Die Entscheidungen hierzu sind mit dem Entwurf der Landesregierung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2007 getroffen worden.

Die Kreditverfassungsgrenze im Landeshaushalt ist 2006 trotz aller bisheriger Anstrengungen deutlich überschritten. Deshalb ist es das erklärte Ziel, den Landeshaushalt weiter nachhaltig zu konsolidieren. Der mit dem Haushalt 2006 eingeleitete Konsolidierungspfad wird daher im Jahr 2007 konsequent weiterverfolgt. Dabei können keine Politikbereiche, auch nicht die Kommunalfinanzierung, ausgespart werden. Denn der Anspruch der Kommunen nach Art. 79 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen wird durch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes begrenzt. Schließlich hat das Land neben dem kommunalen Selbstverwaltungsanspruch zahlreiche andere, ebenfalls verfassungsrechtlich gewährleistete und somit gleichwertige Aufgaben zu erfüllen.

Im Verhältnis zu den Gemeinden ist als wesentliche Maßnahme im Sanierungskonzept für den Landeshaushalt 2007 neben der Erhöhung der Krankenhausumlage der Kommunen die Minderung der Leistungen im Steuerverbund durch Herausnahme der Grunderwerbsteuer als fakultatives Element aus den Verbundgrundlagen vorgesehen. Trotz dieser Einsparung zugunsten des Landeshaushaltes i. H. v. 162 Mio EUR verbleibt im Steuerverbund eine Verbesserung von 620 Mio EUR oder 10,7 v. H. im Vergleich zu 2006.

Im Einzelnen

Die in 2006 vorgenommenen strukturellen Änderungen im Bereich der Gemeindefinanzierung werden weitergeführt:

Steuerverbund

1. Die verfügbare Verbundmasse wird nach dem Ist-Aufkommen der maßgeblichen Steuereinnahmen des Landes berechnet; für den Steuerverbund 2007 umfasst der Referenzzeitraum die Zeitspanne vom 01.10.2005 bis zum 30.09.2006.
2. Die Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich mindern als Steuerkraftausgleich zwischen den Ländern die Verbundgrundlagen.
3. Die bisherige gesonderte Abrechnung des Steuerverbundes wird nur noch für 2005 im Rahmen des Verbundes 2007 vorgenommen.

Einheitslasten

Die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten wird über die erhöhte Gewerbesteuerumlage sowie verbundsystematische Auswirkungen (einheitsbedingt geminderte Verbundgrundlagen) erbracht. Die erhöhte Gewerbesteuerumlage wird voraussichtlich mit 36 Umlagepunkten berechnet. Sie ist mit 695 Mio EUR veranschlagt.

Steuerverbundvolumen

Die Kommunen werden im Rahmen des Steuerverbundes 2007 weiter mit 23 v. H. an den Einnahmen des Landes aus den Gemeinschaftsteuern beteiligt. Allerdings wird die freiwillige Beteiligung an $\frac{4}{7}$ der Grunderwerbsteuer des Landes nicht fortgeführt (s. o.). Die maßgeblichen Ist-Verbundsteuereinnahmen (01.10.05 - 30.09.06) und die entsprechenden LFA-Zahlungen lagen zum Zeitpunkt der Kabinetttverabschiedung des Entwurfs des GFG 2007 noch nicht vollständig vor. Daher wurde das Ist-Aufkommen der Quartale II und III/2006 auf der Basis der Mai-Steuerschätzung geschätzt. Die hiernach berechnete Verbundmasse beträgt 6.591,1 Mio EUR. Davon sind 2,8 Mio EUR für Tantiemen abzuziehen, die das Land für die Gemeinden aufgrund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichten hat. Das im Steuerverbund noch verbliebene Befrachtungsvolumen (Haushaltskonsolidierung 1999) reduziert die Verbundmasse um 166,2 Mio EUR, während die Abrechnung aus 2005 sie um 10,5 Mio EUR erhöht. Danach steht den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Haushaltsjahr 2007 ein Finanzvolumen von 6.432,6 Mio EUR zur Verfügung. Da-

mit ist ein rechnerischer Zuwachs von 10,7 v. H. gegenüber 2006 zu verzeichnen.

	2006	2007	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	v. H.
Gemeinschaftsteuern	29.098,8	29.231,1	+ 132,4	+ 0,5
Grunderwerbsteuer ^{4/7}	625,1	x	- 625,1	x
Länderfinanzausgleich	- 540,8	- 327,9	+ 212,8	x
Kompensation Familienleistungsausgleich	- 469,6	- 466,1	+ 3,4	x
Kompensation Ost-Ausgleich Hartz IV	165,0	220,0	+ 55,0	+ 33,3
Summe Verbundgrundlagen	28.878,5	28.657,1	- 221,4	- 0,8
Verbundsatz	23 v. H.	23 v. H.		
Verbundmasse	6.642,1	6.591,1	- 50,9	- 0,8
Kreditierung	- 674,4	x	+ 674,4	x
Tantiemen und sonstige Leistungen für Kommunen	- 3,7	- 2,8	+ 0,9	x
Befrachtungsvolumen	- 166,2	- 166,2	0,0	0,0
Abrechnung Vorjahre	15,0	10,5	- 4,5	- 29,9
Gesamtzuweisung	5.812,8	6.432,6	+ 619,9	+ 10,7

Differenzen in den Summen durch Rundungen

Der Steuerverbund wird endgültig im IV. Quartal 2006 auf der Basis der tatsächlichen Ist-Einnahmen aus den Verbundsteuern und der tatsächlichen LFA-Zahlungen im Bezugszeitraum endgültig berechnet und im Wege einer Ergänzungsvorlage in die Haushaltsberatungen eingebracht werden.

Mittelverteilung

Die Landesregierung hat unter Berücksichtigung der aktuellen Haushalts- und Bedarfssituation auf kommunaler Ebene und Landesseite folgende Entscheidungen über die Mittelverteilung getroffen:

1. Die Schlüsselzuweisungen nehmen 2007 um 10,7 v. H. gegenüber dem Vorjahr zu.
2. Die Schulpauschale wird wie im Vorjahr mit 460 Mio EUR dotiert, davon sind 70 Mio EUR konsumtiv veranschlagt. Die Kommunen haben insbesondere die Möglichkeit, die Pauschale für größere Sanierungsarbeiten und alternative Finanzierungswege zu verwenden.
3. Die Sportpauschale wird weiterhin mit 50 Mio EUR veranschlagt.

4. Die Mittel zur pauschalen Investitionsförderung (IVP) betragen insgesamt 407,9 Mio EUR und nehmen damit um 27,0 v. H. gegenüber dem Vorjahr zu.
5. Für Bedarfszuweisungen werden 21,4 Mio EUR zur Verfügung gestellt. Die Ausgabenansätze werden im Einzelplan 20 bei Kapitel 20 030 nachgewiesen.

	2006	2007	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	v. H.
Schlüsselzuweisungen	4.962,4	5.493,4	+ 531,0	+ 10,7
- Gemeinden	3.894,9	4.311,6	+ 416,8	+ 10,7
- Kreise	580,7	642,8	+ 62,1	+ 10,7
- Landschaftsverbände (LV)	486,8	538,9	+ 52,1	+ 10,7
Schulpauschale	460,0	460,0	0,0	0,0
Sportpauschale	50,0	50,0	0,0	0,0
Investitionspauschalen	321,0	407,9	+ 86,8	+ 27,0
- Allgemeine IVP	270,7	344,0	+ 73,2	+ 27,0
- IVP Sozialhilfeträger	27,4	34,8	+ 7,4	+ 27,0
- IVP LV (Eingliederungshilfe)	22,9	29,1	+ 6,2	+ 27,0
Bedarfszuweisungen	19,3	21,4	+ 2,1	+ 10,7
Summe Zuweisungen	5.812,8	6.432,6	+ 619,9	+ 10,7

Differenzen in den Summen durch Rundungen

Weitere Leistungen an die Kommunen

Neben den Leistungen im Rahmen des Steuerverbundes stellt das Land den Kommunen weitere Mittel zur Verfügung:

1. Zuweisungen nach näherer Bestimmung des Gemeindefinanzierungsgesetzes

- Zu den Kosten der Lastenausgleichsverwaltung werden insgesamt 6,3 Mio EUR bereitgestellt.
- Die Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs werden weiterhin mit 26 v. H. des dem Land zustehenden Anteils aus 6,45 zusätzlichen Umsatzsteuerpunkten ausgeglichen. Der Ausgleichsbetrag 2007 für die Gemeinden beträgt 535 Mio EUR, das sind 60 Mio EUR mehr als in 2006.

2. Leistungen nach Maßgabe des Haushaltsplans

Für eine Vielzahl von Zweckbestimmungen sieht der Landeshaushalt 2007 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i. H. v. 5,4 Mrd. EUR vor, zu denen z. T. der Bund aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder sonstiger Vereinbarungen Finanzhilfen gewährt. Nach Verabschiedung des Landeshaushalts durch den Landtag werden die beschlossenen Zweckzuweisungen und ihre Dotierung im Ministerialblatt des Landes bekannt gegeben.

3. Gesamtzweisungen

Die Gesamtleistung des Landes NRW an seine Kommunen beträgt rd. 12,4 Mrd. EUR. Der Anteil der Leistungen an Kommunen an den bereinigten Gesamtausgaben des Landes beträgt damit rd. 25,0 v. H.

4. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die Gemeinden erhalten unverändert 15 v. H. des im Lande vereinnahmten Aufkommens an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer sowie 12 v. H. des Aufkommens des Zinsabschlags (unter Berücksichtigung der Zerlegung nach Art. 107 Abs. 1 GG). Dieser Anteil wird für 2007 auf 5,14 Mrd. EUR geschätzt. Das sind 185 Mio EUR mehr als 2006.

Im Gegenzug zu dem den Gemeinden überlassenen Einkommensteueranteil führen die Gemeinden eine Gewerbesteuerumlage an den Bund und das Land ab. Auf den Bund entfallen davon 16, auf das Land 22 Umlagepunkte. Der Landesanteil beträgt 425 Mio EUR, 30 Mio EUR mehr als 2006.

5. Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Im Gegenzug zum Wegfall der Gewerbekapitalsteuer erhalten die Gemeinden ab 1998 einen Anteil von 2,2 v. H. an den Steuern vom Umsatz (nach Vorwegzuteilung an den Bund für den Zuschuss an die Rentenversicherung und ab 2007 an die Arbeitslosenversicherung). Diese Umsatzsteuerbeteiligung wird für 2007 auf 790 Mio EUR geschätzt, 110 Mio EUR mehr als 2006.

6. Vermögen und Schulden des Landes

6.1 Grundbesitz

Das zum 01.01.2001 errichtete teilrechtsfähige Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) hat die Aufgabe, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte für Zwecke des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten.

Für diese Aufgabe ist zum 01.01.2001 das Liegenschaftsvermögen des Landes NRW bis auf wenige Ausnahmen an den BLB NRW abgegeben worden.

Von der Abgabe ausgenommen wurde lediglich das Grundvermögen der Forstwirtschaft und des Natur- und Landschaftsschutzes sowie wenige Sonderliegenschaften, d. h. Liegenschaften, die wegen ihrer Beschaffenheit oder Nutzung für eine Bewirtschaftung, Entwicklung oder Verwertung nach kaufmännischen Grundsätzen durch den BLB NRW ungeeignet sind.

Zu den Sonderliegenschaften gehören beispielsweise die Gebäude des Landtages, die Kirchen im Eigentum des Landes, die Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl etc.

Das vom BLB NRW verwaltete Liegenschaftsvermögen besteht aus rd. 1.400 Grundstücken mit rd. 4.440 Gebäuden und hat einen Wert von rd. 7,88 Mrd. EUR (Stand: 31.12.2005).

Es bestehen ferner die folgenden Schul- und Studienfonds als Sondervermögen ohne Rechtspersönlichkeit, die zum überwiegenden Teil aus Grundvermögen bestehen:

- Haus Büren'scher Fonds
- Paderborner Studienfonds
- Bergischer Schulfonds
- Gymnasialfonds Münstereifel
- Münster'scher Studienfonds
- Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds

Die Verwaltung des Bergischen Schulfonds, des Gymnasialfonds Münster-eifel, des Münster'schen Studienfonds und des Beckum-Ahlen'schen Klosterfonds wird seit dem 01.01.2002 vom BLB NRW wahrgenommen.

Das Land NRW - Landesforstverwaltung - ist mit Stichtag 31.12.2005 Eigentümer von 119.500 ha Forstfläche, davon 116.500 ha Holzboden- und Nicht-holzbodenfläche sowie 3.000 ha Nebenfläche im Wert von insgesamt 992,04 Mio EUR als Verwaltungsvermögen. Dies ist der weitaus größte Teil des Grundvermögens des Landes und umfasst ca. 13 v. H. der Gesamtwaldfläche im Land. Über 40 v. H. der Waldfläche sind als FFH-Gebiete ("Flora-Fauna-Habitat") ausgewiesen worden. Insgesamt sind ca. 75 v. H. der im Eigentum der Landesforstverwaltung befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen als Naturschutz-, FFH- und Vogelschutzgebiete gemeldet. Die restlichen Flächen - bis auf ca. 2 v. H. - stehen unter Landschaftsschutz. Ferner hat das Land bisher ca. 2.893 ha Waldfläche angepachtet. Die Jagdbetriebsfläche (Verwaltungsjagdfläche) beträgt 53.715 ha. Sie setzt sich zusammen aus Eigentum und angegliederten Flächen abzüglich abgegliederter Flächen. Hinzu kommen noch 7.424 ha im Nationalpark Eifel, die nach Schutzzwecken des Nationalparks jagdlich bewirtschaftet werden. Die verbleibende Fläche ist an Dritte verpachtet.

Die Einnahmen aus dem Forst- und Jagdbetrieb betragen im Haushaltsjahr 2005 insgesamt rd. 27,6 Mio EUR.

6.2 Landesbetriebe

Derzeit verfügt das Land über insgesamt zehn Landesbetriebe i. S. v. § 26 der LHO.

a) Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW ist 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es ist Landesdatenverarbeitungszentrale, statistisches Landesamt sowie zentraler statistischer Dienstleister. Zu den Aufgaben des statistischen Landesamtes - auch als zentraler statistischer Dienstleister - gehört die Durchführung, Auswertung, Analyse und Weiterentwicklung sowie die Veröffentlichung der durch EG-, Bundes- und Landesrecht angeordneten

Statistiken, die Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen, die Bereitstellung der Landesdatenbank sowie die Unterstützung und Beratung des Landtages, des Landesrechnungshofes und der Landesverwaltung insgesamt bei statistischen Fragen.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2007 weist für diese Aufgaben einen Betriebskostenzuschuss des Landes i. H. v. 58,1 Mio EUR aus.

Die Aufgabe des Landesbetriebes als Datenverarbeitungszentrale, die ausschließlich entgeltfinanziert wird, umfasst den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken. Sie steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Verfügung. Aufgabenschwerpunkt ist hierbei die Unterstützung bei IT-, Verwaltungs- und Beratungsaufgaben sowie die Bereitstellung der Netzinfrastruktur für die Landesverwaltung.

b) **Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen**

Das Landesvermessungsamt NRW ist 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Seine Aufgaben sind:

- Herstellung, Erneuerung und Erhaltung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes sowie die Führung des amtlichen Nachweises der Festpunktfelder,
- Erfassung, Dokumentation und Bereitstellung der Informationen über die topografischen Gegebenheiten des Landgebiets sowie Durchführung und Lenkung von photogrammetrischen Arbeiten,
- Bearbeitung, Drucklegung, Herausgabe und Verbreitung der topografischen Landeskartenwerke sowie Wahrnehmung der Interessen des Landes bei ihrer Nutzung durch Dritte,
- Erstellung, Pflege und Weiterentwicklung von Programmsystemen für automatisierte Verfahren der Landesvermessung und zur einheitlichen Führung des Liegenschaftskatasters.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2007 weist einen Betriebskostenzuschuss des Landes i. H. v. 23,1 Mio EUR aus.

c) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Hagen ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Der Landesbetrieb ist schwerpunktmäßig für DV-Aufgaben der Bereiche Justiz, Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, Bezirksregierungen, Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd und des Landesinstituts für Bauwesen zuständig.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2007 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

d) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Köln ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Aufgabenschwerpunkte sind die IT-Anwendungsbereitstellung für die Bezirksregierungen und andere Landesbehörden, insbesondere die Eichverwaltung, die Arbeitsschutzverwaltung sowie die Studentenwerke und kommunalen Ämter für Ausbildungsförderung im Aufgabenvollzug nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Ressortübergreifende Aufgaben sind die Beratung und Unterstützung der Landesverwaltung bei der Einführung von Workflow- und Management-Systemen, Förderverfahren, Dokumentenerstellung und Behördeninformationssystemen.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2007 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

e) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Münster**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Münster ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es hat seinen Sitz in Münster und eine Nebenstelle in Düsseldorf. Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Der Landesbetrieb ist schwerpunktmäßig für Aufgaben der Landesversorgungsverwaltung zuständig.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2007 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

f) **Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen**

Die zentrale geowissenschaftliche Einrichtung wird seit Januar 2001 als Landesbetrieb geführt. Der Landesbetrieb untersucht landesweit den Untergrund, erfasst, sammelt und dokumentiert untergrundbezogene Daten, interpretiert diese und stellt sie in einem Fachinformationssystem für Planung und Problemlösung bei allen untergrundbezogenen Fragestellungen zur Verfügung. Er nimmt als geologische Landesanstalt nach dem Lagerstättengesetz wesentliche Funktionen im öffentlichen Interesse insbesondere für die Daseinsfürsorge und die Risikobewertung wahr.

Der geprüfte Jahresabschluss 2004 weist zum 31.12.2004 ein Anlagevermögen von 2,2 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 6,4 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2007 ist für das Haushaltsjahr 2007 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 15,2 Mio EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen wurden für das Haushaltsjahr 2007 nicht mehr vorgesehen.

g) **Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen**

Der seit dem 01.01.2001 bestehende Landesbetrieb Straßenbau erbringt Dienstleistungen für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Die Aufgaben umfassen insbesondere Planung, Baumanagement und Betrieb der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs, der Landesstraßen und in bestimmten Kommunen der Kreis- und Gemeindestraßen.

Mit dem im Jahresabschluss 2005 ausgewiesenen Jahresfehlbetrag von rd. 9 Mio EUR konnte der geplante Fehlbetrag von rd. 11,7 Mio EUR unterschritten werden. Wie schon für 2006 plant der Landesbetrieb Straßenbau für 2007 ein ausgeglichenes Ergebnis. Der Erfolgsplan sieht für 2007 Zuführungen des Landes zur betrieblichen Unterhaltung der Landesstraßen von rd. 69,8 Mio EUR (wie 2006) und eine unter dem Plan für 2006 (rd. 252,1 Mio EUR) liegende Zuführung zum laufenden Betrieb von rd. 239,4 Mio EUR vor. Die Zuführung zu betrieblichen Investitionen sinkt gegenüber 2006 (rd. 19,9 Mio EUR) auf rd. 18,2 Mio EUR.

h) **Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen**

Das Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen ist 1995 in einen Landesbetrieb überführt worden. Die Geschäftstätigkeit umfasst die Durchführung von Prüfungen von Stoffen, Produkten, Anlagen und Verfahren im öffentlichen Interesse mit dem Ziel, die Allgemeinheit gegen Gefahren zu sichern und die Wirtschaft in der Qualitätssicherung zu unterstützen.

Der geprüfte Jahresabschluss 2004 weist zum 31.12.2004 ein Anlagevermögen von 4,1 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 7,5 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2007 ist für das Haushaltsjahr 2007 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

i) **Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen**

Zum 01.01.2005 wurde der Landesbetrieb Wald und Holz NRW errichtet.

Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW nimmt Aufgaben im Rahmen der Geschäftsfelder landeseigener Forstbetrieb, forstliche Dienstleistungen und Hoheitsaufgaben wahr. Seine Aufgaben ergeben sich insbesondere aus dem Bundeswaldgesetz und dem Landesforstgesetz. Der Landesbetrieb ist als Teil der Landesforstverwaltung für die Erhaltung und Vermehrung des Waldbestandes und die Sicherung seiner Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion i. S. d. umfassenden Nachhaltigkeitsdefinition des Landesforstgesetzes verantwortlich.

Der Landesbetrieb besteht aus der bisherigen höheren Forstbehörde NRW sowie den bisherigen staatlichen Forstämtern und den bisherigen Forstämtern der Landwirtschaftskammer NRW sowie den Jugendwaldheimen. Die Zuständigkeit für Beratung und phytosanitäre Kontrollen für Forstpflanzen- und Dendromasse ist von der Landwirtschaftskammer NRW auf den Landesbetrieb übertragen worden. Die Einheitsforstverwaltung bleibt als staatliche Sonderverwaltung erhalten, d. h. der Landesbetrieb bewirtschaftet den Staatswald des Landes NRW, unterstützt den privaten und kommunalen Waldbesitz als Dienstleister und ist als Forstbehörde für die Förderung der Forst- und Holzwirtschaft tätig.

Die planmäßigen Zuführungen als Entgelte und als Ausgleich für Mindererträge aus dem Landeshaushalt betragen im Jahr 2006 43,06 Mio EUR (zzgl. 1,46 Mio EUR Investitionen) und betragen 2007 41,116 Mio EUR (zzgl. 1,30 Mio EUR Investitionen).

j) **Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen**

Die Eichverwaltung Nordrhein-Westfalen ist im Januar 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden. Kernaufgabe des Landesbetriebes ist der Vollzug der Bestimmungen im gesetzlich geregelten Mess- und Eichwesen, insbesondere im Gesetz über Einheiten im Messwesen, im Eichgesetz, im Medizinproduktegesetz, in der Fertigpackungsverordnung und im Waffengesetz (Beschussrecht). Daneben ist der Landesbetrieb nach dem Gefahrgutrecht u. a. zuständig für die Erteilung und Ent-

ziehung der Zulassung für Container und für die Baumusterzulassung von fest verbundenen Tanks, Aufsetztanks und Batteriefahrzeugen. Für den Regierungsbezirk Arnsberg ist der Landesbetrieb regional zuständige Messstelle zur Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz.

Der geprüfte Jahresabschluss 2004 weist zum 31.12.2004 ein Anlagevermögen von 2,8 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 7,6 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2007 ist für das Haushaltsjahr 2007 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 4,6 Mio EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen wurden für das Haushaltsjahr 2007 nicht mehr vorgesehen.

6.3 Kapitalvermögen

a) Rücklagen am 31.12.2005 (Stand: Ende Hj. 2005):

Bisherige Rücklagen sind bis zum Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2005 aufgelöst worden.

b) Sonstiges Kapitalvermögen:

Der wesentliche Teil des sonstigen Kapitalvermögens des Landes besteht in Forderungen. Bei den Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen.

Die Darlehensforderungen beruhen zum größten Teil auf den seit 1945 aus ordentlichen und außerordentlichen Landesmitteln ausgezahlten Darlehen.

Daneben bestehen in geringem Umfang Forderungen im Wesentlichen aus Restkaufgeldern und Vorauszahlungen.

Außerdem besteht eine Forderung des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber seinem teilrechtsfähigen Sondervermögen (BLB NRW) i. H. v. 5.816,6 Mio EUR.

Die Forderungen (ohne BLB NRW) betragen nach dem Stand vom Rechnungsabschluss 2005 (Mio EUR):

Aufgabengebiet	- Mio EUR -
1. Allgemeine Dienste	0,0
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	0,9
3. Soziale Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	968,9
4. Gesundheit, Sport und Erholung	10,1
5. Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1,0
6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	300,0
7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	192,1
8. Verkehrs- und Nachrichtendienst	3,7
9. Wirtschaftsunternehmen, Allgem. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	260,4
10. Allgemeine Finanzwirtschaft	0,0
Insgesamt	1.737,2

6.4 Beteiligungen

Das Land Nordrhein-Westfalen ist an den nachstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gesellschaften des Privatrechts beteiligt (Stand: 30.06.2006).

Für die in Klammern angegebenen verwaltenden Ministerien werden folgende Abkürzungen verwendet:

StK	=	Staatskanzlei
MIWFT	=	Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie
FM	=	Finanzministerium
MWME	=	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
IM	=	Innenministerium
MAGS	=	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
MSW	=	Ministerium für Schule und Weiterbildung
MBV	=	Ministerium für Bauen und Verkehr
MUNLV	=	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
MGFFI	=	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BYG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Kreditinstitute				
1. NRW.Bank	675.000.000	436.995.000 / 64,74		119.002.500 / 17,63 119.002.500 / 17,63
1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Landschaftsverband Rheinland 3. Landschaftsverband Westfalen-Lippe (FM)				
2. WestLB AG	2.209.963.000	377.501.600 / 17,08		698.026.600 / 31,59 559.383.200 / 25,31 559.383.200 / 25,31 7.834.200 / 0,35
1. Land NRW 2. NRW.Bank 3. Rheinischer Sparkassen- und Giroverband 4. Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband 5. Landschaftsverband Rheinland 6. Landschaftsverband Westfalen-Lippe * * mittelbar gehalten über die Westfälisch- Lippische Vermögensverwaltungs- gesellschaft mbH (FM)				7.834.200 / 0,35
3. Finanzierungsgesellschaft des Landes NRW zur Kapitalerhöhung bei der WestLB AG mbH Land Nordrhein-Westfalen (FM)	25.000	25.000 / 100,00		

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
4. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		156.272.780 / 4,17		3.000.000.000 / 80,00
2. Bundesrepublik Deutschland				593.727.220 / 15,83
3. Länder der Bundesrepublik				
(FM)				
Wohnungs- und Siedlungsunternehmen				
5. LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen mbH, Düsseldorf	150.121.022			
1. BVG			102.308.380 / 68,15	33.406.308 / 22,25
2. NRW.BANK				65.767 / 0,04
3. Verbände und Kammern				5.177.505 / 3,45
4. Versicherungen und Banken				7.868.337 / 5,24
5. Wohnungsunternehmen				15.334 / 0,01
6. Andere Unternehmen				180.875 / 0,12
7. Städte				28.218 / 0,02
8. Kreise				1.070.298 / 0,71
9. Eigene Anteile				
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
6. Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landesentwicklung (DGL) GmbH in Liquidation, Düsseldorf	8.691.962			
1. Land Nordrhein-Westfalen		751,446 / 8,65		2.028.602 / 23,34
2. Bundesrepublik Deutschland				2.179.995 / 25,08
3. Landwirtschaftliche Rentenbank				
4. Deutsche Genossenschafts-Hypotheken- bank AG				1.413.620 / 16,26
5. Deutsche Girozentrale				
- Deutsche Kommunalbank				1.090.125 / 12,54
6. DGL (eigene Anteile)				1.228.174 / 14,13
(MUNLV)				
7. Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH, Espelkamp	3.720.000			
1. BVG			1.860.000 / 50,00	930.000 / 25,00
2. Stiftung Kronenkruz, Stuttgart				930.000 / 25,00
3. Evang. Kirche von Westfalen, Bielefeld				
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Verkehrsunternehmen				
8. Deutsche Lufthansa AG, Köln	1.172.275.200			
1. BVG			17.232.445 / 1,47	1.155.042.755 / 98,53
2. Sonstige				
(MBV)				
9. Flughafen Köln/Bonn GmbH, Köln	10.821.000			
1. BVG			3.348.000 / 30,94	3.348.000 / 30,94
2. Bundesrepublik Deutschland				3.367.000 / 31,12
3. Stadt Köln				656.000 / 6,06
4. Stadt Bonn				64.000 / 0,59
5. Rhein-Sieg-Kreis				38.000 / 0,35
6. Rhein.-Berg. Kreis				
(MBV)				
10. Flughafen Essen-Mülheim GmbH, Mülheim	189.587			
1. Land Nordrhein-Westfalen		63.196 / 33,33		63.196 / 33,33
2. Stadt Essen				63.196 / 33,33
3. Stadt Mülheim				
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
11. Duisburger Hafen Aktiengesellschaft, Duisburg	46.020.000			
1. BVG			15.340.000 / 33,33	15.340.000 / 33,33
2. Bundesrepublik Deutschland				15.340.000 / 33,33
3. Stadt Duisburg				
(MBV)				
12. LOGPORT Logistic Center Duisburg GmbH	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.835 / 15,00		5.113 / 20,00
2. Stadt Duisburg				14.061 / 55,00
3. Duisburg-Ruhrorter-Häfen AG				2.556 / 10,00
4. Stadtwerke Duisburg AG				
(MWMME)				
13. Agentur Nahverkehr NRW GmbH	30.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.000 / 10,00		27.000 / 90,00
2. Zweckverbände zu je 10 v. H.				
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Sonstige Beteiligungen				
14. ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	2.045.168			
1. Land Nordrhein-Westfalen		112.484 / 5,50		1.932.684 / 94,50
2. Ubrige Gesellschafter				
(StK)				
15. Neue Schauspiel GmbH, Düsseldorf	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.782 / 50,00		12.782 / 50,00
2. Stadt Düsseldorf				
(StK)				
16. IWF Wissen und Medien g.GmbH, Göttingen	51.129			
1. Land Nordrhein-Westfalen		5.113 / 10,00		46.016 / 90,00
2. 9 Länder der Bundesrepublik				
(MIWFT)				
17. Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Gemeinnützige Gesellschaft mbH, München	163.613			
1. Land Nordrhein-Westfalen		10.226 / 6,25		153.387 / 93,75
2. 15 Länder der Bundesrepublik				
(MSW)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
18. Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH, Düsseldorf Land Nordrhein-Westfalen (MWME)	25.565	25.565 / 100,00		
19. Forschungszentrum Jülich GmbH (FZF) 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland (MIWFT)	511.292	51.129 / 10,00		460.163 / 90,00
20. Messe Düsseldorf GmbH 1. BVG 2. Stadt Düsseldorf 3. Stadt Düsseldorf (Amt 80) 4. Industrietrains Düsseldorf Reisholz AG 5. Industrie- und Handelskammer Düsseldorf 6. Handwerkskammer Düsseldorf (MWME)	15.625.000		3.125.000 / 20,00	2.204.000 / 14,11 6.625.000 / 42,40 3.125.000 / 20,00 273.000 / 1,75 273.000 / 1,75

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
21. Koelnmesse GmbH, Köln 1. BVG 2. Eigenbetrieb Veranstaltungszentrum Köln 3. Industrie- und Handelskammer Köln 4. Einzelhandelsverband Bez. Köln e. V. 5. Handwerkskammer Köln 6. Gastgewerbeinnung zu Köln e. V. 7. Wirtschaftsvereinigung Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (MWME)	51.200.000		10.240.000 / 20,00	40.460.800 / 79,025 371.200 / 0,725 38.400 / 0,075 25.600 / 0,05 25.600 / 0,05 38.400 / 0,075
22. Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH, Köln 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland 3. Freistaat Bayern 4. TÜV Bayern, Hessen, Sachsen, Südwest e. V. 5. TÜV Rheinland, Berlin, Brandenburg, Pfalz e. V. 6. TÜV Hannover, Sachsen-Anhalt e. V. 7. TÜV Nord e. V. 8. TÜV Saarland e. V. 9. Rheinisch-Westfälischer TÜV e. V. 10. Germanischer Lloyd AG (MWME)	27.300	1.050 / 3,85		12.600 / 46,15 1.050 / 3,85 4.200 / 15,38 3.150 / 11,54 1.050 / 3,85 1.050 / 3,85 1.050 / 3,85 1.050 / 3,85 1.050 / 3,85

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
<p>23. Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Informationen mbH, Karlsruhe</p> <p>47.840</p>		<p>1.040 / 2,17</p>		
<p>1. Land Nordrhein-Westfalen</p>				23.920 / 50,00
<p>2. Bundesrepublik Deutschland</p>				13.520 / 28,26
<p>3. 13 Länder der Bundesrepublik</p>				1.560 / 3,26
<p>4. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V., München</p>				1.560 / 3,26
<p>5. Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., München</p>				1.560 / 3,26
<p>6. Deutsche Physikalische Gesellschaft e. V., Bad Honnef</p>				1.560 / 3,26
<p>7. Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf</p>				1.560 / 3,26
<p>8. Gesellschaft für Informatik e. V., Bonn</p>				1.560 / 3,26
<p>9. Deutsche Mathematikervereinigung</p>				1.560 / 3,26
<p>(MIWFT)</p>				
<p>24. Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH</p> <p>102.258</p>				
<p>1. Land Nordrhein-Westfalen</p>		51.129 / 50,00		51.129 / 50,00
<p>2. Gemeinnützige Gesellschaft für Diabetesranke Bad Oeynhausen mbH</p>				
<p>(MAGS)</p>				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BYG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
25. Hochschul-Informationssystem-Gesellschaft mbH, Hannover	49.084			
1. Land Nordrhein-Westfalen		2.045 / 4,17		16.361 / 33,33
2. Bundesrepublik Deutschland				30.678 / 62,50
3. 15 Länder der Bundesrepublik				
(MIWFT)				
26. ZENIT Zentrum für Innovation und Technik in Nordrhein-Westfalen GmbH, Mülheim a. d. Ruhr	153.388			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 33,33		51.129 / 33,33
2. Bankenkonsortium (WestLB Girozentrale, Bankenvereinigung NRW e. V., Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank e. G.)				51.129 / 33,33
3. Trägerverein ZENIT e. V.				
(MIWFT)				
27. Gollwitzer-Meier Klinikgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	127.823			
1. Land Nordrhein-Westfalen		76.694 / 60,00		51.129 / 40,00
2. Stadt Bad Oeynhausen				
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
28. Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH Land Nordrhein-Westfalen (MAGS)	25.565	25.565 / 100,00		
29. Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft GmbH (BEW), Essen Land Nordrhein-Westfalen (MUNLV)	101.849	101.849 / 100,00		
30. Wuppertal-Institut für Klima-Umwelt-Energie GmbH im Wissenschaftszentrum NRW Land Nordrhein-Westfalen (MIWFT)	25.565	25.565 / 100,00		
31. Klinik am Rosengarten im Staatsbad Oeynhausen GmbH (vormals: IVO-Immobilien- Verwaltungsgesellschaft Staatsbad Oeynhausen mbH) Land Nordrhein-Westfalen (MAGS)	14.073.207	14.073.207 / 100,00		

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BYG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
32. Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		8.948 / 35,00		10.226 / 40,00
2. Westdeutscher Rundfunk				2.557 / 10,00
3. Zweites Deutsches Fernsehen				2.557 / 10,00
4. RTL Television GmbH				1.278 / 5,00
5. Landesanstalt für Medien				
(StK)				
33. START Zeitarbeit NRW GmbH	76.140			
1. Land Nordrhein-Westfalen		18.300 / 24,03		4.980 / 6,54
2. Kreis Wesel (treuhänderisch)				6.000 / 7,88
3. Landesvereinigung Arbeitgeber- verbände e. V.				6.000 / 7,88
4. NRW Handwerktag e. V.				6.000 / 7,88
5. Arbeitgeberverband Stahl NRW e. V.				4.980 / 6,54
6. Vermögensverwaltungs- und Treuhand- gesellschaft des DGB GmbH				4.980 / 6,54
7. Stiftung START Niederlande				4.980 / 6,54
8. Evangelische Kirche im Rheinland				4.980 / 6,54
9. Stadt Troisdorf (treuhänderisch für den NRW Städte- und Gemeindebund)				4.980 / 6,54
10. AG Spitzenverbände d. Freien Wohlfahrtspflege				4.980 / 6,54
11. Stadt Düsseldorf (treuhänderisch für Städtetag NRW)				4.980 / 6,54
12. Stadt Duisburg				4.980 / 6,54
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
34. Internationales Konversionszentrum Bonn 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Land Brandenburg 3. Investitionsbank NRW 4. LEG NRW GmbH (MIWFT)	25.565	14.061 / 55,00		3.835 / 15,00 3.835 / 15,00 3.835 / 15,00
35. Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Übrige Gesellschafter (StK)	41.926	1.023 / 2,44		40.903 / 97,56
36. Ecmc Europäisches Zentrum für Medien- kompetenz GmbH, Marl 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. 13 weitere öffentlich-rechtliche sowie private Gesellschafter (StK)	81.807	10.226 / 12,50		71.581 / 87,50
37. Deutsches Institut für Entwicklungs- politik GmbH (DIE) 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland (MGFFI)	25.565	6.391 / 25,00		19.174 / 75,00

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
38. Projekt Ruhr GmbH	125.000			
Land Nordrhein-Westfalen (StK)		125.000 / 100,00		
39. NRW Medien GmbH i. L.	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen (StK)		25.000 / 100,00		
40. FISCUS GmbH i. L.	32.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		2.000 / 6,25		2.000 / 6,25
2. Bundesrepublik Deutschland				
3. Länder der Bundesrepublik (außer Bayern)				28.000 / 87,50
(FM)				
41. CeGi Center for Geoinformation GmbH	250.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 10,00		
2. Private Gesellschafter (IM)				225.000 / 90,00

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
42. Betriebsgesellschaft Akademie Mont-Cenis Herne mbH	39.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		20.000 / 51,28		
2. Stadt Herne				19.000 / 48,72
(IM)				
43. BahntflächenEntwicklungsgesellschaft NRW mbH (BEG)	25.050			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.550 / 50,10		
2. Deutsche Bahn AG				12.500 / 49,90
(MBV)				
44. Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen		25.565 / 100,00		
(FM)				
Insgesamt Anteil Nordrhein-Westfalen/BVG (EUR)	8.112.061.730	986.536.493	153.453.825	

6.5 Schulden

Die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen setzen sich am 31.12.2005 wie folgt zusammen:

	- Mio EUR -
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	108.939,4
2. Auslandsschulden, soweit auf fremde Währung lautend	0,1
<hr/>	
3. Summe 1. - 2.	108.939,5
<hr/>	
4. Schulden bei Gebietskörperschaften:	
a) beim Bund	3.277,4
b) bei Ländern	-
c) bei Gemeinden (GV)	-
d) beim ERP-Sondervermögen	-
<hr/>	
Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen	3.277,4
<hr/>	
Schulden insgesamt	112.216,9

Schuldenstand am Kreditmarkt nach Arten

	Ende J. 2005 (= 31.12.2005) - Mio EUR -
Landesschatzanweisungen	51.235,9
Schuldscheindarlehen	57.703,5
<hr/>	
Kreditmarktmittel insgesamt	108.939,4

6.6 Gewährleistungen

Im Kapitalbuch für Bürgschaften von Nordrhein-Westfalen waren am 31.12.2005 folgende Gewährleistungsverpflichtungen eingetragen:

- Mio EUR -	
1. Bürgschaften:	
a) Wirtschaftsbetriebe	2.613,0
b) Unternehmen mit Landesbeteiligung	327,2
c) Finanzierungsgesellschaft	514,0
d) Kleinwohnungen	1,6
e) Landwirtschaftliche Betriebe	1,5
2. Rückbürgschaften:	
a) Kreditgarantiegemeinschaften	563,0
b) Wohnungsbau	460,2
<hr/>	
Zwischensumme	4.480,5 ⁶
<hr/>	
3. Garantien (einschl. Rückgarantie- und Haftungsfreistellungserklärungen)	4.167,8
<hr/>	
Gewährleistungen insgesamt	8.648,3⁶
<hr/>	

⁶ Differenz durch Runden der Zahlen

7. **Finanzstatistische Übersichten:**

1. Gesamtausgaben ¹⁾ von Bund, Ländern und Gemeinden ²⁾

Jahr	Bund		Länder ³⁾		Gemeinden ³⁾	
	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.
1970	45,0	-	39,4	-	28,9	-
1971	50,3	+ 11,9	45,2	+ 14,8	34,5	+ 19,3
1972	56,8	+ 12,8	51,1	+ 13,1	38,2	+ 10,8
1973	62,7	+ 10,3	58,8	+ 15,1	43,0	+ 12,5
1974	68,5	+ 9,4	68,0	+ 15,5	49,0	+ 14,0
1975	80,2	+ 17,1	74,2	+ 9,2	51,8	+ 5,6
1976	83,1	+ 3,6	78,4	+ 5,6	53,1	+ 2,6
1977	87,9	+ 5,8	82,1	+ 4,7	54,5	+ 2,7
1978	96,9	+ 10,2	89,3	+ 8,8	54,7	+ 0,4
1979	104,0	+ 7,3	96,9	+ 8,5	59,5	+ 8,8
1980	110,3	+ 6,1	104,8	+ 8,1	66,6	+ 11,8
1981	119,1	+ 8,0	107,7	+ 2,8	69,4	+ 4,3
1982	125,1	+ 5,0	111,2	+ 3,3	69,5	+ 0,0
1983	126,2	+ 0,9	113,1	+ 1,6	68,6	- 1,3
1984	128,7	+ 2,0	115,9	+ 2,5	69,7	+ 1,7
1985	131,5	+ 2,1	120,2	+ 3,7	73,4	+ 5,3
1986	133,7	+ 1,7	124,7	+ 3,8	77,8	+ 6,0
1987	137,6	+ 2,9	129,0	+ 3,4	80,8	+ 3,9
1988	140,8	+ 2,4	131,8	+ 2,2	83,1	+ 2,9
1989	148,2	+ 5,2	137,8	+ 4,5	87,7	+ 5,4
1990	157,5	+ 6,3	146,3	+ 6,2	94,7	+ 8,1
1991	205,4	x ⁴⁾	200,2	x ⁴⁾	125,4	x ⁴⁾
1992	218,4	+ 6,3	215,1	+ 7,4	142,7	+ 13,8
1993	233,9	+ 7,1	226,0	+ 5,2	148,2	+ 3,9
1994	240,9	+ 3,0	230,1	+ 1,7	150,4	+ 1,5
1995	237,6	- 1,4	237,2	+ 3,1	152,7	+ 1,5
1996	232,9	- 2,0	243,1	+ 2,5	148,6	- 2,7
1997	225,9	- 3,0	241,6	- 0,6	143,7	- 3,3
1998	233,6	+ 3,4	243,2	+ 0,7	142,5	- 0,8
1999	246,9	+ 5,7	245,3	+ 0,8	143,8	+ 0,9
2000	244,4	- 1,0	249,3	+ 1,7	146,1	+ 1,6
2001	243,1	- 0,5	255,0	+ 2,3	148,3	+ 1,5
2002 ⁵⁾	249,3	+ 2,5	257,0	+ 0,8	150,0	+ 1,1
2003	256,7	+ 3,0	258,7	+ 0,7	149,9	- 0,0
2004 ⁶⁾	251,6	- 2,0	256,0	- 1,0	149,2	- 0,5
2005 ^{6) 7)}	259,8	+ 3,3	259,0	+ 1,2	153,3	+ 2,8

¹⁾ Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

²⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

³⁾ Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischer Buchführung

⁴⁾ Mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

⁵⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁶⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

⁷⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2006

2. Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden ¹⁾

Jahr	Personalausgaben			Personalausgabenquote ²⁾		
	Bund	Länder	Gemeinden	Bund	Länder	Gemeinden
	- in Mio EUR -			- in v. H. -		
1970	7.438	15.933	7.782	16,5	40,5	26,9
1971	8.702	19.144	9.338	17,3	42,4	27,1
1972	9.692	21.305	10.498	17,1	41,7	27,5
1973	10.875	24.586	12.112	17,4	41,8	28,2
1974	12.287	28.511	14.245	17,9	42,0	29,1
1975	13.011	31.165	15.521	16,2	42,0	30,0
1976	13.421	33.109	16.179	16,2	42,2	30,5
1977	14.043	35.515	16.902	16,0	43,3	31,0
1978	14.710	37.365	15.057	15,2	41,8	27,5
1979	15.426	39.861	15.817	14,8	41,1	26,6
1980	16.433	42.739	17.115	14,9	40,8	25,7
1981	17.426	44.395	18.130	14,6	41,2	26,1
1982	17.587	45.807	18.610	14,1	41,2	26,8
1983	17.966	47.197	19.032	14,2	41,7	27,8
1984	18.128	47.839	19.429	14,1	41,3	27,9
1985	18.749	48.923	20.217	14,3	40,7	27,5
1986	19.398	50.930	21.479	14,5	40,8	27,6
1987	20.083	52.538	22.588	14,6	40,7	27,9
1988	20.511	53.858	23.107	14,6	40,9	27,8
1989	21.136	55.158	23.717	14,3	40,0	27,1
1990	22.088	58.101	25.320	14,0	39,7	26,7
1991	24.915	70.936	35.541	12,1	35,4	28,4
1992	26.328	78.084	39.718	12,1	36,3	27,8
1993	26.952	82.908	40.359	11,5	36,7	27,2
1994	26.928	84.891	39.741	11,2	36,9	26,4
1995	27.064	88.361	40.524	11,4	37,2	26,5
1996	27.031	89.890	39.835	11,6	37,0	26,8
1997	26.836	90.451	38.980	11,9	37,4	27,1
1998	26.653	91.363	38.710	11,4	37,6	27,2
1999	26.963	93.028	39.191	10,9	37,9	27,3
2000	26.517	93.802	39.550	10,8	37,6	27,1
2001	26.807	94.537	39.388	11,0	37,1	26,6
2002 ³⁾	26.986	96.932	40.000	10,8	37,7	26,7
2003	27.235	97.051	40.547	10,6	37,5	27,0
2004 ⁴⁾	26.758	97.315	40.459	10,6	38,0	27,1
2005 ^{4) 5)}	26.372	96.322	40.887	10,1	37,2	26,7

¹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

²⁾ Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H. (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

³⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁴⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

⁵⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2006

3. Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1980, 1990, 1994 bis 2005 ¹⁾ (Schuldenaufnahme ./ Schuldentilgung am Kreditmarkt)

Gebietskörperschaft	1980	1990	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ⁸⁾	2003	2004 ⁹⁾	2005 ⁹⁾ ¹⁰⁾
	- in Mio EUR -													
1. Bund	13.860	16.263 ²⁾	25.602	25.626	40.022	32.571	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542	31.197
2. Länder insgesamt	10.816	9.313	20.546 ⁵⁾	19.708 ⁵⁾	20.048 ⁵⁾	20.562 ⁵⁾	15.137 ⁵⁾	11.810 ⁵⁾	12.948 ⁵⁾	20.922 ⁵⁾	26.902 ⁵⁾	26.708 ⁵⁾	26.804 ⁵⁾	24.332
davon														
- Nordrhein-Westfalen	4.126	2.219	3.174	3.131	3.088	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407 ⁶⁾	4.164	6.666 ⁶⁾	6.872 ⁷⁾	6.770
- übrige Flächenländer	5.763	5.205	12.930 ⁵⁾	12.374 ⁵⁾	12.938 ⁵⁾	12.101 ⁵⁾	8.810 ⁵⁾	6.474 ⁵⁾	6.381 ⁵⁾	9.478 ⁵⁾	15.301 ⁵⁾	14.955 ⁵⁾	13.881 ⁵⁾	12.392
- Stadtstaaten ³⁾	927	1.889	4.442 ⁵⁾	4.203 ⁵⁾	4.023 ⁵⁾	3.639 ⁵⁾	3.084 ⁵⁾	2.662 ⁵⁾	2.944 ⁵⁾	6.037 ⁵⁾	7.437 ⁵⁾	5.087 ⁵⁾	6.051 ⁵⁾	5.170
3. Gemeinden insgesamt ⁴⁾	2.227	1.471	3.721	4.305	3.344	2.416	671	154	- 287	210	707	1.788	856	103
davon														
- Nordrhein-Westfalen	1.163	793	442	1.052	724	572	171	103	74	- 189	290	461	228	132
- übrige Flächenländer	1.064	678	3.279	3.253	2.620	1.844	499	52	- 361	399	417	1327	628	- 29

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

¹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

²⁾ Ohne überleiteten DDR-Haushalt; 2. Halbjahr 1990

³⁾ Bis 1990 Berlin-West, ab 1991 Berlin insgesamt

⁴⁾ Ohne innere Darlehen

⁵⁾ Einschl. Sanierungshilfen für das Saarland (bis 1998: 818 Mio EUR; 1999: 614 Mio EUR; 2000: 537 Mio EUR; 2001: 460 Mio EUR; 2002: 383 Mio EUR; 2003: 307 Mio EUR; 2004: 256 Mio EUR) und für Bremen (bis 1999: 920 Mio EUR; 2000: 818 Mio EUR; 2001: 716 Mio EUR; 2002: 614 Mio EUR; 2003: 511 Mio EUR; 2004: 358 Mio EUR)

⁶⁾ Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar

⁷⁾ Nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar aufgrund Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die landeseigene Beteiligungsgesellschaft

⁸⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁹⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

¹⁰⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2006

Quellen: Finanzberichte des Bundes, BMF; Haushaltsrechnungsstatistik; Vierteljahresstatistik

**4. Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,
der Länder und des Landes Nordrhein-Westfalen
nach der Steuerverteilung
- ohne steuerähnliche Abgaben -**

Jahr	Bund ¹⁾	Veränd. zum Vorjahr	Länder ²⁾	Veränd. zum Vorjahr	Nordrhein- Westfalen ³⁾	Veränd. zum Vorjahr	
	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -
1970	42.742,3	+ 2,7	25.810,8	+ 8,1	7.485,5	+ 7,1	+ 496,3
1971	47.587,7	+ 11,3	28.942,4	+ 12,1	8.343,8	+ 11,5	+ 858,3
1972	52.001,5	+ 9,3	34.228,3	+ 18,3	9.772,5	+ 17,1	+ 1.428,8
1973	58.777,0	+ 13,0	39.106,6	+ 14,3	11.163,0	+ 14,2	+ 1.390,5
1974	61.054,6	+ 3,9	42.614,8	+ 9,0	12.291,6	+ 10,1	+ 1.128,6
1975	61.361,4	+ 0,5	41.701,2	- 2,1	11.941,0	- 2,9	- 350,6
1976	67.379,9	+ 9,8	46.312,2	+ 11,1	13.394,5	+ 12,2	+ 1.453,5
1977	74.108,2	+ 10,0	52.761,2	+ 13,9	14.972,4	+ 11,8	+ 1.577,8
1978	79.343,7	+ 7,1	56.489,8	+ 7,1	15.961,7	+ 6,6	+ 989,3
1979	85.597,1	+ 7,9	61.362,7	+ 8,6	17.268,9	+ 8,2	+ 1.307,3
1980	90.776,0	+ 6,1	64.154,0	+ 4,5	18.102,8	+ 4,8	+ 833,9
1981	93.021,2	+ 2,5	64.519,3	+ 0,6	17.935,9	- 0,9	- 166,9
1982	94.370,1	+ 1,5	66.668,3	+ 3,3	18.466,7	+ 3,0	+ 530,8
1983	98.099,2	+ 4,0	70.057,0	+ 5,1	19.263,2	+ 4,3	+ 796,5
1984	101.677,8	+ 3,6	73.560,5	+ 5,0	20.081,8	+ 4,2	+ 818,6
1985	106.312,8	+ 4,6	77.980,3	+ 6,0	20.970,5	+ 4,4	+ 888,7
1986	107.669,9	+ 1,3	81.857,5	+ 5,0	22.271,5	+ 6,2	+ 1.301,0
1987	111.890,1	+ 3,9	85.124,1	+ 4,0	23.136,5	+ 3,9	+ 865,0
1988	113.850,3	+ 1,8	88.435,5	+ 3,9	24.190,1	+ 4,6	+ 1.053,7
1989	127.713,3	+ 12,2	96.744,0	+ 9,4	26.831,9	+ 10,9	+ 2.641,8
1990	133.872,5	+ 4,8	97.793,3	+ 1,1	27.108,5	+ 1,0	+ 276,6
1991 ⁴⁾	164.295,4	x	114.693,8	x	28.703,0	+ 5,9	+ 1.594,5
1992	182.453,9	+ 11,1	126.479,2	+ 10,3	31.319,0	+ 9,1	+ 2.616,0
1993	184.192,7	+ 1,0	130.957,8	+ 3,5	31.346,8	+ 0,1	+ 27,9
1994	197.432,7	+ 7,2	133.931,5	+ 2,3	31.164,0	- 0,6	- 182,8
1995 ⁵⁾	199.816,6	+ 1,2	147.233,2	+ 9,9	33.395,9	+ 7,2	+ 2.231,9
1996 ⁶⁾	190.400,1	- 4,7	150.438,3	+ 2,2	33.931,1	+ 1,6	+ 535,2
1997	188.280,3	- 1,1	148.668,7	- 1,2	33.373,4	- 1,6	- 557,7
1998	194.030,1	+ 3,1	156.520,2	+ 5,3	35.075,4	+ 5,1	+ 1.702,0
1999	211.726,6	+ 9,1	164.723,8	+ 5,2	36.830,5	+ 5,0	+ 1.755,1
2000	219.034,4	+ 3,5	169.249,1	+ 2,7	37.796,9	+ 2,6	+ 966,4
2001	213.342,2	- 2,6	159.114,8	- 6,0	33.639,1	- 11,0	- 4.157,8
2002	214.371,5	+ 0,5	156.231,2	- 1,8	35.923,8	+ 6,8	+ 2.284,7
2003	214.009,5	- 0,2	155.510,1	- 0,5	33.398,5	- 7,0	- 2.525,3
2004	208.917,2	- 2,4	157.920,8	+ 1,6	33.912,0	+ 1,5	+ 513,5
2005	211.810,2	+ 1,4	158.843,9	+ 0,6	34.700,7	+ 2,3	+ 788,7

¹⁾ Ohne EG-Anteile, vor Abzug von Ergänzungszuweisungen und (ab 1996) Bahnstrukturreform

²⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten

³⁾ Isteinnahmen lt. Haushaltsrechnung, zur Vergleichbarkeit mit den Ländern 1993 bis 1995 nettogestellt

⁴⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet, daher mit Vorjahr nicht vergleichbar

⁵⁾ Die Veränderungsraten sind durch die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab 1995 um 7 v. H.-Punkte zur Finanzierung der Mehrbelastung aufgrund der Neuregelung des LFA mit dem Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar (Hinweis auf Seiten A 58 ff. des Finanzberichts NRW 1997)

⁶⁾ Veränderungsraten durch Umstellung des Kindergeldverfahrens mit Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar

5. Gesamtverschuldung ¹⁾ der Gebietskörperschaften 1970, 1983 bis 2005 - in Mrd. EUR -

Stand 31.12.	1970	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ⁹⁾	1992	1993
Bund ²⁾	24,4	174,7	186,9	200,6	211,4	225,2	243,0	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4
Lastenausgleichsfonds	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen	0,7	2,9	3,3	3,2	3,3	2,9	3,0	3,5	4,7	8,3	12,4	14,4
Fonds "Deutsche Einheit"	-	-	-	-	-	-	-	-	10,1	25,8	38,0	44,8
Kreditabwicklungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	14,1	14,0	46,9	51,8
Länder	24,8	120,5	130,9	140,1	148,6	159,4	169,1	172,9	182,7	193,8	212,0	234,7
Gemeinden (GV) ^{3) 4) 5)}	23,2	56,3	56,9	57,5	58,5	60,0	61,1	62,3	63,8	70,5	75,5	81,7
Zweckverbände ^{4) 5) 6)}	-	4,7	4,7	4,6	4,3	4,5	4,6	4,9	5,2	5,6	6,4	8,7
Zusammen ⁷⁾	62,9	341,0	364,1	386,8	406,1	431,7	459,6	472,8	536,2	595,9	679,9	765,5
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	13,6	18,0	18,5	19,2	20,0	20,4	21,2	21,6	21,7	21,8	21,5	20,9
Stand 31.12.	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bund ^{2) 10) 11)}	364,3	385,7	426,0	459,7	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7
ERP-Sondervermögen ⁸⁾	14,3	18,6	19,0	18,8	19,5	16,2	18,6	19,4	19,8	19,7	18,6	15,4
Fonds "Deutsche Einheit"	45,8	44,6	42,7	40,7	40,3	40,1	39,7	39,6	39,4	39,1	38,7	-
Kreditabwicklungsfonds/	52,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erblastentilgungsfonds	-	168,2	165,4	164,7	155,9	-	-	-	-	-	-	-
Länder	250,9	272,2	294,5	314,0	328,7	336,6	346,3	370,7	397,3	427,0	454,4	479,3
Gemeinden (GV) ^{3) 4) 5)}	85,1	88,1	89,8	90,1	89,4	88,3	87,5	87,1	87,1	88,8	89,0	88,6
Zweckverbände ^{4) 5)}	11,3	11,6	11,4	10,7	11,1	12,5	8,5	7,5	7,5	7,8	7,9	7,8
Bundeseisenbahnvermögen	36,5	40,1	39,8	39,5	39,5	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen ⁷⁾	840,1	1.009,3	1.069,2	1.119,1	1.153,4	1.183,1	1.198,1	1.203,9	1.253,2	1.325,7	1.395,0	1.447,5
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	20,4	19,6	19,4	19,2	19,1	18,9	18,0	17,8	17,4	17,1	16,5	16,2

¹⁾ Kreditmarktschulden im engeren Sinne (einschl. Schulden bei öffentl. Zusatzversorgungseinrichtungen) Ausgleichsforderungen, Schulden bei öffentlichen Haushalten

(ohne Kassenverstärkungskredite, innere Darlehen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte) Revision 1990

²⁾ Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds

³⁾ Ab 1974 ohne Eigenbetriebe; bis 1973 methodisch angeglichen

⁴⁾ Bis 1991 einschließlich Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen

⁵⁾ Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, daher Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt

⁶⁾ Vor 1974 statistisch nicht nachgewiesen

⁷⁾ In der Summe ohne Schulden bei Verwaltungen

⁸⁾ 1995 bis 1998 einschl. Ausgleichsfonds "Steinkohle"; ab 1996 einschl. Entschädigungsfonds

⁹⁾ Ab 1991 mit Beitragsgebiet

¹⁰⁾ Ab 1999 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

¹¹⁾ Ab 2005 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"

6. Bereinigte Gesamtausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder - in Mio EUR -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁷⁾
Bund	240.945	237.576	232.919	225.950	233.619	246.869	244.405	243.145	249.286	256.703	251.594	259.849
Schleswig-Holstein	6.933	7.148	7.240	7.135	7.279	7.442	7.551	7.729	7.805	7.930	7.933	8.326
Niedersachsen	19.507	19.719	19.803	19.746	20.101	20.261	20.848	22.084	22.188	22.180	21.859	21.782
Hessen	15.307	15.586	16.590	16.533	16.658	17.755	18.213	18.562	18.156	18.378	17.937	17.616
Rheinland-Pfalz	9.953	10.330	10.983	10.854	10.947	11.080	11.219	11.298	11.411	11.701	11.650	11.428
Baden-Württemberg	25.373	27.242	27.804	26.929	28.731	28.620	30.264	31.558	30.779	31.042	31.260	31.610
Bayern	27.803	29.641	31.153	30.713	31.078	31.677	32.409	33.227	34.481	34.816	34.249	34.383
Saarland	3.123	3.129	3.229	3.158	3.193	3.204	3.266	3.275	3.300	3.296	3.248	3.238
Nordrhein-Westfalen	40.575 ⁴⁾	42.488 ⁴⁾	43.886	45.112	45.034	45.502	46.179	47.437 ⁵⁾	47.725	47.417 ⁵⁾	48.102	50.591 ⁶⁾
Flächenländer (West) insg. ²⁾	148.574	155.283	160.687	160.180	163.020	165.541	169.949	175.171	175.846	176.760	176.237	178.974
Flächenländer (West) o. NRW ²⁾	107.999	112.795	116.802	115.068	117.987	120.040	123.770	127.734	128.121	129.343	128.136	128.383
Brandenburg	9.670	9.750	9.855	9.657	9.749	9.834	9.700	9.916	10.163	9.599	9.519	9.624
Mecklenburg-Vorpommern	6.817	7.149	7.606	7.308	7.330	7.237	7.118	7.058	7.275	7.179	6.963	6.945
Sachsen	14.126	15.535	16.103	15.665	15.376	15.549	16.123	15.474	15.924	16.691	15.885	15.544
Sachsen-Anhalt	9.588	10.393	10.327	10.809	10.470	10.302	10.454	10.338	10.292	10.463	10.111	10.213
Thüringen	8.863	9.044	9.630	9.604	9.680	9.794	9.687	9.616	9.263	9.220	9.275	9.068
Flächenländer (Ost) ²⁾	49.064	51.871	53.521	53.042	52.604	52.714	53.082	52.401	52.915	53.153	51.752	51.394
Hamburg	8.951	9.064	9.455	9.420	9.361	9.490	9.729	9.582	9.757	10.595	10.492	9.953
Bremen	3.924	3.982	4.006	4.024	4.055	4.100	4.115	4.189	4.217	4.269	4.249	4.131
Berlin	21.172	22.085	21.812	21.423	21.193	21.081	20.895	22.574	21.066	20.675	20.539	21.596
Staatsstaaten ²⁾	34.047	35.131	35.273	34.867	34.608	34.671	34.739	36.344	35.040	35.538	35.280	35.680
Länder insgesamt (ber.) ³⁾	230.135	237.239	243.121	241.561	243.218	245.268	249.337	255.001	256.962	258.690	256.050	259.021

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

2) Additionsergebnisse ohne Bereinigungen

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

4) Nettostellung der bruttovranschlagen Zahlungen an den Fonds "Deutsche Einheit"

(FDE 1994: 1.375 Mio EUR, 1995: 1.106 Mio EUR);

ab 1996 erfolgt Nettoveranschlagung

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

7. Veränderungsraten der bereinigten Gesamtausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder - in v. H. -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁶⁾
Bund	3,0	-1,4	-2,0	-3,0	3,4	5,7	-1,0	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3
Schleswig-Holstein	2,1	3,1	1,3	-1,4	2,0	2,2	1,5	2,4	1,0	1,6	0,0	5,0
Niedersachsen	1,2	1,1	0,4	-0,3	1,8	0,8	2,9	5,9	0,5	0,0	-1,5	-0,4
Hessen	-0,2	1,8	6,4	-0,3	0,8	6,6	2,7	1,9	-2,2	1,2	-2,4	-1,8
Rheinland-Pfalz	1,5	3,8	6,3	-1,2	1,0	1,2	1,2	0,7	1,0	2,5	-0,4	-1,9
Baden-Württemberg	-0,7	7,4	2,1	-3,1	6,7	-0,4	5,7	4,3	-2,5	0,9	0,7	1,1
Bayern	2,3	6,6	5,1	-1,4	1,2	1,9	2,3	2,5	3,8	1,0	-1,6	0,4
Saarland	-0,6	0,2	3,2	-2,2	1,1	0,3	1,9	0,3	0,8	-0,1	-1,5	-0,3
Nordrhein-Westfalen	1,8	4,7	3,3	2,8	-0,2	1,0	1,5	2,7 ⁴⁾	0,6	-0,6 ⁴⁾	1,4	5,2 ⁵⁾
Flächenländer (West) insg. ²⁾	1,1	4,5	3,5	-0,3	1,8	1,5	2,7	3,1	0,4	0,5	-0,3	1,3
Flächenländer (West) ohne NRW ²⁾	0,8	4,4	3,6	-1,5	2,5	1,7	3,1	3,2	0,3	1,0	-0,9	-0,7
Brandenburg	4,3	0,8	1,1	-2,0	0,9	0,9	-1,4	2,2	2,5	-5,5	-0,8	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	6,4	4,9	6,4	-3,9	0,3	-1,3	-1,6	-0,8	3,1	-1,3	-3,0	-0,3
Sachsen	1,4	10,0	3,7	-2,7	-1,8	1,1	3,7	-4,0	2,9	4,8	-4,8	-2,1
Sachsen-Anhalt	4,1	8,4	-0,6	4,7	-3,1	-1,6	1,5	-1,1	-0,4	1,7	-3,4	1,0
Thüringen	4,8	2,0	6,5	-0,3	0,8	1,2	-1,1	-0,7	-3,7	-0,5	0,6	-2,2
Flächenländer (Ost) ²⁾	3,8	5,7	3,2	-0,9	-0,8	0,2	0,7	-1,3	1,0	0,4	-2,6	-3,3
Hamburg	2,8	1,3	4,2	-0,4	-0,5	1,4	2,5	-1,5	1,8	8,6	-1,0	-5,1
Bremen	0,3	1,5	0,6	0,5	0,8	1,1	0,4	1,8	0,7	1,2	-0,5	-2,8
Berlin	0,7	4,3	-1,2	-1,8	-1,1	-0,5	-0,9	8,0	-6,7	-1,9	-0,7	5,1
Staatsstaaten ²⁾	1,2	4,6	0,4	-1,2	-0,7	0,2	0,2	4,6	-3,6	1,4	-0,7	0,4
Länder insgesamt (ber.) ³⁾	1,8	3,1	2,4	-0,6	0,7	0,8	1,7	2,3	0,8	0,7	-1,0	1,2

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

2) Rechnerische Veränderungsrate der Additionsergebnisse ohne Bereinigungen

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen
(insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

8. Personalausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ²⁾
Bund	26.928	27.064	27.031	26.836	26.653	26.963	26.517	26.807	26.986	27.235	26.758	26.372
Schleswig-Holstein	2.692	2.807	2.866	2.904	2.935	2.986	2.994	3.055	3.158	3.188	3.259	3.265
Niedersachsen	8.010	8.193	8.293	8.343	8.439	8.487	8.570	8.170	8.476	8.669	8.724	8.393
Hessen	6.247	6.545	6.650	6.719	6.829	7.022	6.970	6.597	6.795	6.765	6.854	6.771
Rheinland-Pfalz	4.040	4.212	4.326	4.373	4.362	4.494	4.560	4.681	4.632	4.713	4.775	4.661
Baden-Württemberg	10.709	11.138	11.353	11.312	11.464	11.753	11.861	12.298	12.731	12.793	13.064	12.808
Bayern	11.730	12.270	12.544	12.556	12.767	13.103	13.335	13.647	14.104	14.491	14.533	14.795
Saarland	1.192	1.227	1.242	1.224	1.235	1.265	1.284	1.322	1.363	1.380	1.256	1.274
Nordrhein-Westfalen	16.199	17.055	17.493	17.837	18.240	18.620	18.977	19.194 ¹⁾	19.906	19.574 ¹⁾	19.897	20.261
Flächenländer (West) insg.	60.819	63.447	64.766	65.267	66.272	67.731	68.551	68.964	71.165	71.575	72.362	72.228
Flächenländer (West) o. NRW	44.621	46.392	47.273	47.430	48.032	49.111	49.574	49.770	51.258	52.001	52.465	51.967
Brandenburg	2.183	2.369	2.472	2.489	2.511	2.515	2.409	2.446	2.374	2.396	2.222	2.095
Mecklenburg-Vorpommern	1.572	1.725	1.786	1.823	1.851	1.885	1.899	1.924	1.946	1.939	1.855	1.787
Sachsen	3.630	3.758	3.869	3.904	3.968	4.025	4.060	4.136	4.214	4.273	4.189	4.164
Sachsen-Anhalt	2.413	2.547	2.646	2.728	2.731	2.768	2.784	2.799	2.801	2.673	2.831	2.320
Thüringen	2.234	2.384	2.462	2.495	2.406	2.438	2.428	2.474	2.483	2.511	2.471	2.436
Flächenländer (Ost)	12.032	12.783	13.234	13.440	13.467	13.630	13.580	13.779	13.819	13.790	13.567	12.802
Hamburg	3.428	3.482	3.244	3.227	3.193	3.200	3.210	3.277	3.356	3.353	3.376	3.372
Bremen	1.338	1.349	1.335	1.328	1.328	1.334	1.315	1.329	1.322	1.343	1.294	1.278
Berlin	7.274	7.301	7.310	7.190	7.103	7.133	7.147	7.188	7.271	6.991	6.764	6.641
Stadtstaaten	12.040	12.132	11.889	11.745	11.624	11.666	11.672	11.794	11.949	11.687	11.434	11.291
Länder insgesamt	84.891	88.361	89.890	90.451	91.363	93.028	93.802	94.537	96.932	97.051	97.364	96.322

1) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

2) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

9. Personalausgabenquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁴⁾
Bund	11,2	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1
Schleswig-Holstein	38,8	39,3	39,6	40,7	40,3	40,1	39,7	39,5	40,5	40,2	41,1	39,2
Niedersachsen	41,1	41,5	41,9	42,3	42,0	41,9	41,1	37,0	38,2	39,1	39,9	38,5
Hessen	40,8	42,0	40,1	40,6	41,0	39,5	38,3	35,5	37,4	36,8	38,2	38,4
Rheinland-Pfalz	40,6	40,8	39,4	40,3	39,8	40,6	40,6	41,4	40,6	40,3	41,0	40,8
Baden-Württemberg	42,2	40,9	40,8	42,0	39,9	41,1	39,2	39,0	41,4	41,2	41,8	40,5
Bayern	42,2	41,4	40,3	40,9	41,1	41,4	41,1	41,1	40,9	41,6	42,4	43,0
Saarland	38,2	39,2	38,4	38,7	38,7	39,5	39,3	40,4	41,3	41,9	38,7	39,3
Nordrhein-Westfalen	39,9	40,1	39,9	39,5	40,5	40,9	41,1	40,5 ²⁾	41,7	41,3 ²⁾	41,4	40,0 ³⁾
Flächenländer (West) insg.	40,9	40,9	40,3	40,7	40,7	40,9	40,3	39,4	40,5	40,5	41,1	40,4
Flächenländer (West) o. NRW	41,3	41,1	40,5	41,2	40,7	40,9	40,1	39,0	40,0	40,2	40,9	40,5
Brandenburg	22,6	24,3	25,1	25,8	25,8	25,6	24,8	24,7	23,4	25,0	23,3	21,8
Mecklenburg-Vorpommern	23,1	24,1	23,5	24,9	25,3	26,0	26,7	27,3	26,8	27,0	26,6	25,7
Sachsen	25,7	24,2	24,0	24,9	25,8	25,9	25,2	26,7	26,5	25,6	26,4	26,8
Sachsen-Anhalt	25,2	24,5	25,6	25,2	26,1	26,9	26,6	27,1	27,2	25,5	28,0	22,7
Thüringen	25,2	26,4	25,6	26,0	24,9	24,9	25,1	25,7	26,8	27,2	26,6	26,9
Flächenländer (Ost)	24,5	24,6	24,7	25,3	25,6	25,9	25,6	26,3	26,1	25,9	26,2	24,9
Hamburg	38,3	38,4	34,3	34,3	34,1	33,7	33,0	34,2	34,4	31,6	32,2	33,9
Bremen	34,1	33,9	33,3	33,0	32,8	32,5	32,0	31,7	31,3	31,5	30,5	30,9
Berlin	34,4	33,1	33,5	33,6	33,5	33,8	34,2	31,8	34,5	33,8	32,9	30,8
Stadtstaaten	35,4	34,5	33,7	33,7	33,6	33,6	33,6	32,5	34,1	32,9	32,4	31,6
Länder insgesamt	36,9	37,2	37,0	37,4	37,6	37,9	37,6	37,1	37,7	37,5	38,0	37,2

1) Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen
(insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie
Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF; eigene Berechnungen

10. Personalsteuerquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ³⁾
Bund	13,9	14,5	15,6	15,9	15,3	14,0	13,3	13,8	14,1	14,2	14,3	13,9
Schleswig-Holstein	57,7	56,9	58,8	59,3	56,7	57,9	58,1	59,7	64,8	61,9	67,2	64,9
Niedersachsen	64,7	62,8	62,4	63,6	61,9	60,2	58,7	57,8	64,4	64,6	62,4	59,4
Hessen	53,9	56,8	53,7	56,0	52,2	49,0	46,5	46,8	51,4	50,6	52,9	51,3
Rheinland-Pfalz	66,0	64,1	64,8	66,8	63,9	61,8	62,8	68,1	68,9	68,1	66,5	65,0
Baden-Württemberg	58,5	57,2	57,3	58,2	54,2	52,7	51,6	55,7	59,8	58,2	58,6	57,6
Bayern	53,9	55,0	54,4	54,5	52,7	51,5	50,0	53,7	55,7	57,9	56,1	57,0
Saarland	70,7	71,7	69,6	69,3	68,1	66,6	64,8	70,2	79,7	78,2	71,6	68,6
Nordrhein-Westfalen	52,0	51,1	51,6	53,4	52,0	50,6	50,2	57,1 ²⁾	55,4	58,6 ²⁾	58,7	58,4
Flächenländer (West) insg.	56,5	56,2	55,9	57,2	54,8	53,2	52,2	56,0	58,2	59,1	58,9	58,1
Flächenländer (West) o. NRW	58,3	58,3	57,7	58,7	55,9	54,2	52,9	55,6	59,4	59,3	59,0	58,0
Brandenburg	80,2	52,9	60,4	58,4	57,6	53,7	49,9	52,3	55,9	56,0	48,8	48,4
Mecklenburg-Vorpommern	83,0	57,6	60,0	60,5	60,2	58,9	57,8	60,6	66,9	66,2	61,8	62,4
Sachsen	73,0	48,4	52,0	51,8	51,6	50,2	49,8	52,0	58,3	57,6	56,9	58,3
Sachsen-Anhalt	83,9	57,3	58,3	61,4	58,0	57,9	58,5	59,5	65,8	63,6	64,7	54,7
Thüringen	88,0	57,8	60,9	61,1	56,9	55,4	54,1	56,2	62,8	61,9	60,8	62,4
Flächenländer (Ost)	80,2	53,7	57,3	57,6	56,0	54,3	53,2	55,3	61,1	60,3	58,1	57,0
Hamburg	60,0	59,7	52,3	53,3	47,8	44,4	43,0	49,1	49,1	47,2	47,0	45,7
Bremen	71,0	72,8	74,5	69,7	75,5	68,7	71,1	76,3	75,5	71,6	69,4	70,4
Berlin	86,0	91,0	95,2	90,7	87,7	83,9	83,2	90,5	96,0	91,5	84,4	81,8
Stadtstaaten	75,0	77,2	75,9	73,9	70,3	66,1	65,2	72,1	74,0	70,4	67,0	65,2
Länder insgesamt	61,2	58,0	58,2	59,0	56,5	54,7	53,6	57,5	60,2	60,4	59,6	58,7

1) Anteil der Personalausgaben an den Steuereinnahmen (netto) in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF; eigene Berechnungen

11. Investitionsausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder - in Mio EUR -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁵⁾
Bund	31.262	34.012	31.185	28.826	29.206	28.625	28.146	27.273	24.073	25.732	22.378	23.762
Schleswig-Holstein	914	834	822	701	700	758	766	745	690	724	668	675
Niedersachsen	1.981	2.398	2.454	2.361	2.290	2.022	2.190	2.681	2.189	2.212	1.636	1.842
Hessen	1.906	1.956	1.925	1.763	1.502	1.438	1.440	1.755	1.475	1.754	1.591	1.547
Rheinland-Pfalz	1.451	1.498	1.631	1.494	1.418	1.350	1.396	1.343	1.110	1.188	1.276	1.261
Baden-Württemberg	3.055	3.057	2.932	2.785	3.522	2.682	3.420	4.109	3.080	2.917	2.603	2.703
Bayern	5.203	5.319	5.904	5.033	4.936	4.843	4.834	4.820	4.956	5.105	4.005	3.932
Saarland	320	313	353	334	378	376	410	377	364	371	351	356
Nordrhein-Westfalen	5.128	4.915	4.826	4.692	4.715	4.723	4.595	4.346³⁾	4.237	4.684³⁾	4.581	6.738⁴⁾
Flächenländer (West) insg.	19.958	20.289	20.848	19.164	19.461	18.192	19.151	20.176	18.100	18.953	16.712	19.054
Flächenländer (West) ohne NRW	14.830	15.374	16.021	14.472	14.745	13.469	14.456	15.830	13.863	14.270	12.130	12.316
Brandenburg	2.781	2.804	2.528	2.270	2.470	2.400	2.162	2.151	2.161	1.782	1.840	1.754
Mecklenburg-Vorpommern	2.082	2.011	2.130	1.969	1.840	1.801	1.617	1.501	1.584	1.490	1.343	1.288
Sachsen	4.001	4.784	5.285	4.958	4.582	4.591	4.947	4.027	4.194	4.666	4.242	3.691
Sachsen-Anhalt	2.651	2.823	2.371	3.015	2.656	2.462	2.471	2.288	2.006	2.167	1.892	2.034
Thüringen	2.762	2.498	2.714	2.502	2.573	2.542	2.450	2.252	1.828	1.773	1.842	1.614
Flächenländer (Ost)	14.278	14.919	15.029	14.714	14.121	13.795	13.647	12.219	11.773	11.879	11.158	10.381
Hamburg	1.009	965	1.089	1.119	941	984	986	1.009	1.077	1.530	1.104	1.084
Bremen	418	423	449	522	548	568	628	671	747	793	785	782
Berlin	2.885	3.238	3.334	2.803	2.635	2.412	2.218	3.659	1.818	1.815	1.707	2.885
Stadtstaaten	4.312	4.626	4.872	4.444	4.125	3.964	3.832	5.339	3.642	4.137	3.596	4.751
Länder insgesamt²⁾	38.540	39.832	40.740	38.307	37.702	35.946	36.621	37.734	33.508	34.969	31.466	34.179

1) Sachinvestitionen und Investitionsförderung

2) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen
(insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

5) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

12. Investitionsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder - in v. H. -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁴⁾
Bund	13,0	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,6	10,0	8,9	9,1
Schleswig-Holstein	13,2	11,7	11,4	9,8	9,6	10,2	10,1	9,6	8,8	9,1	8,4	8,1
Niedersachsen	10,2	12,2	12,4	12,0	11,4	10,0	10,5	12,1	9,9	10,0	7,5	8,5
Hessen	12,4	12,6	11,6	10,7	9,0	8,1	7,9	9,5	8,1	9,5	8,9	8,8
Rheinland-Pfalz	14,6	14,5	14,8	13,8	13,0	12,2	12,4	11,9	9,7	10,2	11,0	11,0
Baden-Württemberg	12,0	11,2	10,5	10,3	12,3	9,4	11,3	13,0	10,0	9,4	8,3	8,6
Bayern	18,7	17,9	19,0	16,4	15,9	15,3	14,9	14,5	14,4	14,7	11,7	11,4
Saarland	10,2	10,0	10,9	10,6	11,8	11,7	12,5	11,5	11,0	11,2	10,8	11,0
Nordrhein-Westfalen	12,6	11,6	11,0	10,4	10,5	10,4	10,2	9,2 ²⁾	8,9	9,9 ²⁾	9,5	13,3 ³⁾
Flächenländer (West) insg.	13,4	13,1	13,0	12,0	11,9	11,0	11,3	11,5	10,3	10,7	9,5	10,6
Flächenländer (West) ohne NRW	13,7	13,6	13,7	12,6	12,5	11,2	11,7	12,4	10,8	11,0	9,5	9,6
Brandenburg	28,8	28,8	25,6	23,5	25,3	24,4	22,3	21,7	21,3	18,6	19,3	18,2
Mecklenburg-Vorpommern	30,5	28,1	28,0	26,9	25,1	24,9	22,7	21,3	21,8	20,8	19,3	18,5
Sachsen	28,3	30,8	32,8	31,7	29,8	29,5	30,7	26,0	26,3	28,0	26,7	23,7
Sachsen-Anhalt	27,7	27,2	23,0	27,9	25,4	23,9	23,6	22,1	19,5	20,7	18,7	19,9
Thüringen	31,2	27,6	28,2	26,1	26,6	26,0	25,3	23,4	19,7	19,2	19,9	17,8
Flächenländer (Ost)	29,1	28,8	28,1	27,7	26,8	26,2	25,7	23,3	22,2	22,3	21,6	20,2
Hamburg	11,3	10,6	11,5	11,9	10,1	10,4	10,1	10,5	11,0	14,4	10,5	10,9
Bremen	10,7	10,6	11,2	13,0	13,5	13,8	15,3	16,0	17,7	18,6	18,5	18,9
Berlin	13,6	14,7	15,3	13,1	12,4	11,4	10,6	16,2	8,6	8,8	8,3	13,4
Stadtstaaten	12,7	13,2	13,8	12,7	11,9	11,4	11,0	14,7	10,4	11,6	10,2	13,3
Länder insgesamt	16,7	16,8	16,8	15,9	15,5	14,7	14,7	14,8	13,0	13,5	12,3	13,2

1) Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen
(insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

13. Zinsausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder - in Mio EUR -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁴⁾
Bund	27.072	25.381	25.984	27.267	28.678	41.045 ²⁾	39.107	37.584	37.022	36.833	36.233	37.329
Schleswig-Holstein	822	826	834	863	896	897	900	910	882	884	889	875
Niedersachsen	1.717	1.835	1.923	1.993	1.993	2.124	2.082	2.186	2.247	2.274	2.369	2.329
Hessen	1.096	1.140	1.188	1.212	1.285	1.300	1.273	1.247	1.249	1.307	1.333	1.339
Rheinland-Pfalz	889	864	913	953	985	1.022	1.039	1.062	1.058	1.083	1.075	1.069
Baden-Württemberg	1.556	1.554	1.537	1.576	1.637	1.595	1.594	1.598	1.676	1.807	1.866	1.957
Bayern	1.059	985	910	996	1.049	1.047	1.010	965	952	1.020	1.018	1.039
Saarland	547	505	489	477	461	433	402	371	370	368	367	381
Nordrhein-Westfalen	3.824	3.894	3.937	4.079	4.158	4.303	4.289	4.408 ³⁾	4.560	4.635 ³⁾	4.592	4.510
Flächenländer (West) insg.	11.511	11.603	11.730	12.149	12.464	12.721	12.589	12.747	12.994	13.377	13.508	13.499
Flächenländer (West) ohne NRW	7.687	7.709	7.793	8.070	8.306	8.418	8.300	8.339	8.434	8.743	8.916	8.990
Brandenburg	336	445	521	593	643	686	680	712	757	781	849	784
Mecklenburg-Vorpommern	122	202	272	333	381	416	436	455	468	472	474	462
Sachsen	325	383	488	555	576	582	562	589	588	594	569	589
Sachsen-Anhalt	297	423	468	555	615	614	696	725	801	873	852	876
Thüringen	193	290	387	463	505	559	560	627	642	654	675	704
Flächenländer (Ost)	1.273	1.744	2.136	2.499	2.720	2.856	2.933	3.108	3.257	3.373	3.418	3.415
Hamburg	842	902	949	979	977	967	973	990	1.015	988	964	1.002
Bremen	646	624	612	570	561	556	512	544	501	488	501	500
Berlin	930	1.112	1.417	1.663	1.778	1.879	1.940	2.050	2.175	2.237	2.295	2.381
Stadtstaaten	2.418	2.638	2.978	3.212	3.316	3.402	3.425	3.584	3.691	3.712	3.761	3.882
Länder insgesamt	15.202	15.984	16.844	17.860	18.500	18.979	18.947	19.440	19.942	20.463	20.687	20.796

1) Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57)

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

14. Zinslastquoten¹⁾ des Bundes und der Länder - in v. H. -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁵⁾
Bund	11,3	10,7	11,2	12,1	12,3	16,6 ²⁾	16,0	15,5	14,9	14,3	14,4	14,4
Schleswig-Holstein	11,9	11,6	11,5	12,1	12,3	12,1	11,9	11,8	11,3	11,1	11,2	10,5
Niedersachsen	8,8	9,3	9,7	10,1	9,9	10,5	10,0	9,9	10,1	10,3	10,8	10,7
Hessen	7,2	7,3	7,2	7,3	7,7	7,3	7,0	6,7	6,9	7,1	7,4	7,6
Rheinland-Pfalz	8,9	8,4	8,3	8,8	9,0	9,2	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,4
Baden-Württemberg	6,1	5,7	5,5	5,9	5,7	5,6	5,3	5,1	5,4	5,8	6,0	6,2
Bayern	3,8	3,3	2,9	3,2	3,4	3,3	3,1	2,9	2,8	2,9	3,0	3,0
Saarland	17,5	16,1	15,1	15,1	14,4	13,5	12,3	11,3	11,2	11,2	11,3	11,8
Nordrhein-Westfalen	9,4	9,2	9,0	9,0	9,2	9,5	9,3	9,3 ³⁾	9,6	9,8 ³⁾	9,5	8,9 ⁴⁾
Flächenländer (West) insg.	7,7	7,5	7,3	7,6	7,6	7,7	7,4	7,3	7,4	7,6	7,7	7,5
Flächenländer (West) ohne NRW	7,1	6,8	6,7	7,0	7,0	7,0	6,7	6,5	6,6	6,8	7,0	7,0
Brandenburg	3,5	4,6	5,3	6,1	6,6	7,0	7,0	7,2	7,4	8,1	8,9	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	2,8	3,6	4,6	5,2	5,7	6,1	6,5	6,4	6,6	6,8	6,6
Sachsen	2,3	2,5	3,0	3,5	3,7	3,7	3,5	3,8	3,7	3,6	3,6	3,8
Sachsen-Anhalt	3,1	4,1	4,5	5,1	5,9	6,0	6,7	7,0	7,8	8,3	8,4	8,6
Thüringen	2,2	3,2	4,0	4,8	5,2	5,7	5,8	6,5	6,9	7,1	7,3	7,8
Flächenländer (Ost)	2,6	3,4	4,0	4,7	5,2	5,4	5,5	5,9	6,2	6,3	6,6	6,6
Hamburg	9,4	9,9	10,0	10,4	10,4	10,2	9,9	10,3	10,4	9,3	9,2	10,1
Bremen	16,5	15,7	15,3	14,2	13,8	13,6	12,2	13,0	11,9	11,4	11,8	12,1
Berlin	4,4	5,0	6,5	7,8	8,4	8,9	9,3	9,1	10,3	10,8	11,2	11,0
Stadtstaaten	7,1	7,5	8,4	9,2	9,6	9,8	9,8	9,9	10,5	10,4	10,7	10,9
Länder insgesamt	6,6	6,7	6,9	7,4	7,6	7,7	7,6	7,6	7,8	7,9	8,1	8,0

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.
 2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar
 3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen
 (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt
 4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt
 5) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

15. Zinssteuerquoten¹⁾ des Bundes und der Länder
 - in v. H. -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁴⁾
Bund	14,0	13,6	15,0	16,1	16,4	21,3 ²⁾	19,7	19,4	19,3	19,2	19,4	19,6
Schleswig-Holstein	17,6	16,7	17,1	17,6	17,3	17,4	17,5	17,8	18,1	17,2	18,3	17,4
Niedersachsen	13,9	14,1	14,5	15,2	14,6	15,1	14,3	15,5	17,1	16,9	16,9	16,5
Hessen	9,5	9,9	9,6	10,1	9,8	9,1	8,5	8,9	9,4	9,8	10,3	10,1
Rheinland-Pfalz	14,5	13,2	13,7	14,6	14,4	14,0	14,3	15,4	15,7	15,6	15,0	14,9
Baden-Württemberg	8,5	8,0	7,8	8,1	7,7	7,1	6,9	7,2	7,9	8,2	8,4	8,8
Bayern	4,9	4,4	3,9	4,3	4,3	4,1	3,8	3,8	3,8	4,1	3,9	4,0
Saarland	32,4	29,5	27,4	27,0	25,4	22,8	20,3	19,7	21,6	20,9	20,9	20,5
Nordrhein-Westfalen	12,3	11,7	11,6	12,2	11,9	11,7	11,3	13,1 ³⁾	12,7	13,9	13,5	13,0
Flächenländer (West) insg.	10,7	10,3	10,1	10,6	10,3	10,0	9,6	10,3	10,6	11,1	11,0	10,9
Flächenländer (West) ohne NRW	10,0	9,7	9,5	10,0	9,7	9,3	8,9	9,3	9,8	10,0	10,0	10,0
Brandenburg	12,3	10,0	12,7	13,9	14,7	14,6	14,1	15,2	17,8	18,3	18,6	18,1
Mecklenburg-Vorpommern	6,4	6,7	9,2	11,1	12,4	13,0	13,3	14,3	16,1	16,1	15,8	16,1
Sachsen	6,5	4,9	6,6	7,4	7,5	7,3	6,9	7,4	8,1	8,0	7,7	8,2
Sachsen-Anhalt	10,3	9,5	10,3	12,5	13,1	12,8	14,6	15,4	18,8	20,7	19,5	20,7
Thüringen	7,6	7,0	9,6	11,3	11,9	12,7	12,5	14,2	16,2	16,1	16,6	18,0
Flächenländer (Ost)	8,5	7,3	9,3	10,7	11,3	11,4	11,5	12,5	14,4	14,7	14,6	15,2
Hamburg	14,7	15,5	15,3	16,2	14,6	13,4	12,9	14,9	14,9	13,9	13,4	13,6
Bremen	34,3	33,7	34,1	29,9	31,8	28,7	27,2	31,2	28,6	26,0	26,9	27,5
Berlin	11,0	13,9	18,5	21,0	22,0	22,1	22,6	25,8	28,7	29,3	28,6	29,3
Stadtstaaten	15,1	16,8	19,0	20,2	20,0	19,3	19,0	21,9	22,8	22,3	22,0	22,4
Länder insgesamt	11,0	10,5	10,9	11,6	11,4	11,2	10,8	11,8	12,4	12,7	12,7	12,7

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den Steuereinnahmen

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges ist; NRW endgültig

16. Steuereinnahmen¹⁾ des Bundes und der Länder
- in Mio EUR -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ³⁾
Bund	193.768	187.194	173.104	169.272	174.598	192.423	198.774	193.765	192.046	191.881	187.005	190.149
Schleswig-Holstein	4.668	4.933	4.871	4.900	5.173	5.153	5.152	5.116	4.870	5.148	4.846	5.029
Niedersachsen	12.372	13.039	13.299	13.128	13.637	14.102	14.592	14.125	13.160	13.427	13.980	14.121
Hessen	11.599	11.514	12.391	11.996	13.090	14.343	14.991	14.087	13.214	13.373	12.955	13.202
Rheinland-Pfalz	6.119	6.567	6.675	6.546	6.831	7.278	7.260	6.877	6.719	6.921	7.182	7.169
Baden-Württemberg	18.300	19.458	19.808	19.426	21.144	22.315	22.987	22.063	21.304	21.997	22.305	22.228
Bayern	21.753	22.306	23.044	23.036	24.214	25.461	26.672	25.433	25.300	25.030	25.915	25.943
Saarland	1.686	1.712	1.784	1.765	1.815	1.901	1.980	1.884	1.711	1.766	1.755	1.856
Nordrhein-Westfalen	31.164²⁾	33.396²⁾	33.931	33.373	35.076	36.830	37.797	33.639	35.924	33.398	33.912	34.701
Flächenländer (West) insg.	107.660	112.926	115.803	114.170	120.980	127.383	131.432	123.225	122.200	121.060	122.850	124.249
Flächenländer (West) ohne NRW	76.496	79.530	81.872	80.797	85.905	90.553	93.635	89.586	86.276	87.662	88.938	89.548
Brandenburg	2.723	4.476	4.092	4.266	4.360	4.687	4.828	4.674	4.247	4.280	4.553	4.327
Mecklenburg-Vorpommern	1.894	2.995	2.975	3.015	3.076	3.200	3.285	3.174	2.911	2.929	3.002	2.865
Sachsen	4.973	7.765	7.447	7.540	7.690	8.023	8.146	7.959	7.230	7.413	7.358	7.143
Sachsen-Anhalt	2.877	4.448	4.536	4.439	4.709	4.781	4.759	4.707	4.259	4.206	4.375	4.240
Thüringen	2.537	4.124	4.041	4.086	4.225	4.399	4.489	4.398	3.956	4.058	4.065	3.901
Flächenländer (Ost)	15.006	23.808	23.091	23.346	24.060	25.091	25.506	24.912	22.603	22.885	23.352	22.476
Hamburg	5.715	5.834	6.202	6.052	6.681	7.206	7.462	6.668	6.829	7.096	7.190	7.382
Bremen	1.885	1.853	1.792	1.905	1.760	1.940	1.849	1.741	1.751	1.876	1.864	1.816
Berlin	8.455	8.020	7.676	7.931	8.098	8.498	8.594	7.941	7.575	7.638	8.012	8.120
Stadtstaaten	16.055	15.708	15.670	15.888	16.539	17.644	17.905	16.350	16.155	16.610	17.066	17.318
Länder insgesamt	138.720	152.440	154.564	153.404	161.578	170.118	174.843	164.488	160.959	160.555	163.267	164.043

1) Ohne steuerähnliche Abgaben

2) Nettostellung der bruttovranschlagten Zahlungen an den Fonds "Dt. Einheit" (FDE 1994: 1.375 Mio EUR, 1995: 1.106 Mio EUR), ab 1996 erfolgt Nettoveranschlagung

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

17. Steuerfinanzierungsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder
 - in v. H. -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ³⁾
Bund	80,4	78,8	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2
Schleswig-Holstein	67,3	69,0	67,3	68,7	71,1	69,2	68,2	66,2	62,4	64,9	61,1	60,4
Niedersachsen	63,4	66,1	67,2	66,5	67,8	69,6	70,0	64,0	59,3	60,5	64,0	64,8
Hessen	75,8	73,9	74,7	72,6	78,6	80,8	82,3	75,9	72,8	72,8	72,2	74,9
Rheinland-Pfalz	61,5	63,6	60,8	60,3	62,4	65,7	64,7	60,9	58,9	59,1	61,6	62,7
Baden-Württemberg	72,1	71,4	71,2	72,1	73,6	78,0	76,0	69,9	69,2	70,9	71,4	70,3
Bayern	78,2	75,3	74,0	75,0	77,9	80,4	82,3	76,5	73,4	71,9	75,7	75,5
Saarland	54,0	54,7	55,2	55,9	56,8	59,3	60,6	57,5	51,9	53,6	54,0	57,3
Nordrhein-Westfalen	76,8	78,6	77,3	74,0	77,9	80,9	81,8	70,9	75,3	70,4	70,5	68,6 ²⁾
Flächenländer (West) insg.	72,5	72,7	72,1	71,3	74,2	76,9	77,3	70,3	69,5	68,5	69,7	69,4
Flächenländer (West) ohne NRW	70,8	70,5	70,1	70,2	72,8	75,4	75,7	70,1	67,3	67,8	69,4	69,8
Brandenburg	28,2	45,9	41,5	44,2	44,7	47,7	49,8	47,1	41,8	44,6	47,8	45,0
Mecklenburg-Vorpommern	27,8	41,9	39,1	41,3	42,0	44,2	46,1	45,0	40,0	40,8	43,1	41,3
Sachsen	35,2	50,0	46,2	48,1	50,0	51,6	50,5	51,4	45,4	44,4	46,3	46,0
Sachsen-Anhalt	30,0	42,8	43,9	41,1	45,0	46,4	45,5	45,5	41,4	40,2	43,3	41,5
Thüringen	28,6	45,6	42,0	42,5	43,6	44,9	46,3	45,7	42,7	44,0	43,8	43,0
Flächenländer (Ost)	30,6	45,9	43,1	44,0	45,7	47,6	48,1	47,5	42,7	43,1	45,1	43,7
Hamburg	63,9	64,4	65,6	64,2	71,4	75,9	76,7	69,6	70,0	67,0	68,5	74,2
Bremen	48,0	46,5	44,7	47,3	43,4	47,3	44,9	41,6	41,5	43,9	43,9	44,0
Berlin	39,9	36,3	35,2	37,0	38,2	40,3	41,1	35,2	36,0	36,9	39,0	37,6
Stadtstaaten	47,2	44,7	44,4	45,6	47,8	50,9	51,5	45,0	46,1	46,7	48,4	48,5
Länder insgesamt	60,3	64,3	63,6	63,5	66,4	69,4	70,1	64,5	62,6	62,1	63,8	63,3

1) Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

18. Nettokreditaufnahme¹⁾ des Bundes und der Länder
- in Mio EUR -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁷⁾
Bund	25.602	25.626	40.022	32.571	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542	31.197
Schleswig-Holstein	644	659	638	623	569	435	463	595	1.101	1.171	788	1.485
Niedersachsen	1.723	1.955	1.733	1.541	1.278	1.233	1.482	1.946 ⁴⁾	2.949	2.844	2.499	1.691
Hessen	1.249	1.204	1.112	1.479	731	601	664	1.168	1.986	1.499	1.680	776
Rheinland-Pfalz	826	863	1.021	1.040	961	802	793	695	1.517	1.312	1.276	1.010
Baden-Württemberg	865	1.423	1.375	1.408	855	511	713	2.257	1.864	2.039	2.039	1.686
Bayern	-968	-89	1.524	1.323	807	-208	-314	199	1.019	1.123	935	1.836
Saarland	600 ³⁾	670 ³⁾	617 ³⁾	585 ³⁾	596 ³⁾	492 ³⁾	482 ³⁾	508 ³⁾	693 ³⁾	730 ³⁾	664 ³⁾	773
Nordrhein-Westfalen	3.174	3.131	3.088	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407⁵⁾	4.164	6.666	6.872	6.770⁶⁾
Flächenländer (West) insg.	8.113	9.817	11.107	12.821	9.040	6.539	7.906	12.776	15.292	17.384	16.752	16.027
Flächenländer (West) ohne NRW	4.939	6.686	8.020	7.999	5.797	3.866	4.283	7.369	11.128	10.718	9.880	9.257
Brandenburg	2.249	1.522	1.262	858	801	666	487	569	1.338	1.165	704	554
Mecklenburg-Vorpommern	1.385	1.096	1.046	759	660	471	366	332	533	1.034	844	331
Sachsen	1.253	1.239	1.015	721	524	252	220	208	460	492	393	261
Sachsen-Anhalt	1.920	1.811	1.220	1.585	938	900	788	712	1.504	772	1.316	998
Thüringen	2.003	838	1.202	997	909	933	775	748	721	710	988	991
Flächenländer (Ost)	8.809	6.506	5.744	4.920	3.832	3.222	2.636	2.569	4.557	4.172	4.246	3.135
Hamburg	818	764	895	868	743	808	820	823	813	800	750	650
Bremen	760 ³⁾	908 ³⁾	921 ³⁾	905 ³⁾	807 ³⁾	695 ³⁾	1.005 ³⁾	1.034 ³⁾	1.196 ³⁾	1.216 ³⁾	1.259 ³⁾	1.007
Berlin	3.783	3.451	3.119	2.787	2.454	2.079	1.937	4.896	6.043	4.064	4.382	3.513
Stadtstaaten	5.362	5.124	4.943	4.560	4.004	3.582	3.762	6.753	8.051	6.080	6.390	5.170
Länder insgesamt²⁾	20.546	19.708	20.048	20.562	15.137	11.810	12.948	20.922	26.902	26.818	26.774	24.332

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln

2) Ländersumme 1994 bis 2004 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO-Verlustes

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungs-

maßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

19. Nettokreditaufnahme¹⁾ des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner²⁾ -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ⁷⁾
Bund	314	314	489	397	352	318	289	277	387	468	479	378
Schleswig-Holstein	239	243	234	226	206	157	166	213	392	416	279	525
Niedersachsen	224	252	222	197	163	157	187	245	370	356	312	211
Hessen	209	201	185	245	121	99	110	192	326	246	276	127
Rheinland-Pfalz	210	218	256	259	239	199	197	172	374	324	314	249
Baden-Württemberg	84	138	133	136	82	49	68	214	175	191	190	157
Bayern	-81	-7	127	110	67	-17	-26	16	82	91	75	147
Saarland	554 ⁴⁾	619 ⁴⁾	570 ⁴⁾	540 ⁴⁾	554 ⁴⁾	459 ⁴⁾	451 ⁴⁾	476 ⁴⁾	651 ⁴⁾	686 ⁴⁾	627 ⁴⁾	734
Nordrhein-Westfalen	179	176	172	268	180	149	201	300 ⁵⁾	231	369	380	375 ⁶⁾
Flächenländer (West) insg.	132	159	180	206	145	105	126	204	243	275	265	253
Flächenländer (West) ohne NRW	114	153	182	181	131	87	96	165	247	238	219	205
Brandenburg	888	600	496	335	310	257	187	219	517	452	274	216
Mecklenburg-Vorpommern	754	600	574	418	366	262	205	187	304	595	489	193
Sachsen	273	271	223	159	116	56	50	47	105	113	91	61
Sachsen-Anhalt	693	659	446	584	349	338	299	274	587	304	524	402
Thüringen	793	334	481	401	368	380	317	309	300	298	418	423
Flächenländer (Ost)	618	458	406	349	273	230	190	186	333	307	315	234
Hamburg	480	448	524	508	437	475	480	479	471	462	432	374
Bremen	1.115 ⁴⁾	1.336 ⁴⁾	1.368 ⁴⁾	1.339 ⁴⁾	1.203 ⁴⁾	1.044 ⁴⁾	1.519 ⁴⁾	1.565 ⁴⁾	1.810 ⁴⁾	1.835 ⁴⁾	1.900 ⁴⁾	1.519
Berlin	1.088	995	900	808	718	613	573	1.447	1.783	1.198	1.294	1.036
Stadtstaaten	914	875	844	782	692	622	654	1.172	1.394	1.051	1.104	893
Länder insgesamt ³⁾	252	241	245	251	185	144	158	254	326	325	325	295

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln

2) Einwohnerstand: 30.06. d. J.

3) Ländersumme 1994 bis 2004 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

4) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

20. Kreditfinanzierungsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder
 - in v. H. -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ⁶⁾	2005 ⁷⁾
Bund	10,6	10,8	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0
Schleswig-Holstein	9,3	9,2	8,8	8,7	7,8	5,8	6,1	7,7	14,1	14,8	9,9	17,8
Niedersachsen	8,8	9,9	8,9	7,8	6,4	6,1	7,1	8,8 ⁴⁾	13,3	12,8	11,4	7,8
Hessen	8,2	7,7	6,7	8,9	4,4	3,4	3,6	6,3	10,9	8,2	9,4	4,4
Rheinland-Pfalz	8,3	8,4	9,3	9,6	8,8	7,2	7,1	6,2	13,3	11,2	10,9	8,8
Baden-Württemberg	3,4	5,2	4,9	5,2	3,0	1,8	2,4	7,2	6,1	6,6	6,5	5,3
Bayern	- 3,5	- 0,3	4,9	4,3	2,6	- 0,7	- 1,0	0,6	3,0	3,2	2,7	5,3
Saarland	19,2 ³⁾	21,4 ³⁾	19,1 ³⁾	18,5 ³⁾	18,7 ³⁾	15,4 ³⁾	14,8 ³⁾	15,5 ³⁾	21,0 ³⁾	22,1 ³⁾	20,4 ³⁾	23,9
Nordrhein-Westfalen	7,8	7,4	7,0	10,7	7,2	5,9	7,8	11,4 ⁵⁾	8,7	14,1 ⁵⁾	14,3	13,4 ⁶⁾
Flächenländer (West) insg.	5,5	6,3	6,9	8,0	5,5	4,0	4,7	7,3	8,7	9,8	9,5	9,0
Flächenländer (West) ohne NRW	4,6	5,9	6,9	7,0	4,9	3,2	3,5	5,8	8,7	8,3	7,7	7,2
Brandenburg	23,3	15,6	12,8	8,9	8,2	6,8	5,0	5,7	13,2	12,1	7,4	5,8
Mecklenburg-Vorpommern	20,3	15,3	13,7	10,4	9,0	6,5	5,1	4,7	7,3	14,4	12,1	4,8
Sachsen	8,9	8,0	6,3	4,6	3,4	1,6	1,4	1,3	2,9	2,9	2,5	1,7
Sachsen-Anhalt	20,0	17,4	11,8	14,7	9,0	8,7	7,5	6,9	14,6	7,4	13,0	9,8
Thüringen	22,6	9,3	12,5	10,4	9,4	9,5	8,0	7,8	7,8	7,7	10,7	10,9
Flächenländer (Ost)	18,0	12,5	10,7	9,3	7,3	6,1	5,0	4,9	8,6	7,8	8,2	6,1
Hamburg	9,1	8,4	9,5	9,2	7,9	8,5	8,4	8,6	8,3	7,6	7,1	6,5
Bremen	19,4 ³⁾	22,8 ³⁾	23,2 ³⁾	22,5 ³⁾	19,9 ³⁾	17,0 ³⁾	24,4 ³⁾	24,7 ³⁾	28,4 ³⁾	28,5 ³⁾	29,6 ³⁾	24,4
Berlin	17,9	15,6	14,3	13,0	11,6	9,9	9,3	21,7	28,7	19,7	21,3	16,3
Stadtstaaten	15,7	14,6	14,0	13,1	11,6	10,3	10,8	18,6	23,0	17,1	18,1	14,5
Länder insgesamt ²⁾	8,9	8,3	8,2	8,5	6,2	4,8	5,2	8,2	10,5	10,4	10,5	9,4

1) Anteil der Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Ländersumme 1994 bis 2004 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur

Abdeckung des EXPO-Verlustes

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungs-

maßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen

an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

21. Schuldenstand (am Kreditmarkt)¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bund ^{2) 3) 4)}	358.683	380.548	420.905	454.581	482.902	663.147 ³⁾	671.494	688.340	711.588	753.775	797.460	868.209 ⁴⁾
Schleswig-Holstein	12.049	12.914	13.568	14.268	14.690	15.041	15.490	16.147	17.231	18.585	19.594	20.918
Niedersachsen	26.848	28.626	30.283	31.888	33.047	33.437	34.076	36.880	40.010	43.339	46.735	47.855
Hessen	17.135	18.249	18.798	20.660	21.310	21.249	21.575	22.903	24.818	27.164	28.617	30.233
Rheinland-Pfalz	13.218	13.923	15.154	16.275	17.273	17.902	18.346	19.588	20.858	22.138	23.242	24.638
Baden-Württemberg	23.075	24.123	25.784	26.873	28.073	28.554	29.506	31.897	33.378	35.676	37.554	39.541
Bayern	14.583	14.296	16.280	17.761	18.537	18.278	17.964	18.164	19.183	20.306	21.240	23.077
Saarland	7.116	6.938	6.849	6.613	6.389	6.360	6.130	6.151	6.537	6.973	7.371	8.102
Nordrhein-Westfalen	56.679	61.712	65.233	69.918	73.382	74.805	76.670	83.162	88.471	95.243	102.494	108.939
Flächenländer (West) insg.	170.702	180.781	191.950	204.255	212.702	215.627	219.757	234.891	250.486	269.424	286.847	303.303
Flächenländer (West) ohne NRW	114.023	119.069	126.717	134.338	139.320	140.822	143.087	151.729	162.015	174.181	184.353	194.364
Brandenburg	7.058	8.245	9.814	10.842	11.640	11.972	12.799	13.522	14.656	16.264	16.397	16.928
Mecklenburg-Vorpommern	2.823	3.993	5.014	5.953	6.679	7.106	7.493	8.164	8.686	9.499	10.283	10.777
Sachsen	5.568	7.457	8.572	9.288	9.822	9.830	10.071	10.201	10.679	11.343	11.824	12.086
Sachsen-Anhalt	5.900	7.330	9.592	10.750	11.861	12.782	13.577	14.443	15.677	16.662	18.006	19.223
Thüringen	4.814	6.007	7.195	8.241	9.217	10.122	10.888	11.594	12.176	13.073	14.060	15.052
Flächenländer (Ost)	26.164	33.032	40.188	45.073	49.218	51.812	54.828	57.925	61.874	66.841	70.570	74.066
Hamburg	12.776	13.356	14.314	14.629	14.929	15.666	16.626	17.624	18.183	19.355	20.359	21.162
Bremen	8.636	8.620	8.518	8.666	8.493	8.062	8.522	8.894	9.584	10.606	11.270	12.303
Berlin	16.109	21.547	24.895	27.120	29.421	31.506	33.453	38.350	44.647	48.727	53.876	57.380
Stadstaaten	37.521	43.523	47.727	50.415	52.844	55.234	58.601	64.868	72.414	78.688	85.505	90.845
Länder insgesamt	234.387	257.336	279.864	299.744	314.765	322.672	333.187	357.684	384.773	414.952	442.922	468.214

1) Jeweils am 31.12. d. J.; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte

2) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden

3) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundesisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

4) Ab 2005 einschl. der mitübernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5)

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

22. Schuldenstand (am Kreditmarkt)¹⁾ des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner²⁾ -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bund ^{3) 4) 5)}	4.404	4.661	5.140	5.540	5.887	8.079 ⁴⁾	8.171	8.360	8.628	9.135	9.666	10.528 ⁵⁾
Schleswig-Holstein	4.464	4.756	4.969	5.189	5.321	5.430	5.570	5.777	6.133	6.596	6.935	7.394
Niedersachsen	3.496	3.696	3.885	4.071	4.209	4.244	4.307	4.645	5.020	5.425	5.841	5.977
Hessen	2.870	3.045	3.125	3.425	3.533	3.516	3.562	3.772	4.079	4.461	4.700	4.962
Rheinland-Pfalz	3.357	3.515	3.804	4.059	4.299	4.444	4.554	4.847	5.150	5.458	5.727	6.069
Baden-Württemberg	2.252	2.343	2.493	2.586	2.697	2.732	2.811	3.020	3.140	3.340	3.507	3.685
Bayern	1.227	1.196	1.355	1.473	1.536	1.508	1.474	1.479	1.553	1.638	1.709	1.853
Saarland	6.570	6.407	6.323	6.108	5.932	5.930	5.732	5.765	6.138	6.561	6.961	7.698
Nordrhein-Westfalen	3.188	3.459	3.643	3.892	4.084	4.160	4.260	4.614	4.899	5.270	5.672	6.032
Flächenländer (West) insg.	2.785	2.936	3.102	3.288	3.421	3.459	3.515	3.742	3.974	4.265	4.536	4.792
Flächenländer (West) ohne NRW	2.621	2.722	2.882	3.042	3.151	3.175	3.213	3.390	3.603	3.863	4.082	4.297
Brandenburg	2.786	3.251	3.856	4.232	4.510	4.618	4.921	5.206	5.666	6.315	6.384	6.607
Mecklenburg-Vorpommern	1.537	2.184	2.754	3.278	3.704	3.959	4.200	4.615	4.955	5.465	5.958	6.291
Sachsen	1.212	1.630	1.881	2.047	2.179	2.196	2.266	2.315	2.446	2.617	2.746	2.821
Sachsen-Anhalt	2.131	2.665	3.512	3.960	4.409	4.799	5.154	5.556	6.111	6.571	7.172	7.740
Thüringen	1.907	2.393	2.882	3.316	3.731	4.121	4.460	4.787	5.069	5.486	5.945	6.418
Flächenländer (Ost)	1.835	2.326	2.840	3.193	3.502	3.705	3.943	4.199	4.525	4.927	5.236	5.532
Hamburg	7.499	7.825	8.378	8.571	8.778	9.206	9.732	10.251	10.535	11.176	11.721	12.173
Bremen	12.575	12.679	12.551	12.817	12.664	12.103	12.881	13.465	14.505	16.003	17.013	18.564
Berlin	4.632	6.209	7.180	7.869	8.610	9.286	9.888	11.332	13.172	14.368	15.907	16.919
Stadstaaten	6.389	7.431	8.152	8.648	9.129	9.588	10.186	11.254	12.537	13.600	14.777	15.683
Länder insgesamt	2.878	3.152	3.418	3.653	3.837	3.931	4.054	4.344	4.665	5.029	5.369	5.678

1) Jeweils am 31.12. d. J.; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte

2) Einwohnerstand jeweils am 30.06. d. J.

3) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden

4) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

5) Ab 2005 einschl. der mitübernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5); eigene Berechnungen

23. Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2007 des Landes Nordrhein-Westfalen mit Vorjahresvergleich

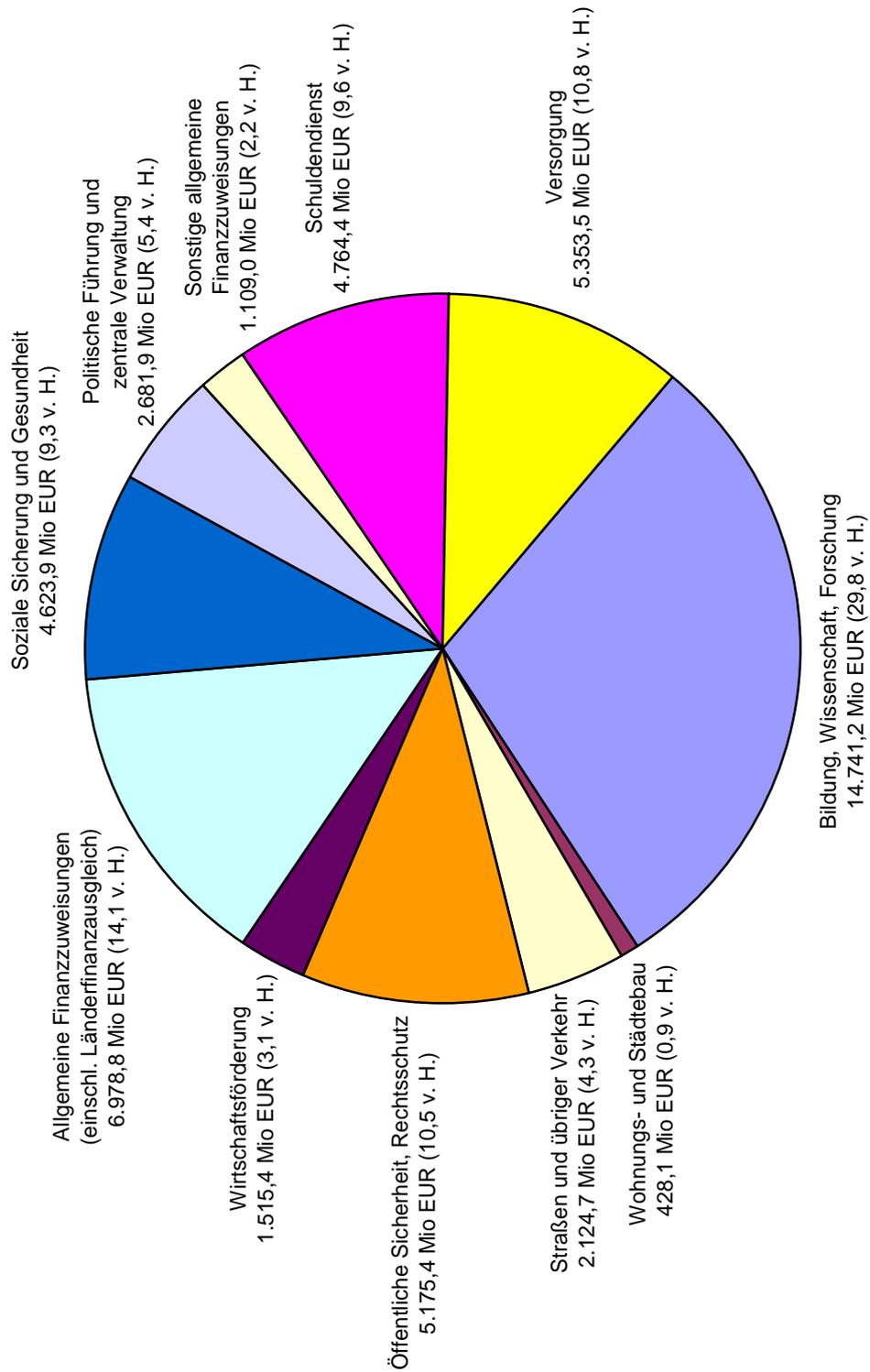
Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	2006	2007	Veränderung 2007 gegenüber 2006	
		Haushaltsplan	Haushaltsplanentwurf	- Mio EUR -	- v. H. -
I. Ausgaben					
1. Personalausgaben	4	18.844,4	19.103,9	+259,4	+1,4
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	2.221,2	2.317,3	+96,2	+4,3
3. Schuldendienst	56 - 59	4.808,8	4.934,2	+125,4	+2,6
3.1 Zinsausgaben	56, 57	(4.659,9)	(4.755,7)	(+95,7)	(+2,1)
dar.: an Kreditmarkt	57	(4.659,2)	(4.755,0)	(+95,8)	(+2,1)
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	18.068,0	18.557,8	+489,8	+2,7
5. Investitionsausgaben	7, 8	4.443,1	4.552,4	+109,3	+2,5
5.1 Bauausgaben	7	(237,8)	(246,1)	(+8,3)	(+3,5)
5.2 Sonst. Investitionsausgaben	8	(4.205,4)	(4.306,4)	(+101,0)	(+2,4)
6. Bes. Finanzierungsausgaben	9	42,1	30,5	-11,5	x
Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		48.427,5	49.496,2	+1.068,6	+2,2
II. Einnahmen					
1. Steuern	01, 05, 06	35.245,0	37.385,0	+2.140,0	+6,1
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahmen)	09, 1 - 3 (ohne 31 u. 32)	7.445,9	7.579,6	+133,8	+1,8
dar.: Investitionseinnahmen	33, 34	(1.169,0)	(1.250,9)	(+81,9)	(+7,0)
3. Schuldenaufnahme	31, 32	5.736,7	4.531,6	-1.205,2	-21,0
dar.: am Kreditmarkt	32	(5.726,2)	(4.523,8)	(-1.202,4)	(-21,0)
Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		48.427,5	49.496,2	+1.068,6	+2,2
III. Nachrichtlich:					
1. Bereinigte Gesamteinnahmen ¹⁾	(0 - 3) ./. (32, 35, 36, 38)	42.696,4	44.967,6	+2.271,1	+5,3
2. Bereinigte Gesamtausgaben ²⁾	(4 - 9) ./. (59, 91, 96, 98)	48.402,0	49.434,7	+1.032,7	+2,1
3. Finanzierungssaldo		-5.705,6	-4.467,2	+1.238,4	x
4. Schuldenaufnahme netto	(31 u. 32) ./. (58 u. 59)	5.587,8	4.353,0	-1.234,8	-22,1
dar.: am Kreditmarkt netto	32 ./ 59	(5.726,2)	(4.523,8)	(-1.202,4)	(-21,0)
5. Kreditfinanzierungsquote - v. H. - ³⁾		11,8	9,2	x	x
6. Investitionsquote - v. H. - ³⁾		9,2	9,2	x	x
7. Zinsquote (Kreditmarkt) - v. H. - ³⁾		9,6	9,6	x	x
8. Steuerfinanzierungsquote - v. H. - ³⁾		72,8	75,6	x	x
9. Personalausgabenquote - v. H. - ³⁾		38,9	38,6	x	x
10. Schuldenstand aus Kreditmarktmitteln am 31.12.2005: 108.939,4 Mio EUR (6.033 EUR je Einwohner)					

¹⁾ Die sog. "bereinigten Gesamteinnahmen" errechnen sich aus den Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan abzüglich Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüsse der Vorjahre und haushaltstechnische Verrechnungen.

²⁾ Die sog. "bereinigten Gesamtausgaben" errechnen sich aus den Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan abzüglich Tilgungsausgaben an Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen.

³⁾ Berechnet als v. H.-Anteil der sog. "bereinigten Gesamtausgaben" (s. Ziff. III.2.). Bei der Kreditfinanzierungsquote handelt es sich um den v. H.-Anteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt netto an den "bereinigten Gesamtausgaben".

**24. Ausgaben nach Aufgabenbereichen des Landes NRW
Ansätze lt. Haushaltsplanentwurf 2007**



Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Gesamtausgaben: 49.496,2 Mio EUR

25. Eckdaten des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 1970, 1980, 1990, 1999 bis 2007

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	1999	2000	2001 ¹⁾	2002 ²⁾	2003 ¹⁾	2004	2005 ³⁾	2006 ^{4) 5)}	2007 ⁶⁾
		- in Mio EUR -											
I. Ausgaben													
1. Personalausgaben Veränd. geg. Vorj. in v. H.	4	3.422,6	9.921,6	13.287,0	18.620,3	18.977,5	19.193,7	19.906,5	19.573,6	19.897,5	20.260,8	18.844,4	19.103,9
		-	+ 9,2	+ 5,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,1	+ 3,7	- 1,7	+ 1,7	+ 1,8	- 7,0	+ 1,4
2. Sächliche Verwaltungsausgaben Veränd. geg. Vorj. in v. H.	51 - 54	415,2	1.287,9	1.529,1	2.221,2	2.328,8	2.916,4	3.082,0	2.949,8	3.014,5	3.118,0	2.221,2	2.317,3
		-	+ 7,8	+ 6,9	+ 2,2	+ 4,8	+ 25,2	+ 5,7	- 4,3	+ 2,2	+ 3,4	- 28,8	+ 4,3
3. Schuldendienst - ohne nicht veranschl. Tilgung - 3.1 Zinsausgaben	56 - 59	183,6	1.328,3	3.628,7	4.488,8	4.477,4	4.530,8	4.740,9	4.797,9	4.790,0	4.665,6	4.808,8	4.994,2
	56, 57	91,0	1.013,4	3.508,0	4.341,1	4.321,8	4.438,9	4.593,5	4.669,6	4.625,1	4.539,3	4.659,9	4.755,7
	57	69,0	992,4	3.489,1	4.303,1	4.289,3	4.407,5	4.559,5	4.634,9	4.592,3	4.509,5	4.659,2	4.755,0
		-	+ 23,2	+ 3,9	+ 3,5	- 0,3	+ 2,8	+ 3,4	+ 1,7	- 0,9	- 1,8	+ 3,3	+ 2,1
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse - ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder - Veränd. geg. Vorj. in v. H.	6	2.907,2	8.375,5	10.946,4	15.448,3	15.700,2	16.449,8	15.758,5	15.411,9	15.818,5	15.809,0	18.068,0	18.557,8
					14.135,5	14.844,6	15.392,7	15.227,3	14.734,9	15.662,3	15.348,2	17.443,0	18.057,8
					+ 1,9	+ 5,0	+ 3,7	- 1,1	- 3,2	+ 6,3	- 2,0	+ 13,6	+ 3,5
5. Investitionsausgaben 5.1 Sachinvestitionen 5.2 Investitionsförderung	7, 8 7, 81, 82 83 - 89	2.359,1	5.893,2	5.105,5	4.723,1	4.694,8	4.346,2	4.236,9	4.683,5	4.581,5	6.737,5	4.443,1	4.552,4
		472,4	757,2	548,7	784,2	789,5	712,0	623,3	525,0	608,0	536,8	589,7	539,3
		1.886,7	5.135,9	4.556,8	3.938,9	3.905,3	3.634,2	3.613,6	4.158,5	3.973,4	6.200,7	3.853,4	4.013,1
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	176,9	32,7	103,0	195,4	1.349,9	659,4	153,7	6,8	7,8	10,0	42,1	30,5
7. Gesamtausgaben - ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder - Veränd. geg. Vorj. in v. H. 7.1 Gesamtausg. ohne bes. Finanzierungsvorgänge Veränd. geg. Vorj. in v. H.	(4 - 9) ohne 59,91,96,98	9.464,5	26.839,2	34.599,7	45.697,3	47.528,5	48.096,2	47.878,4	47.423,5	48.109,7	50.601,0	48.427,5	49.496,2
					44.384,4	46.673,0	47.039,2	47.347,2	46.746,6	47.953,5	50.140,1	47.802,5	48.996,2
					+ 2,2	+ 5,2	+ 0,8	+ 0,7	- 1,3	+ 2,6	+ 4,6	- 4,7	+ 2,5
		9.253,9	26.319,3	34.459,1	45.501,8	46.178,7	47.436,9	47.724,8	47.416,7	48.102,0	50.591,0	48.402,0	49.434,7
		-	+ 11,0	+ 7,1	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,7	+ 0,6	- 0,6	+ 1,4	+ 5,2	- 4,3	+ 2,1

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	1999	2000	2001 ¹⁾	2002 ²⁾	2003 ¹⁾	2004	2005 ³⁾	2006 ⁴⁾ 5)	2007 ⁶⁾
		- in Mio EUR -											
II. Einnahmen													
1. Steuereinnahmen	01, 05, 06	7.485,3	18.102,8	27.108,5	36.830,5	37.796,9	33.639,1	35.923,8	33.398,5	33.912,0	34.700,7	35.245,0	37.385,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 4,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 2,6	- 11,0	+ 6,8	- 7,0	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,6	+ 6,1
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahme, Entnahme aus Rücklagen, Überschüsse aus Vorjahren und ohne haushaltstechnische Verrechnungen)	(09, 1 - 3) ./.(31, 32, 35, 36, 38)	1.716,9	4.160,9	5.027,0	6.419,1	6.236,4	6.954,5	7.117,7	7.153,1	7.288,4	9.102,5	7.441,0	7.574,8
3. Schuldenaufnahme (brutto) einschl. nicht veranschl. Tilgung 3.1 dar.: am Kreditmarkt (brutto)		72,6	5.637,0	6.403,2	(8.907,8)	(10.116,0)	(13.232,2)	(14.292,3)	(17.836,5)	(18.527,0)	(21.695,1)	(20.386,0)	(20.170,6)
(5,6)		(5,6)	(5.457,0)	(6.298,0)	(8.847,8)	(10.058,1)	(13.182,7)	(14.247,8)	(17.807,2)	(18.510,1)	(21.682,5)	(20.375,5)	(20.162,9)
4. Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	(0 - 3) ohne	9.179,2	22.194,2	32.240,7	43.309,7	44.091,2	40.643,2	43.086,0	40.580,4	41.217,3	43.815,7	42.696,4	44.967,6
Veränd. geg. Vorj. in v. H.	32,35,36,38	-	+ 4,7	+ 2,2	+ 3,7	+ 1,8	- 7,8	+ 6,0	- 5,8	+ 1,6	+ 6,3	- 2,6	+ 5,3
III. Nachrichtlich													
1. Schuldenstand am Kreditmarkt		640,1	15.373,0	49.543,9	74.804,7	76.670,4	83.162,3	88.470,9	95.243,0	102.494,0	108.939,4	114.665,6	119.189,4
2. Nettokreditaufnahme	32 ./ 59	-27,6	4.125,6	2.219,2	2.672,9	3.623,2	5.407,4	4.163,5	6.666,1	6.872,4	6.770,3	5.726,2	4.523,8
3. Tilgungsausgaben am Kreditmarkt einschl. nicht veranschl. Tilgung ⁷⁾		33,7	1.331,4	4.078,8	6.174,9	6.434,9	7.775,3	10.084,3	11.141,0	11.637,7	14.912,2	14.649,3	15.639,1
4. Personalstellen insgesamt (ohne Beamte im Vorbereitungsdienst)		246.401	351.383	338.950	344.399	343.660	314.005	313.427	309.574	308.577	326.426 ¹⁰⁾	325.917	326.274
Veränd. geg. Vorjahr		+ 13.240	+ 8.506	+ 3.068	- 827	- 739	- 29.655 ⁸⁾	- 578	- 3.853 ⁹⁾	- 997	+ 17.849	- 509	+ 357

¹⁾ Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren z. T. erheblich eingeschränkt.

²⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

³⁾ Aufgrund folgender Sondereffekte nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar:

- Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der Entscheidung der Europäischen Kommission in Sachen Beihilfeverfahren WestLB (Übrige Einnahmen/Investitionsausgaben dadurch jeweils um 1,4 Mrd. EUR erhöht)

- Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (Investitionsausgaben dadurch um 943 Mio EUR erhöht)

⁴⁾ Verabschiedeter Haushaltsplan

⁵⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

⁶⁾ Haushaltsplanentwurf

⁷⁾ Einschließlich Kurspflege

⁸⁾ Weniger zum Vorjahr insbesondere durch Verlagerung von Stellen der medizinischen Einrichtungen in die Anstalten (ohne Auswirkung auf die Personalausgaben, da bereits seit 1985 Zuführungstitel der HGr. 6)

⁹⁾ Ausgliederung der TH Aachen, Uni Bielefeld, FH Münster und FH Niederrhein als Globalhaushalte aus dem Landeshaushalt NRW

¹⁰⁾ Vergleichszahl zu 2006 incl. bis 2005 ausgegliederte Bereiche, daher mit 2004 nicht vergleichbar

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quellen: Haushaltsrechnungsstatistik; Gruppierungsübersichten des Landeshaushalts NRW; Haushaltspläne

26. a) Einnahmen der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 1999 - 2004 (Maßeinheit: 1.000 Euro)

KZ	Einnahmeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *1)	1999	2000	2001	2002	2003	2004
1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	00-03 ./ 810,811	13.981.764	14.367.860	13.498.235	12.980.877	13.014.814	14.015.656
2	Lfd. Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen u.ä.	04 - 09,16,17,20, 23 ./ 169, 209	16.479.768	17.328.481	17.190.833	17.215.355	16.336.818	17.610.017
3	vom Land	je ..1	7.914.736	8.602.997	8.428.199	8.395.434	7.383.419	8.451.968
4	vom Bund	je ..0	282.471	257.837	210.029	213.878	192.031	181.125
5	von Gemeinden/GV	je ..2	7.300.661	7.512.349	7.423.616	7.594.945	7.764.537	7.911.769
6	vom sonst. öffentl. Bereich	je ..3, ..4	325.932	278.717	264.965	209.854	221.765	240.244
7	vom nichtöffentlichen Bereich	je ..5 - ..8	655.968	676.580	864.024	801.245	775.066	824.912
8	Gebühren, sonstige Entgelte	10, 11, 12	5.727.210	5.794.934	5.594.647	5.561.811	5.554.257	5.600.751
9	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	13, 14, 21, 22	1.846.687	1.818.437	2.035.290	2.469.401	2.403.198	2.242.580
10	Übrige laufende Einnahmen	15, 24, 25, 26	2.023.996	1.963.096	2.124.123	2.271.598	2.306.106	2.258.059
11	./ Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 5	7.300.661	7.512.349	7.423.616	7.594.945	7.764.537	7.911.769
12	Einnahmen der laufenden Rechnung	KZ 1,2,8-10./11	32.758.764	33.760.459	33.019.512	32.904.097	31.850.656	33.815.294
13	Nettostellungen beim VWH	KZ 14 - 17	4.933.927	4.669.932	4.699.173	4.975.370	5.388.331	5.166.724
14	innere Verrechnungen	169, 209	1.162.839	1.238.944	1.253.488	1.309.151	1.353.822	1.446.054
15	kalkulatorische Einnahmen	27	1.336.580	1.344.561	1.188.176	1.167.609	1.192.601	1.295.324
16	Zuführungen vom VMH	28	1.091.675	713.909	936.167	1.142.142	1.180.548	1.143.833
17	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.342.833	1.372.517	1.321.342	1.356.468	1.661.360	1.281.512
18	Einnahmen des Verwaltungshaushalts	KZ 11 - 13	44.993.352	45.942.740	45.142.301	45.474.412	45.003.524	46.893.787
19	Rückflüsse von Darlehen	32	224.316	90.785	187.989	357.789	265.444	198.403
20	Veräußerung von Vermögen	33, 340, 345	1.745.271	1.511.789	1.415.645	1.633.652	1.457.636	1.692.115
21	Beiträge und ähnliche Entgelte	35	402.932	376.400	335.158	301.243	312.930	277.861
22	Investitionszuweisungen	KZ 23 - 27	1.915.955	1.949.618	1.587.647	1.639.783	1.606.383	1.784.201
23	vom Land	361	1.649.646	1.733.660	1.370.911	1.439.769	1.415.321	1.553.392
24	vom Bund	360	76.484	59.541	55.228	73.819	52.610	72.944
25	von Gemeinden/GV	362	33.669	39.159	45.785	42.083	48.150	37.879
26	vom sonst. öffentl. Bereich	363, 364	16.507	5.410	3.788	1.943	2.227	2.345
27	vom nichtöffentlichen Bereich	365 - 368	139.649	111.848	111.934	82.170	88.074	117.641
28	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	370 - 373	21.001	16.782	17.782	21.114	39.697	11.370
29	./ Zahlungen von gleicher Ebene	322, 362, 372	34.965	39.664	47.456	47.554	74.938	38.143
30	Einnahmen der Kapitalrechnung	KZ 19-22,28./29	4.274.510	3.905.710	3.496.765	3.906.027	3.607.152	3.925.807
31	Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	347	12.284	13.417	10.640	24.639	19.884	20.242
32	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	30	1.975.182	2.428.754	1.840.737	2.048.043	1.420.079	1.873.224
33	Besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 34 - 36	3.086.970	3.047.792	3.268.543	3.881.070	4.338.392	3.588.694
34	Entnahmen aus Rücklagen	31	658.875	585.423	977.266	720.024	1.059.796	892.655
35	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	374 - 378	2.393.603	2.445.758	2.265.328	2.919.791	3.098.303	2.601.994
36	Aufnahme innerer Darlehen	379	34.492	16.611	25.949	241.255	180.294	94.046
37	Einnahmen des Vermögenshaushalts	KZ 29 - 33	9.383.911	9.435.337	8.664.141	9.907.333	9.460.445	9.446.110
38	Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 12, 30	37.033.274	37.666.169	36.516.277	36.810.124	35.457.808	37.741.101
39	Nachrichtlich: bewirtschaftete Fremdmittel	160 aus A14	160	218	342	390	252	272
40	Nettostellungen insgesamt	KZ 13, 31, 32, 39	6.921.553	7.112.321	6.550.892	7.048.442	6.828.546	7.060.462

*1) Stand: Jahr 2002

26. b) Ausgaben der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 1999 - 2004 (Maßeinheit: 1.000 Euro)

KZ	Ausgabeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *1)	1999	2000	2001	2002	2003	2004
41	Personalausgaben	40 - 46	10.057.532	10.159.471	9.858.702	9.951.976	9.978.392	10.043.033
42	Laufender Sachaufwand	50-66, 675 - 678, 718, 84	9.886.810	10.407.664	10.603.357	10.874.314	11.150.174	11.325.309
43	Zinsausgaben	800 - 808	1.643.745	1.618.690	1.663.047	1.558.989	1.485.187	1.442.173
44	Soziale Leistungen	73 - 79	8.044.663	8.154.837	8.368.929	8.609.507	8.997.556	9.404.912
45	Übrige lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	670-674,710-717, 72, 82, 83	9.373.382	9.663.358	9.776.536	9.992.307	10.123.724	10.468.382
46	./. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 11	7.300.661	7.512.349	7.423.616	7.594.945	7.764.537	7.911.769
47	Ausgaben der laufenden Rechnung	KZ 41 - 45 ./ 46	31.705.471	32.491.671	32.846.955	33.392.148	33.970.496	34.772.040
48	Nettostellungen beim VWH	KZ 49 - 53	5.817.433	6.384.776	5.603.742	5.881.271	5.627.862	5.896.115
49	innere Verrechnungen	679	1.153.700	1.228.361	1.242.721	1.300.218	1.346.655	1.438.092
50	kalkulatorische Kosten	68	1.336.580	1.344.561	1.188.176	1.167.609	1.192.601	1.295.324
51	Zinsausgaben für innere Darlehen	809	9.139	10.583	10.766	8.932	7.167	7.961
52	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.342.833	1.372.517	1.321.342	1.356.468	1.661.360	1.281.512
53	Zuführungen zum VMH	86	1.975.182	2.428.754	1.840.737	2.048.043	1.420.079	1.873.224
54	Deckung von Sollfehlbeträgen	892	1.954.602	1.434.512	1.422.495	1.929.999	2.705.449	3.417.749
55	Ausgaben des Verwaltungshaushalts	KZ 46 - 48, 54	46.778.167	47.823.308	47.296.808	48.798.363	50.068.344	51.997.673
56	Sachinvestitionen	932, 935, 94	4.159.350	4.112.290	3.864.383	3.809.677	3.427.000	3.460.703
57	Erwerb von Beteiligungen	930	369.689	305.773	488.267	227.943	285.149	219.337
58	Gewährung von Darlehen	92	248.290	111.244	166.797	163.554	149.729	224.708
59	Investitionszuweisungen	98	554.810	543.335	579.319	557.186	555.529	526.867
60	Sonstige Investitionsausgaben	990, 991	1.403	1.127	570	719	702	1.452
61	Schuldentilgung öffentl. Bereich	970 - 973	42.526	32.068	35.224	33.228	29.936	26.466
62	./. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 29	34.965	39.664	47.456	47.554	74.938	38.143
63	Ausgaben der Kapitalrechnung	KZ 56 - 61 ./ 62	5.341.103	5.066.173	5.087.104	4.744.753	4.373.107	4.421.390
64	Zuführungen zum VWH	90	1.091.675	713.909	936.167	1.142.142	1.180.548	1.143.833
65	Besondere Finanzierungsausgaben	KZ 66 - 69	3.039.196	3.610.057	3.317.546	4.021.610	3.793.341	3.541.253
66	Zuführung an Rücklagen	91	724.533	1.192.962	816.159	1.428.942	853.599	922.849
67	Schuldentilgung am Kreditmarkt	974 - 978	2.290.990	2.372.092	2.441.662	2.563.142	2.637.846	2.401.702
68	Tilgung innerer Darlehen	979	10.242	13.626	36.670	17.562	258.303	175.390
69	Deckung von Sollfehlbeträgen	992	13.432	31.377	23.056	11.965	43.593	41.313
70	Ausgaben des Vermögenshaushalts	KZ 62 - 65	9.506.939	9.429.803	9.388.273	9.956.059	9.421.934	9.144.619
71	Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 47, 63	37.046.574	37.557.844	37.934.059	38.136.901	38.343.603	39.193.430
72	Nachrichtlich: Nettostellungen zusammen	KZ 39, 48, 64	6.909.268	7.098.903	6.540.251	7.023.803	6.808.662	7.040.220
73	besondere Finanzierungsausgaben	KZ 54, 65	4.993.798	5.044.569	4.740.041	5.951.609	6.498.790	6.959.002

*1) Stand: Jahr 2002

Quelle: LDS NRW, Informationssystem Finanzstatistik (ISF), Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik